18. JAHRG. MAI

4

1968 · FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Preis 1,– DM Studenten 50 Pf

D 2442 F

DISKUS

Die Streikbewegung ist unaufhaltsam

Gegen Angst und Reaktion

Die Große Koalition sichert den Kapitalisten nicht nur die Profite. Sie will sie auch vor massenhafter politischer Unzufriedenheit schützen, die dem ökonomischen Prozeß entspringen könnte. Die Strukturkrisen der westdeutschen Ökonomie im Bergbau, der Stahlindustrie und der Landwirtschaft haben ebenso wie die Krise des Ausbildungssystems schon zu Protestbewegungen geführt und zur politischen Radikalisierung beigetragen.

Die Opposition der Studenten entzündete sich an der Entwicklung der Universität zur Ausbildungskaserne, zur Produktionsstätte von Fachidioten. Die Opposition der arbeitenden Bevölkerung kann vielfältige Gründe haben. Hohe Mieten, hohe Preise einerseits, zum anderen Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Lohnabbau und Senkung der Sozialleistungen. Der Kapitalismus löst seine Absatzschwierigkeiten meist dadurch, daß er die Produktion einschränkt und Lohnkosten durch Rationalisierungen einzusparen sucht. Auf menschliche Probleme pflegt sich der Produktionsapparat, der auf Steigerung des Profits aus ist, dabei nur am Rande einzulassen. Bislang konnte der Kapitalismus in der Bundesrepublik noch mit Konsumgratifikationen, mit den Mitteln der Massenmanipulation, der erzwungenen Entpolitisierung durch Arbeitsrecht und Betriebsverfassungsgesetz in den Betrieben und der freiwilligen Gleichschaltung und Kooperation der Massenorganisationen über die Runden kommen. Für den Fall, daß dieses Gleichgewicht von Manipulation und Kooperation zusammenbricht, sollen die Notstandsgesetze mit Gewalt das System zusammenhalten.

Die Notstandsgesetzgebung nun bereitet den Staat auf massenhafte politische Opposition gegen die Mißachtung elementarer menschlicher Bedürfnisse vor. Sie soll den Individuen vor allem die Verweigerung ihrer Arbeitsleistung im Streik unmöglich machen, sie soll den Arbeitszwang mit Gewalt über diejenigen wieder aufrichten können, die sich gegen seine Inhumanität wehren.

Alle Mittel, die die Notstandsgesetzgebung bereitstellt, dienen letzten Endes diesem Zweck. Dienstverpflichtungen, Verschärfung der persönlichen Überwachung und quasimilitärische Niederschlagung massenhafter Opposition mit den Mitteln von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr sollen politische Spontaneität unterdrücken.

Die Notstandsgesetze sind das Grundgesetz des autoritären Staats!

In einer solchen Situation hat keiner ein Recht auf politisches Desinteresse. Es waren schon einmal die Massen politisch desinteressierter Menschen, die die sicherste Stütze für den Faschismus bildeten. In ihrem falschen Bewußtsein, daß es eine Sphäre der Privatheit gebe, die von den politischen Verhältnissen unbeeinflußt sei, stabilisieren sie die gesellschaftliche Unterdrückung. Aber Toleranz gegen den autoritären Staat kann es nicht geben.

Wenn jetzt die Herrschenden uns noch im Verein mit ihren liberalen Kritikern an Spielregeln binden wollen, so sind ihre Absichten eindeutig: In einer antagonistischen Gesellschaft diesen Regeln zunächst einmal den Herrschenden, von denen sie auch gemacht werden. Soweit noch in einem liberalen Modell den Beherrschten die Mittel der Diskussion zugestanden werden, so stehen diese Rechte — wie der Faschismus gezeigt hat —, doch unter dem Vorbehalt, daß sie die Herrschaft nicht antasten. Daß heute den Herrschenden keine Gefahr durch Proteste drohen, die sich an die von ihnen verordneten Spielregeln halten, haben jahrelange vergebliche Diskussionen, Resolutionen über Notstandsgesetze und Hochschule deutlich gezeigt. Die uns jetzt noch auf Regeln verpflichten wollen, wollen die Unwirksamkeit unserer Opposition. Objektiv vertreten sie die Interessen der Herrschenden.

Niemand hätte geglaubt, daß sich dem Vorlesungsstreik der Frankfurter Studenten 10000 Arbeiter in kurzen Warnstreiks und tausende von Schülern anschließen würden.

Wir haben lange versucht, durch Aufklärungsveranstaltungen, Straßenagitationen und Flugblätter unsere Isolierung zu durchbrechen. Verständigungsprobleme, die sich bei jedem Gespräch mit Passanten in der Stadt oder mit Arbeitern vor den Betrieben ergaben, konnten so nicht gelöst werden. Jetzt ist unsere Isolierung in einem symbolischen Akt gemeinsamen Widerstands zum Teil durchbrochen. Solange unser Protest lediglich verbal blieb, mußten die bildungs- und schichtenspezifischen Unterschiede eine Verständigung verhindern. Der Widerstand im politischen Streik gegen die Gesetze, die den Leistungszwang verewigen sollen, konnte auf der gemeinsamen Erfahrung dieses Zwanges bei Arbeitern, Schülern und Studenten aufbauen. Zugleich konnte der Streik in Ansätzen eine Solidarität des aktiven Widerstandes unter den Gruppen schaffen, deren Status als bloß funktionierende Automaten dieses Systems mithilfe der Notstandsgesetze vollends abgesichert werden soll.

Wenn wir nicht resignieren wollen, müssen wir den Widerstand organisieren.

An dieser Stelle wird eingewandt, daß eine Minderheit nicht der Mehrheit ihren Willen aufzwingen könne. Aus diesem Grunde wird eine Urabstimmung gefordert, die den Willen der Mehrheit ans Tageslicht bringen soll.

Viele liberale Notstandsgegner sind objektiv weiter nichts als Streikbrecher. Ob sie Rüegg heißen oder Habermas.

- Der Prozeß der Verabschiedung der Notstandsgesetze hätte eigentlich jedem klar machen sollen, daß hier eine **kleine Minderheit von Konzernbossen, Ministerialbürokraten, die das Dritte Reich schadlos überlebten, und Parteibonzen** der Mehrheit des Volkes ihren Willen aufzwängen wollen. Millionen haben durch die Gewerkschaften, die Studenten- und Jugendbewegung, durch Repräsentanten des kirchlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens gegen diese Gesetze protestiert. Nur 10% der Bevölkerung sind überzeugt für die Notstandsgesetze. Die radikale Minderheit von 500 Parlamentariern hat das nicht gestört.
  Auf diejenigen, die das noch immer nicht gemerkt haben, können wir nicht länger warten.
- Es ist ferner unmöglich, gewerkschaftliche Formen der Streikvorbereitung auf die Universität zu übertragen. Die Urabstimmung findet wie bekannt, doch nur unter den gewerkschaftlichen Mitgliedern statt, also auch nicht unter allen Arbeitern. Die Universität jedoch hat keine einheitliche Organisationsstruktur.
  Am ehesten vergleichbar ist der Urabstimmung noch die Abstimmung auf einem teach-in, wo die Mehrheit der politisch bewußten Studenten über den Streik abstimmen kann.
- **Man kann das Verhältnis von Minderheit und Mehrheit nicht verabsolutieren.** Wer ständig mit der Mehrheit politisch ahnungsloser Studenten argumentiert, übersieht, daß aus dem politischen Protest einer Minderheit in der Tat schon radikale Opposition der Mehrheit der Frankfurter Studenten geworden zu sein scheint.
- Trotzdem führen rechte Schläger gegen uns noch ein **Widerstandsrecht** an, das wir gerade zur Legitimierung unseres Kampfes gegen den autoritären Staat benutzen. Die Konfusion unter den liberalen Formalisten ist groß, dennoch aber leicht aufzulösen. Genauso wenig wie Bachmann gegen Dutschke das Widerstandsrecht für Lynchjustiz in Anspruch nehmen kann, genauso wenig können es andere vereinzelte Faschisten. Denn in Wirklichkeit leisten sie keinen Widerstand, sondern gehorchen den Bedürfnissen der herrschenden Ordnung. Sie sind objektiv Schlägertruppen der Herrschenden, auch wenn sie von ihnen nicht offen angeführt werden, wie in Bonn von MdB Rollmann (CDU) oder in Berlin vom CDU-Wohlrabe. Politischer Widerstand ist immer Widerstand gegen die Organisation der Herrschaft, nicht deren gemeingefährliche Ausübung.

Könnte der Widerstand allerdings keine politisch bewußten Massen mobilisieren, dann könnte er als Widerstand einer Minderheit unter Umständen, wenn er nicht zerfällt, in Terrorismus umschlagen, der tendenziell seine eigene Liquidation hervorruft. Der Streik zur zweiten Lesung fand aber seine Massenbasis, wie die Abstimmungen auf den teach-ins zeigten.

Einige Zeit bestanden noch idealistische Vorstellungen über einen Streik unter den Studenten. Und von diesem Idealismus war auch der Parlamentsbeschluß zwei Tage vor dem Streik zur zweiten Lesung getragen.

Er billigte nur sit-ins vor den Universitätseingängen, keine Blockade. Durch Diskussionen und Überzeugen sollten die Streikbrecher am Betreten der Universität gehindert werden. Sie sollten unter keinen Umständen durch passive Gewalt am Betreten der Uni gehindert werden. Wenn die gewerkschaftlichen Streiks mit solchen Methoden je geführt worden wären, dann wären sie von Anfang an zum scheitern verurteilt gewesen. Den politisch bewußten Arbeitern ist das Aufstellen von Streikposten selbstverständlich, wie die Einsicht, daß politische Auseinandersetzungen nicht nur mit dem Mittel der Diskussion geführt werden können. Daß das im Bewußtsein der meisten Studenten nicht mitgedacht wurde, liegt daran, daß sie mit diesem Kampfmittel der Arbeiter nie in Berührung gekommen sind; gleichzeitig aber der Streik immer als gemeinschaftsschädigend denunziert und Streikbrecher zu Arbeitswilligen stilisiert wurden.

Der LSD ist denn auch von seiner liberalen Haltung abgekommen und befürwortet nun Streikposten.

Dieser Lernprozeß aber ist nicht zuletzt dadurch angestoßen worden, daß der SDS den Streik zur zweiten Lesung als Minderheit mit Streikposten geführt hat. Das teach-in, das die Fortsetzung des Streiks für den Donnerstag beschloß, billigte denn auch ausdrücklich die Aufstellung von Streikposten. Nur diejenigen können noch gegen Streikposten sein, die den Widerstand der Studenten gegen den autoritären Staat wirkungslos machen wollen.

Der Übergang vom Protest zum Widerstand vollzieht sich nicht bruchlos. Da die Herrschenden jede politische Selbsttätigkeit, wenn sie nicht beim verbalen Protest bleibt, mit Sanktionen belegen, ist die Sphäre aktiver Opposition mit Angst besetzt.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

Antonia Grunenberg: Notstand der Opposition 2
Reimut Reiche: Hat der Autoritäre Staat eine Massenbasis? 3
Mario Cognoy: Die neue italienische Studentenbewegung 8
Marie-Ange Roy / Dirk Amft: Frankreich — ein revolutionäres Beispiel 9
Frankfurt — eine liberale Stadt und Brundert ihr bewährter Demokrat 10/11
Streik 12
Josef Wiest: Gewalt und Terror gegen Griechen in Frankfurt 13
Bazon Brock: Wie ich Peter Weiss in Tüll auf Zehenspitzen sah 15
Jürgen Ploog: Ruhe und Ordnung 16
Hans-Peter Riese: Nur nicht die schönen Künste El Lissitzky 17
Hilla und Bernhard Becker: Kühltürme 18

Notstand der Opposition

oder: wie sich die liberale Notstandsopposition selbst den Todesstoß gab

Fortsetzung von Seite 1

Viele, die zwischen Studium, Karriere und aktiver Opposition schwanken, lösen diesen Konflikt, indem sie Opposition auf gefahrlose Diskussion beschränken. Beim ersten Streik war denn auch selbst der Rektor für Vorlesungsdiskussionen — welche Beruhigung —, während denen, die Streikposten standen mit Strafanzeigen wegen Freiheitsberaubung und Nötigung und mit Disziplinarstrafen gedroht wurde.

Diese Angstschwelle muß massenhaft überschritten werden, wie schon bei der Springer-Blockade.

Denn Vorlesungsdiskussionen sind gegenüber den Vorbereitungen des autoritären Staates als einziges Mittel nicht angemessen. Sie sind außerdem durchaus nicht notwendig gewaltlos, wie sich an den Aktionen in Berlin gezeigt hat, wo sich die Auseinandersetzungen mit rechten Studenten in den Hörsälen vervielfältigten.

In der angstvollen Befürchtung der liberalen Studenten, der Streik würde die Studentenschaft polarisieren, zeigt sich noch einmal deutlich ihre Schwierigkeit, sich mit dem Widerstand zu identifizieren. Die notwendigen politischen Konsequenzen aus ihrer eigenen Opposition werden nicht gezogen. Konflikte und Risiken gefürchtet. Die Angst vor der Polarisierung, der die Angst vor dem Rechtsradikalismus entspricht, lähmt den Widerstand gegen den Radikalismus der Mitte von Springer bis SPD. Sie kann politisch objektive Antagonismen allenfalls subjektiv verdrängen, nicht aber objektiv abschaffen.

Aber uns bleibt, was oppositionelle Radikalität angeht, keine Wahl. Wir können uns nicht widerstandslos in den autoritären Staat integrieren. Die Angst vor den Folgen müssen wir in aktiver Opposition bewältigen, passives Zuschauen bewältigt sie nie.

Zweierlei ist anläßlich des Streiks deutlich geworden:

- Dieser Streik hat auch an der Universität zu der Polarisierung geführt, die auch die Gesellschaft durchzieht: Rechte, faschistische Gruppen, die von apolitischen Studenten unterstützt wurden, und zudem noch bei Rektor Rüegg und Prof. Kluke Hilfe fanden, einerseits, und andererseits eine breite Masse antiautoritärer Studenten, die bereit sind, den Widerstand gegen den autoritären Staat aufzunehmen.
- Die Kommunikation zwischen Studenten, Schülern und Arbeitern ist nicht gelungen durch Aufklärungszirkel, Straßenagitation und Zeitungsverkauf, sondern durch einen symbolischen Akt gemeinsamen Widerstandes.

Die Streikbewegung gegen die Notstandsgesetze kann nicht das Ziel haben, die Appelle an die völlig korrumpierte Sozialdemokratie und an welche „Abgeordneten" auch immer nur zu unterstützen. Sie in die Parole „Keine Stimme den Notstandsbefürwortern" parlamentarisch zu kanalisieren, ist völlig unsinnig. Denn man hätte gerade lernen müssen, daß die klassische liberale Notstandsopposition mit ihren Wiederbelebungsversuchen am Parlamentarismus und ihren Gewissensappellen vollkommen gescheitert ist. Gerade 10 bis 15 Abgeordnete stimmten während der zweiten Lesung gegen einige Vorschläge.

Jetzt kommt es mehr und mehr darauf an, die Selbstorganisation der Massen voranzutreiben. Die Streikbewegung zu verbreitern und die Notwendigkeit selbständiger Interessenvertretung aufzuweisen, muß — global — unser Hauptziel sein.

Die Fortsetzung des Streiks am Freitag, dem 24. Mai war schon nicht mehr unmittelbar auf die Parlamentsdebatte bezogen wie der Streik zuvor. Die Streikbewegung gewinnt deshalb eine Eigendynamik, weil sie ja nicht nur darauf zielt, die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern, sondern die gesellschaftlichen Strukturen anzugreifen, die sie stützen.

Denn die Notstandsgesetze sind nur zusätzlicher Zwang, der die bestehenden Zwangsverhältnisse gegen jeden organisierten Widerstand absichern soll. Widerstand gegen die Notstandsgesetze heißt auch und vor allem Widerstand gegen die autoritären Strukturen in Betrieben, Schulen und Hochschulen, Kampf für die Selbstbestimmung der entmündigten Massen.

Die Redaktion

Die Geschichte der Notstandspopposition ist die Geschichte der Wandlung des liberalen demokratischen Engagements; zugleich ist sie die Geschichte des Wandlungsprozesses vom unverbindlichen Protest zum organisierten Widerstand.

Als sich zu Beginn der 60er Jahre die Notstandsopposition konstituierte, dachte noch niemand daran, zu welcher Gefahr die Notstandsgesetze einmal werden würden. Das zukünftige Notstandsrecht, dessen Auswirkungen nur wenige ermessen konnten, erschien als abstrakte Gefahr am Horizont einer gefährdeten, aber doch in ihrem Grundbestand demokratischen Republik.

Der erste Höhepunkt in der Geschichte der Notstandsopposition war der Kongreß „Demokratie vor dem Notstand" am 30. Mai 1965, der von fünf Studentenverbänden veranstaltet wurde. Aus den Protokollen geht hervor, daß die außerparlamentarische Opposition sich primär an das Parlament richtete mit beschwörenden Appellen, die geplanten Grundgesetzänderungen rückgängig zu machen. Der Sinn dieser Appelle bemaß sich an der Stärke respektive Schwäche der innerparlamentarischen Opposition, die zu unterstützen alle demokratischen Organisationen und Personen aufriefen. War der Kongreß einer der ersten Versuche, der politischen Willensmanipulation von oben die demokratisch-plebiszitäre Willensbildung von unten entgegenzusetzen, so hielten die Forderungen und Appelle doch an der prinzipiellen Legitimität des parlamentarischen Systems fest und appellierten idealistisch an die Einsichtigkeit der Parlamentarier. „Zu diesem Kongreß haben wir alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags und die Fraktions- und Parteivorstände eingeladen. Und wir erwarten, daß die Arbeitsergebnisse dieses Kongresses dort zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden", formulierte der damalige Bundesvorsitzende des SDS, Helmut Schauer, in seiner Eröffnungsrede.

Wiederum auf Betreiben der Studentenverbände kam der zweite „Kongreß Notstand der Demokratie" zustande. Inzwischen war das Zentrum der Notstandsopposition schon längst in die außerparlamentarische Opposition verlagert.

Auf der 21. Delegiertenkonferenz des SDS war die Zielsetzung der Notstandsopposition neu formuliert worden. Dort hieß es in der Notstandsresolution: „Die bloße Forderung nach parlamentarischer Beschränkung der Herrschaft der Bourgeoisie begreift nicht die Ursachen der Tendenzen zur Diktatur". Der Satz, der die Politik des SDS bzw. der Studentenverbände überhaupt bestimmen sollte, aber lautete: „Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential und politischem Bewußtsein der Arbeiterklasse."

Die Zielrichtung dieser Resolution ging nicht mehr dahin, die Bevölkerung nur über Notstandsgesetze aufzuklären, um auf diese Weise das Bewußtsein der Bedrohung durch die Grundgesetzmanipulation zu verstärken. Vielmehr wurde zum ersten Male zum Ausdruck gebracht, daß der Aufbau einer außerparlamentarischen, nicht auf das Parlament fixierten Protestbewegung das einzige Mittel sei, die treibenden Mächte der Notstandsaktion mit ihrem demokratischen Gegenkräften zu konfrontieren. Der politische Beschluß vollzog damit eine deutliche Trennung von der parlamentarischen Notstandsopposition und ging zugleich über deren Zielsetzung hinaus.

Die außerparlamentarische Opposition hatte begonnen, die gesamte gesellschaftliche Entwicklung der BRD politisch zu reflektieren. Sie versteht das Grundgesetz als historischen Ausdruck der ökonomischen und politischen Machtkonstellation nach der Entlassung Westdeutschlands aus der Oberhoheit der „Siegermächte". In der theoretischen und empirischen Analyse weist sie nach, daß der faschistische Machtapparat lediglich militärisch und administrativ zerschlagen wurde, seine ökonomische Basis, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, jedoch erhalten blieb. Aufgrund dieser vorgegebenen Rahmenbedingungen stand der demokratische Neubeginn von Anfang an auf schwachen Füßen. Mit der wiedereinsetzenden ökonomischen und politischen Machtkonzentration verselbständigten sich die Eigeninteressen der Machtmonopole. Das Versprechen von Regierung und Parlament, eine soziale Demokratie zu schaffen, konnte unter diesen Bedingungen nicht eingelöst werden. Die formaldemokratischen Institutionen wurden aus Organen der Interessenvertretung zu Manipulationsinstanzen. Die parlamentarische Opposition hingegen (einschließlich der gewerkschaftlichen Notstandsopposition) beschränkt sich auf die immanente Kritik der wachsenden Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse auf außerparlamentarische Ebenen (Regierung, Industrie- und Unternehmerverbände) auf die mangelnde Kontrollfähigkeit des Parlaments. Als Ziel gibt sie die effektive Bewahrung von Grundrechten an, gleichwohl scheitert ihre Effektivität an den durch rechtliche Gewalt abgesicherten Machtpositionen (Notstandsgesetze im Interesse des Regierungsmonopols und des organisierten Kapitals). Ihre organisatorische Wirkung und Zielsetzung geht über die bloße Aufklärung nicht hinaus. Sie vermag keine Konsequenzen aus dieser Aufklärung zu ziehen. Die Einsicht aber, die sie den Massen vermittelt, bleibt abstrakt, ohne Bezug zu praktisch-politischen Arbeit, weil sie selbst die Funktionsweise des Systems durch den Gebrauch rechtlicher Begriffe statt politischer und ökonomischer nicht mehr erkennen kann.

Während die parlamentarische Opposition blind idealistisch an dem Interessenausgleich von oben unter der Zielsetzung eines fetischisierten Gemein- und Volkswohls festhält, bestimmt sich die Politik der radikalen antiautoritären Opposition danach, ob sie ihre Aufklärung über die Notstandsgesetze tendenziell der Zielsetzung einer permanenten demokratischen Mobilisierung der Massen gegen das bevormundende und manipulierende Staatssystem unterordnen kann. Sie will nicht nur

die Notstandsgesetze verhindern, sondern darüber hinaus die Massen auffordern, ihre Interessen nicht mehr zu delegieren, sondern selbst geltend zu machen.

Über diese qualitative Differenz in der politischen Position entzündete sich die Auseinandersetzung zwischen parlamentarisch-gewerkschaftlicher und radikaler Opposition. Schon vor dem Zweiten Kongreß der Notstandsopposition wurde deutlich, daß sich die gewerkschaftlichen Spitzenbürokratien von dem „offensiven" Vorgehen des SDS und der Studentenbewegung distanzierten. Es wurde aber auch deutlich, wie wenig es die traditionellen Verbände vermocht hatten, die Massen der Lohnabhängigen über die Notstandsaufklärung zu mobilisieren. Die IG-Chemie mußte kostenloses Mittagessen und Zoo-Besuch für Notstandsgegner bereitstellen, um den Arbeitern den Kongreß „Notstand der Demokratie" schmackhaft zu machen.

Grundsätzliche organisatorische Änderungen erfuhr die Notstandsopposition zum ersten Male am und nach dem 2. Juni 1967. In Berlin, aber auch in Hamburg und in Bonn hatte der Polizeieinsatz zum Schutze des morgenländischen Potentaten verdeutlicht, daß die Staatsgewalt nicht davor zurückschreckte, schon in „Friedenszeiten" notstandsähnliche Polizeieinsätze gegen revoltierende Studenten zu mobilisieren. Die Notstandsopposition durfte sich also nicht auf die Verhinderung von Gesetzen beschränken: sie hatte ihre praktische Legitimität als Fundamentalopposition erhalten. Die zunehmende Disziplinierung der Arbeiter durch die konzertierte Aktion, die Illegalisierung von Streiks und Demonstrationen durch die herrschenden Institutionen und die Springer-Presse, die Einrichtung von Zivilschutz- und Werkschutzverbänden verdeutlichten, daß die Notstandsopposition nicht mehr auf die Wiederherstellung von parlamentarischer Kontrolle und innerparlamentarischer Opposition warten konnte. Sie mußte zu neuen Formen des Protestes und der Aufklärung finden.

Dennoch waren bestimmte Gruppierungen der Notstandsopposition nicht davon zu überzeugen, daß angesichts des Angriffs von Seiten der Staatsmacht, neue Demonstrations- und Aktionsformen gefunden werden mußten. Die Diskussion um die „Gewalttätigkeit" der Springer-Blockade in Berlin und in Frankfurt und die Vorwürfe, die gegen den SDS und seine taktisch offensiven Aktionen vorgebracht wurden, spalteten die Organisationen der Notstandsgegner zunehmend in zwei Lager. Auf der einen Seite Gewerkschaftsfunktionäre, Professoren, die Kampagne für Abrüstung, die KP — auf der anderen Seite die Organisationen der antiautoritären Schüler, Studenten und jungen Arbeiter.

Der Kongreß am 11. Mai in Bonn ist nur auf diesem Hintergrund eines in sich gespaltenen Notstandslagers zu begreifen. Er war Ausdruck des Kompromisses zwischen den liberalen, legalistischen und den radikalen Gruppierungen innerhalb der außerparlamentarischen Opposition. Das Einheitsfrontkonzept der Veranstalter war dazu angetan, möglichst große Massen der Notstandsgegner zu vereinigen und auf eine gemeinsame politische Formel zu verpflichten. Dennoch war ein Teil der gewerkschaftlichen Notstandsgegner nicht dazu bereit, sich mit Vertretern der radikalen Position auf ein Rednerpodest zu stellen. Der Gegenkongreß des DGB in Dortmund war Ausdruck für die Rückzugsstrategie der Gewerkschaftsspitzen, von denen dann auch prompt verlautete, ihre Notstandsopposition werde mit dem Tage der Legalisierung der Notstandsgesetze aufhören. Den Gewerkschaften stünde es nicht an, sich gegen die (geänderte) Verfassung zu stellen.

Die Masse der politisch bewußten Arbeiter, Schüler und Studenten kam zum Bonner Kongreß. Während der DGB für seine Dortmunder Veranstaltung alle zur Verfügung stehenden Lockmittel aufzubieten (Gratisfahrt, Gratisessen etc.), so nahm der größere Teil der Notstandsgegner finanzielle Belastungen ohne weiteres auf sich, um nach Bonn zu fahren.

Gleichwohl war der Kongreß selbst alles andere als ein Fortschritt auf dem Weg vom Protest zum Widerstand. Was dort geboten wurde, war nicht mehr als liberales, höchstenfalls wortradikales Palaver. So verkündete Vitt, Vorstandsmitglied der IG-Chemie: „Notstandsverfassung und Folgegesetze — sie passen nicht in unsere Zeit." Schriftsteller, FDP-Bundestagsabgeordneter Dorn und Gewerkschaftler gingen mit keinem Wort auf die veränderte Lage nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke ein — geschweige denn auf die Formen des Widerstandes nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Die Redner nährten die Illusion, als könne man in letzter Minute durch Appelle an die SPD eine innerparlamentarische Opposition aufbauen, die die Notstandsgesetze doch noch verhindern würde: „Es ist die letzte Chance für die SPD, diese Gesetze gemeinsam mit der Opposition zu verhindern und wieder zu sich kommen." (Heinrich Böll)

Große Teile der Kundgebungsteilnehmer waren in ihrem politischen Bewußtsein weiter fortgeschritten als die Redner. Der von den antiautoritären Jugendlichen artikulierten Forderung nach Generalstreik wird zwar die Gewerkschaftsspitze ebenso wenig nachkommen, wie das Parlament, wenn es aufgefordert wird, sich endlich demokratisch zu verhalten. Dennoch manifestiert sich darin das Bewußtsein, daß die Notstandsopposition zu einem Teil erkannt hat, daß man jetzt zu anderen Kampfformen greifen muß, wenn man irgend dazu kommen will, dem Angriff von Regierung und Parlament auf die elementaren Grundrechte einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen.

Das teach-in, das der SDS im Anschluß an die Kundgebung veranstaltete, erfüllte die Funktion, die Solidarisierung der nach Bonn gekommenen Jugendlichen mit den Aktionen der antiautoritären Bewegung zu vollziehen. Wie sich diese Solidarisierung auswirkt, zeigt sich jetzt, während der Dritten Lesung der Notstandsgesetze, bei den Streiks an Schulen und Universitäten, in Betrieben und Büros.

Sicherlich wird man nicht davon sprechen können, daß sich über Nacht eine von den Gewerkschaften unabhängige Widerstandsbewegung konstituieren wird. Doch kann mit Recht gesagt werden, daß sich die radikale theoretische und praktisch-politische Position der antiautoritären Bewegung in der Notstandsfrage politisch bewährt hat.

Antonia Grunenberg

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger
Redaktion: Antonia Grunenberg, Rainer Roth, H.-P. Riese, Hermann Lohaus, Michael Schwarze, Lothar Wentzel
Redaktionsgeschäftsführer: Lothar Wentzel
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Werner Dömming
Vertrieb: Dagmar Gerdes, Klaus von Büren
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26—28, Telefon (0611) 7 98 31 88
Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postscheckamt Ffm. 187588
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,— jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: H. G. Gachet & Co., 607 Langen · Gerichtsstand: Frankfurt/Main

Reimut Reiche

Hat der autoritäre Staat eine Massenbasis?

Die Bundesrepublik entwickelt sich seit ihrem Bestehen schleichend, aber kontinuierlich zu einem autoritären Staat. Diesen autoritären Staat unterscheiden bis heute wesentliche Momente von dem klassischen Herrschaftssystem des deutschen Faschismus oder von den anderen historischen faschistischen Modellen. Einer dieser Unterschiede ist, daß der demokratische Staat Bundesrepublik sich zu einem autoritären Staat entwickelt, ohne dabei auf die direkte politische Unterstützung der Massen oder wesentlicher Teile der Bevölkerung unmittelbar angewiesen oder von ihnen aufgefordert worden zu sein. Die Ermächtigungsgesetze vom März 1933 waren für die NSDAP ein unmittelbar notwendiger und unmittelbar funktionaler Hebel zur sofortigen, auch offiziellen Umwandlung der parlamentarischen Staatshülse in ein faschistisches System. Die Notstandsgesetze vom Juni 1968 treffen dagegen nur die Vorsorge zur Zerschlagung potentieller demokratischer oder rebellischer Massenbewegungen.

Die Frage ist, ob der gegenwärtige autoritäre Staat auch weiterhin mit der apathischen Toleranz der in sich isolierten und atomisierten Bevölkerung auskommt, oder ob er in seinem nächsten, vielleicht unmittelbar bevorstehenden Stadium darauf angewiesen sein wird, diese Bevölkerung in eine faschistisch für ihn agierende Masse umzuwandeln.

Der Erfolg der faschistischen Bewegung vor 1933 in der Mobilisierung der Massen hatte auf Seiten des Kleinbürgertums seine Gründe vornehmlich in dessen sozial und ökonomisch unsicherer Lage; auf Seiten des Proletariats vornehmlich in der unmittelbaren ökonomischen Not der langen Arbeitslosigkeit nach der Weltwirtschaftskrise. Die sozialistische Arbeiterbewegung, besonders KPD und SPD, hatten es nicht verstanden, dem Proletariat und Teilen des Kleinbürgertums ein kollektives und unmittelbares Bewußtsein von der Sinnhaftigkeit und der realistischen Möglichkeit zur Überwindung des Kapitalismus zu geben.

Der „linke" SA-Führer Ernst Röhm faßte direkt nach dem Passieren der Ermächtigungsgesetze, im Frühjahr 1933, das psychologisch-politische Fundament und das politische Programm der SA so zusammen: „Adolf ist gemein, er verrät uns alle. Er geht nur noch mit Reaktionären um. ... Wenn wir es sind, so muß aus unserem Elan etwas Neues entstehen, wie die Massenheere der Französischen Revolution. Wenn wir das nicht sind, gehen wir vor die Hunde ... Aber der Hitler tut mich vertrösten. Er will den Dingen seinen Lauf lassen. Hernach erhofft er sich ein Himmelswunder, das ist der echte Adolf. Er will die Fertige Armee erben. Er will sie von den ‚Fachmännern' zurechtschustern lassen ..."[1]) Adolf Hitler vielleicht, — der Faschismus aber hat gewiß nicht auf Himmelswunder aufgebaut. Der Faschismus hat vielmehr sofort nach 1933 begonnen, seine soziale und ökonomische Funktion für den Kapitalismus wahrzunehmen. Dieser Aufgabe mußten die verbogen antikapitalistischen Elemente, aus denen die faschistische Bewegung auch ihre Kraft geschöpft hatte, geopfert werden. Alfried Krupp hat nach 1945 diese wahre soziale und ökonomische Funktion, die der Faschismus ab seiner Machtübernahme für den Kapitalismus zu erfüllen hatte, in einzigartiger Klarheit zusammengefaßt: „Wir Kruppianer haben uns niemals viel um Leben gekümmert. Wir wollten nur ein System, das gut funktionierte und das uns eine Gelegenheit gab, ungestört zu arbeiten."[2]) In der Tat hat der Faschismus diese Aufgabe außerordentlich gut erfüllt.

Unsere Frage läßt sich nur klären, wenn man beide Pole einbezieht: den einen, für den Alfried Krupp, und den anderen, für den Ernst Röhm spricht: das antikapitalistische, auf den Sturz des Klassenstaates gerichtete Element und das nationalistische, militaristisch-reaktionäre, völkische und konsequent antisemitische Element, das gerade auf die Stabilisierung des Klassenstaates gerichtet war.

Auf lange Sicht, oder genauer, alsbald nach der faschistischen Machtübernahme, mußte sich mit Notwendigkeit der eine Pol durchsetzen: Die über das Ziel der Stabilisierung des Kapitalismus hinausschießenden, wie immer antisemitisch und chauvinistisch verbogenen, Impulse der faschistischen Bewegung, mußten der Funktions-Stabilisierung des kapitalistischen Systems dienstbar gemacht werden. Wo sie sich nicht einordnen ließen, wie der „linke" Flügel der SA, wurden sie selbst physisch ausgeschaltet. Die Zeit von 1934, vom sogenannten Röhm-Putsch — der wohl eher eine systematische Aktion zur Zerschlagung der SA war — bis zur Reichskristallnacht, umfaßt diejenige Teilstück innerhalb der faschistischen Epoche, in dem die aktiven und selbsttätigen, wiewohl dumpfen, brutalen und individuell-aggresivsten Elemente der faschistischen Bewegung vom System des Faschismus selbst abgebaut und schrittweise in die stets kontrollierbare, temporär stets einsetzbare und fast beliebig manipulierbare faschistische Gesamtbevölkerung aufgelöst wurden. Diese passiv tolerante faschistische Bevölkerung kann insofern nicht mehr als faschistische Bewegung bezeichnet werden, als ihr die letzten Reste von Autonomie und Selbsttätigkeit genommen waren.

In diesem Prozeß ist im Kern bereits das politische Programm des nachfaschistischen Kapitalismus enthalten: Es mußte nicht nur die sozialistische Arbeiterbewegung zerschlagen und dafür gesorgt werden, daß jeder fundamental-demokratischen, selbsttätig-politischen Bewegung der Boden entzogen bleibt. Das wäre noch keine Garantie gegen eine neue Massenbewegung, die dumpf aber unaufhaltsam irgendwo an den militärischen, ökonomischen oder sozialen Krisenpunkten des kapitalistischen Systems doch einmal aufbräche. Der Sozialkapitalismus hatte vielmehr aus den „Schwierigkeiten", die die SA bis zum Röhmputsch der Großindustrie immer noch machte, eine zweite Lehre zu ziehen: Es mußten zugleich die psychologische Basis und die politischen und sozialen Anlässe für jede mögliche politische Bewegung überhaupt aus der Welt geschafft werden, und wenn nicht aus der Welt, dann jedenfalls aus dem Bewußtsein der Massen.

Dieses große Programm der politischen und ökonomischen Herrschaftssicherung im kapitalistischen Teil Deutschlands wird gegenwärtig mit den Notstandsgesetzen abgeschlossen.

Das nach-faschistische Herrschaftssystem in der BRD hat diese Aufgabe, die Bindung der Massen an das System ohne ihre direkte Mobilisierung für oder Beteiligung an der Herrschaft, scheinbar perfekt gelöst. Es gibt keine noch so kleine politische Bewegung, die sich zugleich mit den demokratischen Ansprüchen des politischen Systems der BRD voll identifiziert und positiv für dies System mobilisiert werden könnte.

Die lebendigen Gruppen aus den Parteien, etwa die Jungdemokraten oder Jungsozialisten, betrachten sich vornehmlich als außerparlamentarische Opposition, und das heißt für sie: mindestens temporär als Gegner des politischen Herrschaftssystems der BRD.

Das gesamte System der gesellschaftlichen Anpassung, der psychischen und der politischen Manipulation, der gesteuerten Information, der gesteuerten Bedürfniseweckung und der Lenkung und Kanalisierung der Bedürfnisbefriedigung beruht zentral auf einer Atomisierung der Bevölkerungsgruppen in je einzelne Konsumenten, Empfänger, Wähler, Arbeiter — die nicht direkt miteinander in Kontakt treten, sondern nur über die technischen und psychologischen Vorschaltorgane der Manipulation. Wenn die Massen direkt miteinander in Kontakt, in politische Berührung, Erfahrungsaustausch usw. treten, wie es in Situationen auch der von oben gelenkten Mobilisierung wohl nicht zu vermeiden ist, dann besteht erhöht die latent immer vorhandene Gefahr, daß das gesamte System der eindimensionalen Kommunikation und der von oben gesteuerten Integration und Anpassung, wenn nicht zusammenbricht, so doch erhebliche Risse erleidet. Viele Vertreter der Parteien, der Ministerialbürokratie und der Erziehungsmonopole geben in der jüngsten Zeit vor, zu bedauern und es für ein gefährliches Zeichen zu halten, daß es so wenig „engagierte parlamentarische Demokraten" gibt. Das mag ihre ehrliche Meinung sein. Wir halten ihnen aber entgegen, daß dieses politische Herrschaftssystem der BRD seine Macht historisch darauf begründet hat und aktuell darauf angewiesen ist, daß es gerade nicht von „kämpferischen Demokraten" (MdB Dorn, FDP) unterstützt wird. Jedes kämpferische Engagement für Demokratie in diesem Land wäre den Herrschenden gefährlich, eben weil es Demokratie in diesem Lande herzustellen droht. Jedes Eintreten für die vergeblichen Ziele dieses Systems würde die Machtstruktur dieses Sytems in Frage stellen. Dieses Problem bestand — paradoxerweise — bereits für den Faschismus, darum hat er jenen in der Tat unheimlichen und historisch neuartigen Typ von aktiven Vollstreckungsbeamten geschaffen, die, wie ein Herr Eichmann, voll subjektiver Ehrlichkeit von sich sagen können, daß sie persönlich keine Antisemiten seien.

Als während der großen Vietnam-Demonstration in Westberlin am 11. Februar einige Bauarbeiter die auf den Fahrkränen ihrer Firmen aufgesteckten roten Fahnen herunterholten und verbrannten, und als darauf Demonstranten mit wütenden Zurufen und kleineren Handgemengen antworteten, rief Rudi Dutschke von der Kundgebungstribüne: „Kommt herunter zu uns und reiht Euch ein! Der Faschismus hat keine Massenbasis mehr! Ihr seid doch nur einzelne, isolierte Faschisten!" Wenige Tage später riefen der Senat, die Parteien und die Gewerkschaften von Westberlin die Bevölkerung zu jener berüchtigten Massenversammlung zusammen, auf der sich die aufgestaute Wut, die Aggression und Frustration von Teilen der Bevölkerung in einer so direkten Weise gegen die „Anderen" entlud, wie es in der Bundesrepublik bisher unbekannt war und von vielen von uns für unmöglich gehalten wurde. Es wurde, vielleicht sogar den Intelligenteren unter den Herrschenden, klar, wie dünn die Decke der Integration und der Anpassung ist und wie lebendig und stark das Reservoir der unter dieser Decke aufgestauten und mühsam kanalisierten Wut und Aggression ist. Einigen Repräsentanten der herrschenden Klasse sind diese „Exzesse" aus der Bevölkerung wirklich peinlich gewesen. Daß sie ihnen peinlich sind, sollte uns nicht optimistisch stimmen, eher bedenklich. Es mag bereits in kürzester Zeit Situationen geben, wo sie gezwungen sind, sich über ihre Bedenken hinwegzusetzen.

Aber auch eine andere politische Stoßrichtung einer einmal in Gang gesetzten, lange apathisch und passiv gehaltenen Masse ist denkbar. Die bis heute vorherrschende politische Apathie der Massen in der BRD beruht nicht ausschließlich, und vielleicht nicht einmal primär darauf, daß die Massen von sich meinen, es würde ihnen „gut gehen". Jeder Angehörige der sog. Bevölkerung, den wir in Diskussionen über unser Ziel verwickeln, wird uns an einem Punkt der Diskussion, an dem er „eigentlich" überzeugt von unseren Zielen sein müßte, antworten: „Aber die Masse" und „aber man kann doch nichts daran ändern" oder „aber der Masse geht es zu gut" und wird sich selbst sogleich von dieser Masse ausnehmen. Es ist sehr leicht möglich, daß eine einmal in Bewegung geratene Bevölkerung, selbst eine Bevölkerung, die vom Westberliner Senat oder von der Bundesregierung zu Demonstrationen gegen die linken „Terroristen" und „Störenfriede" bewegt wurde, mit der Aufhebung des Tabus, das in unserem Land auf politischer Demonstreation und auf politischem Engagement überhaupt ruht, gleichzeitig lernt, daß sie auch dort zuschlagen kann, wo es ihr wirklich nicht „gut geht": daß sie dann zuschlägt gegen Steuererhöhungen, gegen Entlassungen, der Lohnkürzungen, gegen hohe Mieten, gegen ein zu schlechtes Verkehrsnetz etc.

Ich wage nicht zu behaupten, daß die lohnabhängigen und bislang in scheinbar apathischer, aber doch in Wirklichkeit in gespannter Ruhe gehaltenen Massen, sich in der Entladung ihrer Unzufriedenheit einheitlich und in fortschrittlicher Weise gegen das bestehende System der politischen und ökonomischen Herrschaft wenden würden.

Aber soviel ist doch aus dem politischen und psychologischen Verhalten der Massen in den nachfaschistischen Systemen an historischer Erfahrung für die nächste Phase unserer politischen Auseinandersetzungen ableitbar und für unseren Kampf fruchtbar zu machen:

1. Wenn die antiautoritäre Bewegung und die außerparlamentarische Opposition mit der gleichen Geschwindigkeit ihre Basis zu verbreitern, wie dies allein im letzten Jahr geschehen ist — und es gibt für die nächsten Jahre keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen —, dann werden an einem jederzeit erreichbaren Punkt der Auseinandersetzung die Repräsentanten des autoritären Staates erstmals seit dem Ende des manifesten Faschismus zwingend vor die Frage gestellt werden: sollen sie wieder zu klassisch faschistischen Mitteln der Disziplinierung von Bevölkerungsgruppen zurückkehren. Denn gegenüber Formen wirklich politischen Widerstandes, gegenüber längere Zeit andauernden Streiks ganzer Schulen in einer Stadt, aller Universitäten in der BRD, gegenüber wilden Streiks in wirklich zentralen Industrie- und Versorgungspunkten sind die Mittel der „Gummiwand", an der sich die außerparlamentarische Opposition müde rennen soll, ohne in der Bevölkerung Schaden anzurichten, ebenso wirkungslos, wie die blutigen Polizeischlägereien. Dann könnte es allerdings sein, daß der autoritäre Staat wieder zu Internierungslagern, Zwangsverpflichtungen, Arbeitslagern, Ausgangssperren zurückkehren würde, vielleicht sogar in einer so geschickten Weise, daß die große Mehrheit der Bevölkerung selbst dann noch passiv bleibt, wenn auch die Einzelnen noch ängstlicher geworden sein werden.

2. Aber noch ein anderes Mittel der Rückkehr zu klassisch faschistischen Methoden ist denkbar: die kanalisierte faschistische Massenmobilmachung von oben. Wir haben bislang stets argumentiert, der Springer-Konzern hetze die Massen faschistisch gegen die Studenten auf. Bei Anlegung strenger Maßstäbe ist ihm das noch nicht gelungen. Man muß sich einen Moment lang die ganze Tragweite einer gelungenen Aufhetzung vorstellen: Bis heute ist noch kein Student über die Mauer geworfen worden, bis heute haben noch keine organisierten Kampagnen stattgefunden, in denen uns die zu langen Haare abgeschnitten worden wären.

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke war immer noch die Tat eines faschisierten Einzelnen und sie hat erstaunlicherweise keine manifesten faschistischen Solidarisierungen nach sich gezogen.

Aber es gibt in einer sozialpsychologischen und psychoanalytischen Betrachtungsweise keine Argumente dafür, die völlig ausschlössen, daß diese bis heute isolierten, deformierten Charaktere und bis heute passiven Einzelnen nicht zu gegebener politischer Stunde zu der kollektiv gesteuerten und von oben einsetzbaren und wieder zurückpfeifbaren Masse, aber eben doch zu der faschistischen Masse, werden könnten, die auf Abruf die Reichskristallnacht inszenierte, um danach die Vergasung von Juden 6 Jahre lang wiederum den dafür beamteten zu überlassen. Die antiautoritäre Bewegung würde eine solche Nacht schwerlich überstehen.

Bislang ist also noch eine Differenzierung angebracht, wenn wir sagen: Die Studenten sind zu den Juden der Gesellschaft geworden. Der Unterschied zum Faschismus liegt genau dort, wo auch derjenige zwischen bürgerlichem und faschistischem Antisemitismus liegt. „Antisemitismus der bürgerlichen Ära stellt eine persönliche Reaktion des Einzelnen auf eine soziale Verunsicherung in der Gesellschaft dar, die durch die Bedingungen des allgemeinen ökonomischen wie sozialen Konkurrenzkampfes geschaffen wurde. Antisemitismus diente als Ferment der bürgerlichen Gesellschaft, insofern er diese vor der Destruktion durch die von ihr selbst provozierte Aggressivität des einzelnen stets neu zu bewahren suchte. Dagegen war dem Antisemitismus des faschistischen Systems nicht solcher Ventilcharakter wie in der bürgerlichen Gesellschaft eigen; die Faschisten erhoben ihn zum primären Konstituens ihrer Gesellschaft, der in Absehung aller realen sozialen Antagonismen hypostasierten gleichrassigen Volksgemeinschaft."[3])

Aber der bürgerliche und der faschistische Antisemitismus, oder, für heute: die bereits praktizierte Diskriminierung der Studenten und ein mögliches zukünftiges physisches Vorgehen gegen das außerparlamentarische Lager — beide haben auch eine strukturelle Gemeinsamkeit. Sämtliche pathologischen Abwehr-Mechanismen des geschwächten Ich, die im faschistischen Antisemitismus in einem kollektiven Aus-Agieren eingesetzt wurden, waren im bürgerlichen antisemitischen Charakter individuell bereits voll ausgebildet. Das trifft genauso zu für die Mechanismen der Isolation und der affektiven Sperren und Spaltungen wie für die Mechanismen der Projektion und der Vorkehrung ins Gegenteil.

Es ist im Rahmen dieser Analyse eine Antwort darauf nicht möglich, ob die politische Stunde bereits wieder da ist, da das System der Herrschaft im autoritären Staat wirklich auf die Mechanismen wird zurückgreifen und sie kollektiv gegen uns wird einsetzen müssen, die heute „nur" als individuelle und isolierte Mechanismen vorhanden sind. Unbeantwortbar bleibt auch die Frage, ob dies so glatt gelingen würde wie im klassischen Faschismus.

Sicher ist dagegen, daß es nicht im Bereich unserer politischen Möglichkeiten liegt, dieses sozialpsychologisch vorhandene faschistische Potential vor seinem kollektiven Aufbrechen etwa dadurch zu bewahren, daß wir selbst zu den sog. nicht-radikalen und zu den sog. gewaltlosen Methoden und Aktionen zurückkehren.

Der Weg, den wir bis jetzt erfolgreich eingeschlagen haben, beinhaltet in sich die Gefahr eines von oben einberufenen faschistischen Konter-Engagements gegen uns. Aber es gibt keine Alternative zu diesem Weg, als die Rückkehr zu individueller Resignation und kollektiver Friedhofsruhe. Und auf diesem Friedhof würde man uns über kurz oder lang selbst die Trauer noch verwehren.

1) zitiert bei Hermann Rauschning, „Gespräche mit Hitler", New York und Zürich 1940, S. 142 f.

1) zitiert bei L. Poliakow und J. Wulf, „Das Dritte Reich und die Juden", Berlin S. 1955, S 36

3) Peter Furth und Margherita v. Brentano, „Zur Analyse des faschistischen Antisemitismus", in: „DISkussion, Nr. 14, S. 8

Helfershelfer

Am 8. Mai erschien in der Frankfurter Rundschau eine Erklärung der Frankfurter Professoren Fetscher, von Friedeburg, Habermas und Mitscherlich. In dieser Erklärung distanzierten sich die Professoren von den Diffamierungen des Ministers Stoltenberg gegenüber den Professoren Abendroth, Flechtheim, Maus, Hofmann und Ridder.

Gleichzeitig forderten die Frankfurter Professoren den SDS auf, sich zur Gewaltanwendung (wie sie beispielsweise in den Ostertagen gegen die Auslieferung von Springererzeugnissen angewendet wurde) eindeutig zu erklären. Auf diese Erklärung hin schrieben der Leiter des psychologischen Seminars der TU Hannover zusammen mit Assistenten und Studenten einen Leserbrief an die FR, der in der FR nur in kurzen Auszügen erschien. Da dieser Brief schon eine Analyse des politischen Verhaltens der Frankfurter Professoren der FR-Erklärung enthält, das erst jetzt sich in der Gründung des Aktionsausschusses „Demokratie im Notstand" voll artikuliert, druckt der „Diskus" den Brief aus Hannover vollständig ab.

Die Verfasser des Antwortbriefes sind der Auffassung, daß die Gründung dieses Aktionsausschusses nicht nur eine eindeutige politische Spaltung der Antinotstandsbewegung bedeutet, sondern darüber hinaus noch der Forderung Minister Stoltenbergs faktisch nachkommt, die Schafe von den Böcken zu trennen. Die in der FR-Erklärung noch gegen die Angriffe Stoltenbergs verteidigten Professoren werden, da ihnen die Beteiligung an der Gründung des Aktionsausschusses und an der Diskussion seiner politischen Zielsetzung nicht ermöglicht wurde, damit den diskriminierenden Angriffen der manipulierten Öffentlichkeit preisgegeben. Die sozialpsychologische Sequenz: abspalten, isolieren, anschuldigen, ausrotten, die der Antwortbrief aus Hannover analysiert, erhält nunmehr, ganz sicher ungewollt, die Verstärkung der Linksliberalen.

Der Schlußabsatz Ihres in der „Frankfurter Rundschau" vom 9. Mai 1968 abgedruckten offenen Briefes erweckt den Eindruck, als scheitere die von Ihnen längst dringend empfohlene politische Vernunft und Menschlichkeit an der Intransigenz des SDS. Das Problem der Gewalt, für denjenigen besonders bedeutsam, der sie ohnmächtig erleidet, hat seinen komplexen theoretischen wie praktischen Zusammenhang, der durch solche Fixierungen der Auseinandersetzung auf e i n e n politischen Verband gewiß nicht durchschaubarer wird. Wir meinen, ein Brief an den Herrn Minister Stoltenberg sollte zunächst einmal zu einer konkreteren Sprache zurückkehren. Studierende stoßen auf Gewalt, die sie ohne Gegenwehr hinnehmen mußten; es werden sozialpsychologische Prozesse in Gang gesetzt, die einige von ihnen in den gegeneinander weitgehend autonomen Gruppen des SDS diskutieren. Der Einspruch, den Sie gegen eine „kalkulierte Gewalt" erheben, ist selbst Gegenstand dieser Diskussion. Dabei gliedern sich Problemstrukturen heraus, die wir kurz andeuten wollen:

1. Unrechtmäßige Gewalt führt bei Polizisten, die sie ausüben, zur Korruption; sie werden vom apologetischen Verhalten ihrer politischen Führung in der Idee der Komplizenschaft von Polizei und Regierung bestätigt. Bei Studenten, wenn sie schon einmal wütend zurückschlagen oder Gerätschaften ihrer Gegner zerstören, kann Gewaltanwendung, als Notwehr begriffen, zum Rückgewinn der eigenen Würde führen; sie wurde beim Erleiden unrechtmäßiger Gewalt, durch physischen Schmerz, durch Angst beschädigt. Sie schaffen selbst im „Unrecht" den Rechtsstaat nicht vorübergehend ab, wie die prügelnde Polizei, die trickreich über Rechtsgarantien hinwegblinzelt, sondern sie bilden seine Grundlagen: Würde und Integrität, neu heraus.

2. Sie nennen in Ihrem Brief an den Minister Stoltenberg Distinktionen zwischen dieser Gewalt und jener Gewalt „scholastisch". Das heißt auf vieles verzichten: auf die Differenz zwischen der Gewalt gegen Menschen und der gegen Institutionen, die freilich die Polizei auch nicht kennt. Die „Selbstjustiz" der Bürger, wenn sie sich zusammenrotten, um einzelne wehrlose Studentinnen und Studenten zu verprügeln, und die moralische Unmöglichkeit für den SDS und für die anderen Demonstranten gleichfalls in Reden einzelne physisch zu hetzen, sind zureichende Momente für eine Distinktion. Beide Formen, sich zu verhalten, sind vom Umgangsstil der Polizei, der politischen Führung, der Koalitionsparteien einerseits, von der Strategiediskussion im SDS und seiner politischen Zielsetzung andrerseits nur um den Preis der Gewalttätigkeit zu trennen: Sie beginnt theoretisch mit der Unterdrückung des Problemzusammenhangs zugunsten eines leicht fixierbaren Moments, das Schule machen soll, und endet bei der Unterdrückung der vermeintlich Schuldigen.

3. Sie fordern den SDS zu einer klären Entscheidung, Stellungnahme usw. auf. Programmatische Äußerungen dienen dazu, den, der sie tut, künftig zu kontrollieren. Dies nicht mehr zuzulassen, daß andere heteronom Kontrolle über uns ausüben, indem sie sich unserer Äußerungen bemächtigen, ist selbst Bestandteil der Destruktion, die der SDS sich vornimmt, und in der er sich doch mit Ihnen einig weiß. Aber die Gewaltsamkeit gegenüber dem Problem der Gewalt und der Lage des SDS, die sich in ihrem Schlußabsatz ausdrückt, hat noch einen wesentlich bedenklicheren Aspekt.

Vier Professoren, tendenziell mitbetroffen, stellen fest, daß ein Minister nach bekanntem Vorbild politisch engagierte Professoren von ihren Kollegen differenzieren will, um sie zu isolieren und anzuklagen; sie sehen zu recht, daß ein solches Vorgehen generell zur Ausschaltung politisch engagierter Professoren führen kann. Abspalten, Isolieren, anschuldigen, ausrotten — das ist die schreckliche Sequenz, in der sich die Politik der Majorität gegen eine protestierende Minderheit endlich konkretisiert. Aber wie antworten diese vier Professoren? Nicht ohne nun selbst a u c h zu differenzieren, zu isolieren und anzuklagen — nämlich den SDS; als bedürfte die Öffentlichkeit noch zusätzlicher Hilfe bei dem Versuch, die Sequenz zu ihrem Ende voranzutreiben.

Die Suche nach einem Alibi, das der Sündenbock immer hergibt, die Verschwörertheoreme und entlastenden Fixierungen, die Bereitschaft, sich immerfort von irgendjemandem zu distanzieren, haben den SDS längst in der öffentlichen Meinung, auch der des Herrn Stoltenberg, zur „Partei" gemacht, die an allem schuld ist; daß Ihr Schlußpassus in diesen Dunstkreis sozialer Vorurteile hineingerissen wird und sie bestätigt, war gewiß nicht Ihre Absicht. Aber nach unseren Beobachtungen wird gerade dieser Absatz Ihres offenen Briefs gern und häufig zitiert. So reproduziert sich die Entfremdung: wir erkennen in Ihren Schlußsätzen weder den SDS noch unsere gemeinsamen Probleme wieder, und Sie Ihre Sätze mehr in der öffentlichen Meinung, die sich ihrer bemächtigt hat.

Peter Brückner, Alfred Krovoza,
Manfred Lauermann, Thomas Leithäuser

Zur Arbeiter-Schüler-Studentenzeitung

Sie dürfen versichert sein, daß wir die Auffassungen der Studentenschaft und anderer demokratisch oppositioneller Kreise in allen ihren wesentlichen Punkten teilen. Wir werden durch unseren entsprechenden Einfluß bei den sich gelegentlich doch immer wieder ergehenden Diskussionen am Arbeitsplatz, zu Hause und bei sonstigen Gelegenheiten unseren unterstützenden Beitrag leisten.

Wolfgang Fritzel, Harry Schmutzler (OTV),
Bad Vilbel

Uns interessieren wissenschaftliche Leistungen! Natürlich nicht „wissenschaftliche" Leistungen von ekelhaften Politologen, Soziologen oder Schreiberlingen. Sie können uns nur imponieren, wenn Sie in Ihrem Blatt Ihre Redakteure mit deren wissenschaftlichen Leistungen vorstellen. Wenn außer einer großen Schnauze nichts da ist, dann nicht, bitte.

Jürgen Kegler (AStA Heidelberg) cand. med.
Peter Streiker, stud. jur. G. Berg

Skandieren Sie nicht ständig Ihr „Ho-ho-ho-tschi-Minh" . . .
Heinz R. Köhler, Hanau

Da die Arbeiter-Schüler-Studentenzeitung im Ton des „Stürmers" in der NS-Zeit und im Jargon ostzonaler Blätter hetzt, straft sie ihre Behauptung, demokratische Interessen zu vertreten, Lügen.

Margot Brandt, Göttingen

Sie haben erkannt, wo die Feinde der Werktätigen stehen; es gilt, die Herrschaft einer geld- und machtgierigen Minderheit über eine abhängige Mehrheit zu brechen. Wir erklären uns mit Ihnen — den fortschrittlichen Arbeitern, Schülern und Studenten — solidarisch.

A. Bonezkowicz und Frau

Ihre Berichterstattung ist einseitig, wie Bild, nur linksfaschistisch-kommunistisch. So finden Sie unter denkenden Menschen keine Anhänger.

H. Schmidt, Fischbach

. . . und muß sagen, daß die Studenten sehr rege sind. Die älteren Bürger müssen aufgeweckt werden, weil es Schlafmützen sind.

Rudolf Jäger, Hanau

Nun las ich in Ihren Zeitung Sie hilfen dem arbeiter nun Herren wenn jemand hilfe bracht, dann bin ich das woll und habe woll denn geheimhypnoseabteilung der Staat am halse hangen.

E. J. v. d. Straten, Frankfurt

Ich bin Arbeiter in einem Frankfurter Industriebetrieb. So wie ich denken noch etliche meiner Kollegen. Laßt nicht locker und versucht die Mehrheit der Arbeiter für Euch zu gewinnen . . .

K. Heise, Hochstadt

Ich bin Arbeiter und wißt: die Unruhe und das Fragen ist groß: Was wollen die Studenten und haben sie nicht gute Vorschläge, können wir uns ihnen anvertrauen? . . .
Die Jugend ist unsere Hoffnung, nicht nur bei den Studenten. Also müssen auch hier die Studenten, da sie mehr Zeit haben, lehrreich einwirken und Wissen manipulieren, das die Unwissenheit auslöscht. Bewußtsein heißt willig sein. Der Wille reicht aus, wenn er nur gedacht ist, er ist unwandelbare Parteilichkeit mit Hoffnung auf jene geänderte, bessere Gesellschaft, die unser Ziel ist, für das wir streiten.

P. Renda, Stuttgart-Bad Cannstatt

Gegendarstellung

In dem DISKUS-Extrablatt Nr. 1 vom April 1968 beschäftigten Sie sich in dem Artikel „Die Lage in Esslingen ist ganz ausgezeichnet" auch mit unserem Unternehmen.
Im Anschluß an den Hinweis, daß die Bechtle-Druckerei zum alteingesessenen Esslinger Bechtle Verlag gehört und dieser zu Esslingen seit Menschengedenken gehört, so wie das Rathaus und die Burg, steht der Satz: „Bechtle ist seit längerer Zeit von Springer aufgekauft; das wissen die wenigsten Esslinger".
Die Angabe, unser Unternehmen sei von Springer aufgekauft, ist unwahr. Wir sind seit Gründung unseres Hauses vor 100 Jahren ein Familienunternehmen und wir haben nicht daran gedacht und denken nicht daran, es zu verkaufen.

Richard Bechtle
Graphische Betriebe und Verlagsgesellschaft
(Bechtle Verlag und
Esslinger Zeitung / Neckarpost)
(gez.) Otto Wolfgang Bechtle
(gez.) Dr. Friedrich Bechtle

Die beste Schule

die es gibt, eine hohe Schule für die Erwachsenen, für Männer und Frauen, ob Politiker, Wirtschaftler, Architekten, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler, Studenten, Angestellte und Facharbeiter aller Art, ob erfahrene oder junge Menschen, das ist eine gute Tageszeitung. ■ Sie unterrichtet, unterhält und fesselt den aufmerksamen Leser jeden Tag aufs neue. Wer sie täglich liest, eignet sich Kenntnisse an, die ihm in seinem Beruf Vorteile vor den anderen verschaffen und seine allgemeine Bildung verbreitern und vertiefen. Die Glossen und Kommentare erleichtern ihm die eigene Meinungsbildung und machen ihn in der Diskussion sicher.

DIE SCHULE, die am wenigsten kostet

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rudolf Wiethölter

5 Thesen gegen die Notstandsverfassung

Wer über gewissen Dingen den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren.

Ich fasse (als Jurist) meine Einwände gegen die Notstandsverfassung nach dem Entwurf in 2. Lesung im Bundestag in 5 Thesen zusammen.

I

Der unsere Verfassung ändernde Gesetzgeber weiß nicht, was er tut.

Er handelt in Gesetzgabe ohne Bewußtsein für die Verfassungsaufgabe. Mit der Verabschiedung seiner Notstandsverfassung verabschiedet er sich gerade nicht von unserem Verfassungsnotstand. Über sein historisch-verfassungspolitisches Versagen kann nicht erst die Nachwelt, sondern muß schon die Mitwelt urteilen. Der Gesetzgeber hat die erste und einzige große Chance der verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Ortsbestimmung der Gegenwart seit 1945 (u. z. in öffentlicher Grundsatzdiskussion) verspielt, nach Spielregeln, die er zugleich fälschlich mit dem Spiel selbst identifiziert, indem er institutionell verfestigt, was funktionell beweglich bleiben muß, indem er offene Inhalte auf geschlossene Formen verkürzt, kurzum: indem er die von unserer Verfassung intendierte politische Gesellschaft verrechtlicht und sie gerade in der formalen Entpolitisierung material politisiert im Sinne einer rechtlichen Zementierung des status quo. Weder Weimarer noch Bonner Republikverfassung waren politische Verfassungswerke, jene nicht, weil der äußeren Revolution der innere Umbruch, diese schon deshalb nicht, weil dem äußeren Umbruch die innere Revolution nicht folgte. Stand die Weimarer Verfassung vom theoretischen Einzug an im Widerspruch zur sozialen Wirklichkeit, ein Widerspruch, der sich zwischen selbstmörderischem Legalismus (Identität von Recht und Macht) und mörderischem Dezisionismus (Identität von „Führer" und Recht) verschärfte, so geriet die Bonner Verfassung im praktischen Vollzug in Widerspruch zur sozialen Wirklichkeit, ein Widerspruch, der sich zwischen theorieloser Scheinpragmatik und dogmatischer Scheintheorie verschärft. In beiden Fällen — Weimarer wie Bonner Verfassung — haben sich Juristen mit einem falschen Rechtsverständnis durchgesetzt, das die sozialen und ökonomischen Bedingungen der Existenz einer politischen Gesellschaft nicht reflektierte. Die Bonner Verfassung wurde einseitig gegen eine falsch interpretierte Geschichte der Weimarer Verfassung konzipiert. Unter den sozialen und ökonomischen Verhältnissen seither hat ihre lautlose Transformation die verheißene freiheitliche demokratische Grundordnung stärker entmutigt und gedrosselt als ermutigt und ermöglicht.

Summa: die historische Stunde einer notwendigen Verfassungskonzeption ist verpaßt.

II

Der unsere Verfassung ändernde Gesetzgeber fetischisiert und tabuisiert das Recht. Eine Rechtskulturentwicklung von mehr als 2000 Jahren pendelte zwischen lex und rex, ratio und voluntas, veritas und auctoritas, ohne die Rechtsmacht je gegen das Machtrecht verwirklicht zu haben. Daß Recht noch stets der stärkste Schutz der Schwachen gewesen sei, ist ein Mythos, bestenfalls eine Legende. Gute Gesinnung sieht und meint es so. Und der Bundestag hat davon ausgiebig gesprochen. Aber es geht nicht um gute Rechtsintentionen von politischen Menschen, sondern um politische Verhältnisse. Wir müssen Recht politisch entmachten, damit Recht seine wirkliche Macht entfalten lernt. Solange wir diese Entzauberung des Rechts nicht geleistet haben, bleibt Recht, was es stets war; politisches Alibi und Verheißung.

Man prüfe meine These an der jüngeren und jüngsten Rechtsentwicklung:

Der Rechtsstaat (als Staat der Herrschaft von Recht und nicht von Menschen) hat sich in der Rechtswirklichkeit aus intendierter Rationalität von Herrschaft zur Herrschaft von Irrationalität transformiert, die politische Inhalte und soziale Prozesse in rechtlichen Formen und Institutionen verschleiert:

parlamentarische Kontrollmechanismen und Abstimmungstechniken werden als rechtsstaatliche Spitzenleistungen gepriesen, ohne daß Parlamentarismus und Mehrheitsprinzip in unserer Gesellschaft als große ungelöste Probleme auch nur empfunden werden. Der Sozialstaat hat sich in der Rechtswirklichkeit aus intendierter politischer Gesellschaft zur Fortsetzung des sozialfürsorgerischen Königtums transformiert, das Almosen spendet, wo Anteilhabe und Anteilnahme gemeint sind.

Der demokratische Staat hat sich aus intendierter Legitimation und Kontrolle aller öffentlichen Gewalt zur Selbstidentifizierung mit einem Parlament aus — nach sog. Wahlrechtsreform-Delegierten zweier Volksparteien transformiert, deren angebliche Entideologisierung sich re vera als passive Anpassung an planlosen Wohlfahrts- und steuerlosen Rüstungskapitalismus entpuppt, als unpolitische, jedenfalls politisch unverantwortliche Verwaltung durch Großbürokratien in „Wirtschaft" und „Staat", als Pragmatik, die sich im Leben von der Hand in den Mund, von Tag zu Tag, von einem gestopften zu einem gerissenen Loch erschöpft. Alles dies ohne Rechtstheorie und ohne Verfassungstheorie, ohne Parteitheorie, Gewerkschaftstheorie, Verbandstheorie, kurzum: ohne Spuren von politischer Theorie für unsere Gesellschaft und ihre Verfassung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist am wenigsten ein Rechtsproblem, sie ist vor allem ein Problem der aus kritischer Empirie und Reflexion zu gewinnenden und ausgeführten Gesellschaftstheorie.

Summa: „Sicherheit und Ruhe! Ordnung und Freiheit!" (so die „bürgerliche Gesundheit" im ersten Aufzug von Goethes Egmont) sind nicht Voraussetzung einer guten Einrichtung der Gesellschaft, sondern erst ihre — mögliche — Folge. Das unterscheidet unseren „Staat", den wir noch nicht geschaffen haben, vom Staat des 19. Jahrhunderts, den wir noch nicht überwunden haben.

III

Der unsere Verfassung ändernde Gesetzgeber bewegt sich außerhalb der Verfassungslegalität in verfassungswidrigen Dezisionen. Die Verfassung des Bonner Grundgesetzes reflektierte noch nicht den massendemokratischen Verbände- und Parteienstaat. Zwangsläufig erfüllen Parlamentarismus, Mehrheitsentscheidung und Öffentlichkeit weithin ihre zugedachten Funktionen nicht mehr. Die sog. außerparlamentarische Opposition ist z. B. re vera eine Opposition im politischen Kräftefeld. Die sog. radikale Minderheit ist z. B. re vera eine substantielle gesellschaftliche Interessenrepräsentation, die sich gegen das enge Kartell der zur politischen Monarchie verfestigten gesellschaftlichen Oligarchien stemmt. Die sog. lautstarke Linke ist z. B. re vera tendenziell „Öffentlichkeit", wenn und weil sie argumentiert und räsonniert, während der „öffentliche" Bundestag meist nicht diskutiert und deliberiert, sondern Mentalitäten demonstriert und Meinungen produziert. Der angebliche politische Pluralismus — Paradeaushängeschild der „offenen", der „mündigen" Gesellschaft ist hingegen über den status eines laissez faire-Pluralismus noch nicht hinausgediehen, der ähnlich dem laissezfaire-Liberalismus die Mächtigen mächtiger, die Ohnmächtigen ohnmächtiger, dagegen nicht notwendig die Reichen reicher, die Armen ärmer macht.

Summa: der Bundestag setzt in der Notstandsverfassung weithin „verfassungswidriges Verfassungsrecht".

IV

Der unsere Verfassung ändernde Gesetzgeber entlarvt sich in wichtigsten Details seiner Vorschläge als das Gegenteil seines Selbstverständnisses. Ich greife lediglich 5 exemplarische Fälle auf.

a) Die Widerstandsrechtsklausel (Art. 20 IV) schafft kein Freiheitsrecht, sondern eine Sanktion gegen Freiheitsrechte. Wie Hochverrat eine Frage des Datums ist, so ist Widerstand politische Ketzerei oder politischer Sieg. Alles verfassungsgemäße politische Leben ist Widerstand gegen die Bedrohung dieses Lebens, das ist — ohne Art. 20 IV — die simpelste Selbstverständlichkeit einer Verfassung. In praxi gewährleistet Art. 20 IV den Bürgerkrieg.

b) Die Arbeitskampfklausel (Art. 9 III) legitimiert nunmehr verfassungsrechtlich die Aussperrung und die — in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft entwickelte verfassungswidrige — Einengung des Streiks. Daß sich die Gewerkschaften gegen den politischen Generalstreik anläßlich der Notstandsverfassung wenden, ist übrigens wiederum kein Rechtsproblem, sondern ein Problem ihrer Entpolitisierung und der fehlenden Gewerkschaftstheorie. Nicht ob sie streiken könnten, wenn sie wollten, ist hier das Problem, sondern ob sie es überhaupt wollen könnten. Von rechtlicher Wirkung ist dabei die desuetudo: „Wer über gewissen Dingen den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren" (Lessing). Wer in gewissen Situationen den politischen Generalstreik nicht wagt, der hat keinen mehr zu wagen. In diesem Lichte wirft die Ermächtigung zum Einsatz der Bundeswehr u. U. in politischen Streiks (arg. Art. 84 a IV) doppelt düsteren Schatten.

c) Die politische Kontrollklausel anstelle einer richterlichen Prüfung (Art. 10) im Zusammenhang mit der Ablösung der Vorbehaltsrechte der ausländischen alliierten Mächte durch die Rückbehaltsrechte der inländischen alliierten Mächte müßte, will der Bundestag folgerichtig und ernsthaft politische Sachverhalte von politischen, nicht richterlichen Instanzen kontrolliert wissen, in einer politischen Gesellschaft die große Masse der Gerichtszuständigkeiten politisieren,

d) Die Bündnisvorbehaltsklausel (Art. 80 a) übersieht in ihrer rechtsstaatlichen Krönung (Beteiligung der Regierung am internationalen Beschluß, Aufhebung durch Parlament) das heutige Verhältnis von Regierung und Parlament. Vestigia terrent (Röhrenembargo Ost!)

e) Im ganzen ist zu beklagen die vollsynchronisierte Getriebeschaltung von „Normalstandsrecht" und „Notstandsrecht". Vorbereitung auf Unglück und Vorbereitung von Unglück wohnen nahe beieinander. Den „Normalstand" empfindet leicht als „Notstand", wer ihn nicht leiden mag.

Summa: Diskussion, Argumentation, Reflexion und Deliberation? Demonstration fixierter Dezisionen, technisch zuweilen gemildert kraft Zwangs zum Formelkompromiß und zur taktischen Abbreviatur!

V

Meine Hoffnungen (und meine zukünftige Arbeit, denn in einer Demokratie gilt nicht: videant consules, sondern: videamus) zielen auf die durch die Notstandsverfassung angestoßene Politisierung des Bewußtseins breiter Bevölkerungsschichten als Vorstufe ihrer erweiterten Anteilhabe und Anteilnahme an den Prozessen öffentlicher Kontroversen über Konflikt und Konsensus sowie auf die Politisierungschancen eines Verfassungsgerichtsprozesses von Rang und Format.

Summa summarum: Vorsorge für die Sorgen in Notfällen ist kein leerer Wahn. Aber die Sorgen vor dieser Vorsorge für Notfälle sind es noch weniger.

Zum Sonderpreis von DM 5,- in allen Buchhandlungen, an vielen Kiosken

Kursbuch 13 1968

Die Studenten und die Macht

Bahman Nirumand: Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf

Bernhard Schütze: Widerstand an Spaniens Universitäten

Carlo Donolo: Theorie und Praxis der Studentenbewegungen in Italien

Dossier 1: Studenten in Prag

Dossier 2: Studenten in Warschau

Heinz Rudolf Sonntag: Versuch über die lateinamerikanische Universität

X.X.: Brief aus Brasilien

Peter Portland: Studentenverbände in Äthiopien und Tansania

Dossier 3: Politische Kriegsdienstverweigerung am Beispiel Norwegens und der USA. Zusammengestellt von Hans Magnus Enzensberger

Oskar Negt: Studentischer Protest — Liberalismus — „Linksfaschismus"

Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze (Supplement)

Suhrkamp

bü cher re port

Die pazifizierte Demokratie

J. Agnoli / P. Brückner, Die Transformation der Demokratie, Voltaire Verlag, Berlin 1967, 194 S., DM 12,—.

Die beiden Analysen des politisch-gesellschaftlichen Systems der BRD, die dieser Band enthält, bedienen sich politologischer (Agnoli) und sozialpsychologischer (Brückner) Kategorien. Politisch-ökonomische Gedankengänge fehlen fast ganz. Das ist für linke Analysen dieser Art ungewöhnlich, aber hier nicht ohne Konsequenz. Der Herrschaftsapparat spätkapitalistisch-demokratischer Verfassungsstaaten benötigt und entwickelte „institutionelle, ideologische und technische Steuerungsmittel" (9), welche die ökonomische Dynamik des Klassenkampfes stillstellen, jedenfalls ideologisch pazifizieren können. Das hat auch der Faschismus alten Typs getan, aber er war noch darauf angewiesen, die disruptiven Tendenzen des bürgerlichen Parlamentarismus durch dessen Zerstörung abzuwenden. Heute läuft der funktional gleiche Prozeß geräuschloser und unauffälliger, nämlich innerhalb des institutionellen Rahmens parlamentarischer Herrschaftsausübung selber ab. Agnoli nennt das den „Involutionsprozeß" der bürgerlichen Demokratie. Er will zeigen, wie „der Parlamentarismus die Möglichkeit eines antagonistischen Inhalts abgestreift hat und nicht mehr als Werkzeug der sozialen Emanzipation gebraucht werden kann." (27) Nun erweist schon der Augenschein, daß das gegenwärtige Parteien- und Parlamentssystem unfähig ist, den tragenden gesamtgesellschaftlichen Konflikt politisch zu artikulieren oder ihn gar nachkapitalistisch zu verarbeiten. Die Argumente hierfür, die Agnoli mit apodiktischem Ingrimm aufzählt, sind nicht besonders neu: das parlamentarische System repräsentiert zwar noch, aber nicht mehr das Volk gegenüber der Regierung, sondern die politische Macht gegenüber der Bevölkerung. Es hat die Funktion, ein Trugbild sozialen Friedens zu demonstrieren, in dem die sekundären Konflikte systemkonform geschlichtet werden können; und es hat die Funktion, politische Herrschaftsinstanzen mit Legitimität zu versorgen, weil „nur ein geachtetes Parlament den verfassungsmäßigen Herrschaftsakten moralische Autorität verschafft." (67/68) Der Aufgabe, einen repressiven Frieden zu stiften und gesellschaftliche Konflikte daran zu hindern, manifeste politische Folgen hervorzubringen, entspricht auch die Struktur des Parteiensystems: der Typus der „pluralen Volkspartei" beherrscht die parlamentarische Bühne und inszeniert dort einen Oberflächen-Pluralismus, bei dem das friedliche Miteinander jederzeit in die vereinte Sorge um Ruhe und Ordnung umschlagen kann. Von parlamentarischer Kontrolle der Regierung kann nicht mehr die Rede sein; gesellschaftliche Konflikte werden nur mehr parlamentarisiert, um sie unter Kontrolle zu halten. Deshalb sei allerdings die Parlamentarisierung der Linken, als Domestizierung der gesellschaftlichen Opposition, eine Lebensfrage des Kapitalismus.

Auf welche Strategie der außerparlamentarische Opposition Agnolis Analyse hinausläuft, wird nicht restlos klar; vermutlich auf eine Strategie, in der Parlament und Partei nicht nur als politische Organisationsformen, sondern auch als Gegenstand der praktischen Kritik keine Rolle mehr spielen. Demgegenüber wäre wohl zu bedenken, ob der Parlamentarismus seine restliche, immerhin systemstabilisierende Legitimität nicht doch aus einem demokratischen Repräsentationsanspruch bezieht, dessen Verletzung dann dauernd konkret zu analysieren und als Anschauungsunterricht für die Notwendigkeit einer außerparlamentarischen Opposition zu nutzen wäre. Die Degeneration des spätkapitalistischen Parlamentarismus, zu deren Nachweis man im übrigen auch ohne Argumente auskommt, die von Pareto und Kelsen entliehen sind, ist ein Tatbestand, der freilich von einer dünnen Schicht fiktiver, aber demokratischer Rechtfertigungen noch verdeckt ist. Das stellt die außerparlamentarische Opposition vor die Wahl zwischen konträren Strategien: entweder diesen legitimierenden Anspruch aufzunehmen, zu radikalisieren und außerparlamentarisch durchzusetzen, oder ihn, als eine prinzipiell haltlose Konstruktion, fallenzulassen. Diese Alternative wird von Agnoli zwar andeutungsweise im zweiten Sinne entschieden, aber nicht systematisch diskutiert.

Peter Brückner, Ordinarius für politische Psychologie in Hannover, geht in seinem Beitrag über die „Transformation des demokratischen Bewußtseins" der subjektiven Seite des Strukturwandels demokratischer Institutionen nach. In teils glanzvollen, gelegentlich dunklen Reflexionen umreißt er ein Forschungsprogramm einer psychoanalytisch orientierten politischen Psychologie; Hypothesen und Beispiele gewinnt er an den Reaktionen der Berliner Bevölkerung auf die Ereignisse des 2. Juni, der Kommune I und der Aktionen der APO. Seine Analysen benutzen die gleichen theoretischen Voraussetzungen wie man sie etwa von den psychologisierenden Situationsdeutungen A. Mitscherlichs kennt, sind dessen sozialpsychologischen Panoramen aber durch Präzision und wissenschaftliche Phantasie überlegen. Die zentrale Verwendung einer ausgesprochen bürgerlichen Kategorie, der Institution des politischen Individuums und der komplementären Chance politischer Identität, kontrastiert den Ansatz von Agnoli. Das politisch verordnete und publizistisch bestärkte „Ohne mich" der Bürger läuft auf das „ohne ich", auf die Verleugnung politischer Identität hinaus. Die Schwierigkeiten, auf die der Bürger bei dem Versuch stoßen würde, „sich Politisches, Gesellschaftliches als sein von ihm ganz entferntes Eigenes zurückzugewinnen" (126), sind sowohl subjektiver wie objektiver Art. Verzicht auf Mündigkeit erspart Angst und sichert Erfolg. „Erst die Subsumierung unter ein zugelassenes System von Vorurteilen sichert dem einzelnen Duldung, diese Voraussetzung seiner Wirksamkeit in der allgemeinen pluralistischen Konkurrenz." (164)

Claus Offe

Haut dem Springer . . .

Hans Dieter Müller, Der Springerkonzern, Piper-Verlag, München, 1968, 14,80 DM.

Das Buch enthält eine Fülle von Material über die Geschichte des größten Pressekonzerns in Deutschland. Das Material ist aber weder systematisiert, noch rechtfertigt es die Resultate zu denen der Verfasser selbst gelangt. Vielmehr gibt gerade die Geschichte der einzelnen Zeitungen — die Zeitschriften werden nur in geringem Maße berücksichtigt — dem Leser Argumente in die Hand, die denen Müllers widersprechen.

Müller irrt, wenn er meint, daß durch die ausführliche Beschreibung einer Persönlichkeit ihr Mythos zu zerstören sei. Bei der zentralen Stellung, die Axel Cäsar Springer in der Konzerngeschichte hat, ist es legitim, seine Rolle genau zu untersuchen. Statt aber das Persönliche in seinen gesellschaftlichen Funktionen darzustellen, wird das "Charismatische als Führungsstil" (191) vom Autor als ursächlich für den Erfolg des Konzerns dargestellt.

Mag sein, daß viele politische Kampagnen der Springer-Zeitungen durch das „politische Sendungsbewußtsein" (215) des Verlegers veranlaßt wurden, sie scheiterten aber stets, wenn sie den ökonomischen Interessen des Verlags oder den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik widersprachen.

Gerade die ausführliche Beschreibung der Personen und ihrer Anschauungen in der Verlagsgeschichte zeigt immer wieder das Primat des Zwangs zur Profitmaximierung gegenüber den persönlich gefärbten politischen Zielen der Agierenden. Z. B. mußte der Chefredakteur der Bild-Zeitung, Hagen, der die Hetzkampagnen gegen die DDR vor und nach dem 13. August 1961 dirigierte schon nach vier Monaten seinen Platz dem pragmatischen Manager Boenisch übergeben, obwohl sich in dieser Kampagne „das politische Temperament des Chefredakteurs mit dem des Verlegers potenziert hatte" (92).

Die Wandlungen der politischen Einstellung des Verlegers, die sich stets mit denen der Regierungspolitik deckten, sind so wie sie der Autor selbst darstellt als Argument gegen seine personalisierende Geschichtsschreibung zu wenden. Weder die „Bewunderung" für Adenauer, die den „Kern der zunehmenden Regierungshörigkeit" (199) bilden sollte, noch „die Gabe des Glücks" (186), noch der „Instinkt zu besitzen und zu verfügen" (187), noch der „Glaube an das Eigene immer Gute" (193) sind einsichtige Gründe für den politischen und wirtschaftlichen Erfolg Springers. Das politische und unternehmerische Genie reduziert sich vielmehr auf Anpassung an die politischen Verhältnisse und die wirtschaftlichen Strukturen im Kapitalismus. Bliebe die Legende von der unternehmerischen Intuition, die sich zu Charisma steigert, unzerstört, so würde die Anti-Springer-Kampagne fehlschlagen, weil sie sich gegen eine auswechselbare Charaktermaske richtet und nicht gegen das kapitalistische System selbst.

Aber hier schreckt der Historiker zurück: „Weniger die äußere Form des Konzerns ist beängstigend als das geringe Bewußtsein, das er von sich selber hat, das Bild der blind in die elektronische Zeit stürmenden modernen Maschine . . ." (12).

Solange Zeitungen und Zeitschriften auf privatwirtschaftliche Weise hergestellt werden, sind sie vor allem als Produkt ihrer ökonomischen Bedingungen zu analysieren. Die kommerzielle Presse steht in der kapitalistischen Gesellschaft vor dem Paradoxon, einerseits die Gunst der Leser erheischen zu müssen und andererseits die Interessen der Industrie, die beispielsweise von einer Tageszeitung ⅔ der Kosten durch Anzeigenaufträge deckt, zu vertreten oder zumindest nicht in wirksamen Maßen zu verletzen. Hier müßte die Diskussion um Pressefreiheit ansetzen. Die Studenten sind dem „Mythos Springer" nicht aufgesessen, wie Müller meint (12), sie richten ihre Angriffe nicht gegen die Person A. C. Springer, sondern gegen eine der wichtigsten Institutionen des Spätkapitalismus, gegen die private Verfügungsgewalt über einen Pressekonzern, die dazu benutzt wird, millionenfach Einheitsmeinungen zu verbreiten. Deshalb: ENTEIGNET SPRINGER.

Heiner Schäfer

Ruhe beim Blutverlust

Gandhi: „Wir müssen durch unser Verhalten jeden Engländer davon überzeugen, daß er im abgelegensten Winkel Indiens so sicher ist, wie er sich nach seiner Behauptung hinter den Maschinenpistolen fühlt."

Theo Ebert, Gewaltfreier Aufstand, Alternative zum Bürgerkrieg, Verlag Rombach, Freiburg 1968, 32,— DM.

In einer Periode, da der Imperialismus seine Ausbeutungssysteme in den Ländern der Dritten Welt mit einer solchen Brutalität aufrecht erhält, daß Revolutionen das unausweichliche Mittel zur Selbsterhaltung für die unterdrückte Bevölkerung geworden sind, legt Ebert ein Modell der gewaltfreien Lösung sozialer Konflikte vor, das er vielfach an der bürgerlich pazifistischen Unabhängigkeitsbewegung Gandhis abliest.

Ohne auf die gesellschaftlichen Bedingungen und Träger von Reform oder Revolution einzugehen, konstruiert er ein allgemeines Modell gewaltfreier Kampagnen. Ziel ist gleichsam eine Umkomponierung von Positionen: neue Formen der „Zusammenarbeit (mit den Herrschenden d. V.) in einem neuen sozialen System" (p. 162). Auf die Konstruktivität der Aktionen ist bei den Mitteln der Eskalation vom Protest, über die legale Nichtzusammenarbeit bis zum zivilen Ungehorsam zu achten. Sie müssen immer verdeutlichen, „welche sozialen Positionen die Aufständischen konkret anstreben, welche Stellung die bislang Herrschenden einnehmen sollen und wie das zukünftige soziale System funktionieren soll" (p. 37). Gewaltfreier Aufstand wird so als Mittel des Konkurrenzkampfes um politische Positionen innerhalb eines ökonomischen Systems gesehen, als Methode der Reform.

Ein wichtiges Mittel für Gandhi war dabei kalkuliertes Leiden, Freiwilligkeit der Opfer. „Ich würde nötigenfalls Millionen von Menschenleben daran wagen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Freiwillige handelt" (Gandhi vgl. p. 161). Die sich heute gegen die außerparlamentarische Opposition auf ihn berufen, müßten ihn in ihren eigenen Begriffen eigentlich als Linksfaschisten oder eiskalten Terroristen abqualifizieren.

Stark ist Eberts Buch in seiner systematisierten Fülle von Material über organisierte Kampagnen bürgerlichen Ungehorsams, schwach in der Einschätzung ihres emanzipatorischen Erfolgs. Gandhis Kampagne endete zwar mit der formalen Erklärung der Unabhängigkeit Indiens. Die ökonomische Abhängigkeit Indiens vom Imperialismus aber ist heute größer denn je. Gandhis Nachfolger haben keine wirksame Agrarreform durchsetzen wollen, der Lebensstandard für die breite Bevölkerung ist seit über einem Jahrzehnt kaum erhöht, es herrschen Hunger und Elend. Nur ein Blick auf das revolutionäre China zeigt, daß erst die gewaltsame Vertreibung des Imperialismus Hebung des Lebensstandards und Emanzipation der Massen ermöglicht.

Rainer Roth

Rekonstruktion eines Versuchs, die APO in Berlin zu zerschlagen

Februar 1968 — Tage die Berlin erschütterten. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1968, Preis DM 5,—.

> „Hier versucht eine kleine Gruppe eiskalt unsere Ordnung zu untergraben. Da sind keine Gefühle — außer denen der Zerstörung.
> Da helfen auf unserer Seite aber auch keine billigen Polemiken mehr. Da müssen wir vielmehr leidenschaftlich und nüchtern unseren Weg sehen und ihn genauso wie unser Gegner eiskalt gehen." (S. 34)
> Klaus Schütz (SPD), Regierender Bürgermeister von West-Berlin.

Das von einem zwölfköpfigen Team geschriebene und zusammengestellte Bändchen ist eine rasche und mutige Leistung des Verlages. Schon in den letzten Märztagen erschien diese Darstellung (60 Seiten Text und 60 Seiten Dokumentenanhang) der Auseinandersetzungen um den vom SDS einberufenen Vietnamkongreß am 17. und 18. Februar in Berlin. Nicht über den Kongreß selbst wird berichtet, er wird nur am Rande berührt, sondern über die systematische Vorbereitung der Zerschlagung der außerparlamentarischen Opposition durch Senat und Springerpresse am 18. Februar und deren Verhinderung durch das Verwaltungsgericht.

Das systematische Zusammenspiel von Springer und Senat, von der Hetze bis zur Aktion, gegen die Studenten wird exemplarisch aufgezeigt. Das Büchlein ist von unschätzbarem Wert, weil es die Ereignisse im zeitlichen Ablauf und politischen Zusammenhang darstellt, wie's auch die wenigen Zeitungen, die die Kampagne gegen die Studenten bislang nicht mitmachen, nicht zu leisten vermögen. Gerade wer diese Presse aufmerksam liest, wird bei der Lektüre des Bändchens feststellen, wie unvollständig die Informationen sind.

Nachdem das Berliner Verwaltungsgericht ein Raumverbot an der FU am 8. Februar aufgehoben hatte, machte Neubauer vor dem Abgeordnetenhaus deutlich, daß der Senat sich einen Dreck um die Rechtsstaatlichkeit schert: „Ich erkläre hier, und das in aller Offenheit, auch nach der jetzt vorliegenden Entscheidung hätte ich nicht anders entschieden, als ein Verbot auszusprechen für diese Versammlung." (S. 29). Die SPD-Fraktion applaudierte.

Die Raumverbote konnten nur das eine Ziel haben: Die Studenten auf die Straße zu zwingen und sie zu provozieren, um sie dann zusammenzuschlagen.

Gibt das erste Kapitel „Voraussetzungen" einen akzeptablen, gerafften Überblick über die soziale und wirtschaftliche Situation Berlins und die Politik des Senats, so ist die politische „Schlußbemerkung" erschreckend oberflächlich. Der Senat begibt sich, um ein Beispiel herauszugreifen, nicht „freiwillig" auf Springer-Linie, wie auf Seite 60 zu lesen steht. Zweifellos hat Springer den Senat heute weitgehend in der Hand, aber doch vor allem deshalb, weil der Senat seinerseits zur Verschleierung und Ablenkung von seiner Bankrott-Politik Springer dringend nötig hat.

Die Dokumente sind nicht geschickt präsentiert, sie sind einfach als zweiter Teil angehängt und durchnumeriert, ohne inhaltlich gekennzeichnet zu sein, wie es zur Orientierung und für einen raschen Überblick nötig wäre. Folgerichtig sind sie auch im Inhaltsverzeichnis nicht einzeln aufgeführt. Mit dem Text sind sie nur durch einen Hinweis in Klammern verknüpft (Dokument X). Derlei Mängel sind jedoch nicht entscheidend gegenüber dem Verdienst einer schnellen und umfassenden Information.

Über die reale politische Verfassung unseres Landes sagt das schmale Bändchen mehr aus, als dicke, geschwätzige Verfassungslehren und Beschreibungen des Regierungssystems. Es sollte für den Sozialkundeunterricht an den Schulen herangezogen und in den Verteiler der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung aufgenommen werden. Es zeigt gerade den Zustand unseres politischen Systems auf, der solche Empfehlungen in den Bereich des Absurden verweist.

Andreas Schröder

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 281494

Die sozialistische Opposition

Rebellion der Studenten oder die neue Opposition. Eine Analyse von Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèfre, Bernd Rabehl. Rowohlt Taschenbuchausgabe, Hamburg 1968, 189 S., 2,20 DM.

Zwei, drei, viele Bücher sind in den letzten Monaten über die Studenten und ihre Hochschulrevolte in der Bundesrepublik erschienen. Alle mehr oder weniger unpolitisch salbadernd. Im vorliegenden Buch geben zum ersten Mal einige Mitglieder der Studentenbewegung, Dutschke, Lefèfre und Rabehl, eine politische Analyse der Entstehung der Studenten- bzw. außerparlamentarischen Bewegung.

„Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhälnis zur Dritten Welt" ist der theoretisch anspruchsvollste und zugleich der verworrenste Beitrag im ganzen Buch. Die Theorie der toten Kosten (systematische Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch Rüstung, Werbung, Ausweitung des bürokratischen Apparats etc. in den spätkapitalistischen Ländern), versetzt mit Marx-Zitaten über das Kreditwesen, soll die Globalanalyse des Spätkapitalismus ersetzen. Gleichwohl schafft sie es nicht — und der Leser fragt sich öfters, wo die Vermittlung der bruchstückhaften Analyse zur Strategie der Bewegung bleibt. Der zweite Teil der Kapitalüberschrift, das Verhältnis der Studenten zu den sozialrevolutionären Bewegungen der Dritten Welt, wird ausgeführt nur in wenigen Zeilen, die auf den ganzen Beitrag verstreut sind. Am deutlichsten wird das Verhältnis der Studenten zu den Befreiungsbewegungen am Beispiel Vietnam. Die weltgeschichtliche Bedeutung des Kampfes des vietnamesischen Volkes, die exemplarische Bedeutung dieser Auseinandersetzung für die folgenden Kämpfe gegen den Imperialismus standen schon sehr früh im Mittelpunkt der Vietnamdiskussionen. Daß aber dieser entscheidende Aspekt ins studentische Bewußtsein so schnell eindringen konnte, scheint uns seine materialistische Begründung in dem spezifischen Produktionsverhältnis der studentischen Produzenten zu haben ... Die temporäre Subversivstellung der Studenten bringt eine dialektische Indentität der unmittelbaren und historischen Interessen der Studenten überhaupt hervor." (S. 86) Nun steht außer Zweifel, daß kritikfähige Studenten aufgrund ihres wissenschaftlichen Studiums eher in der Lage sind, sich ein historisches Bewußtsein zu erarbeiten und die Befreiungsbewegung aus den elementaren Bedürfnissen kolonisierter Völker nach Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung begreifen können. Dennoch lassen sich diese historischen Interessen nach Selbstbefreiung allenfalls theoretisch vermitteln. Was gänzlich fehlt, ist die Vermittlung der revolutionären Praxis der Guerillabewegungen zur politischen Praxis der Studenten, Schüler und Jungarbeitern in den spätkapitalistischen Ländern.

Die (Un-)Systematik des Beitrags von Dutschke läßt sich nur aus der Eile, in der die Passagen aufs Tonband diktiert wurden, begreifen.

Lefèvre liefert die umfassendste Analyse der staatlichen, universitären und studentischen Reformbestrebungen, die in der letzten Zeit überhaupt erschienen ist. Für sämtliche westeuropäischen Länder trifft zu, was Lefèfre für Berlin und Westdeutschland feststellt: der Widerspruch zwischen einer objektiv notwendigen längerfristigen Strukturplanung auf dem Wissenschafts- und Bildungssektor und den ökonomischen Widerständen, die eine solche Planung verunmöglichen (Monopolstellung der amerikanischen Konzerne auf dem westeuropäischen Markt, Schrumpfung der öffentlichen Haushalte ect.). Auf diesem Hintergrund wird die desolate Situation der deutschen Universität doppelt deutlich. Es wird auch klar, warum die Reformbemühungen der Studenten scheitern mußten. Lefèvre veranschaulicht, daß in einem irrational organisierten Wissenschaftsbetrieb die organisierte Verweigerungsaktion, die einzig rationale politische Konsequenz sein kann. Doch kann die Praxis der Studenten nicht bei dieser Boykottpolitik stehenbleiben. Der in den kritischen Analysen zum Ausdruck gebrachte Anspruch der Wissenschaft auf Übergang zu gesellschaftlicher Praxis verweist auf die Notwendigkeit eigener Versuche, diese Praxis aus wissenschaftlicher Analyse selbst in Angriff zu nehmen. Die Berliner Studenten unternahmen diesen Versuch mit der Gründung einer Kritischen Universität. Daß dieser Versuch scheiterte, liegt nicht zuletzt daran, daß die Praxis sich nur auf den Wissenschaftsbetrieb beschränkte.

Einen wichtigen Beitrag zum historischen Verständnis des Funktionszusammenhangs der Universität bietet der Exkurs über das unpolitische Selbstverständnis der Wissenschaftlichen Hochschulen im Wandlungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft.

Rabehls historische Schilderung der Studentenbewegung von den Anfängen der antiautoritären Bewegung bis hin zur sozialistischen Opposition läßt Organisationsfragen gänzlich außer acht. Mehr Beschreibung als politische Analyse gebend, läßt er die Frage, die in der Kapitalüberschrift angesprochen wird, offen: die Umwandlung von antiautoritärer, radikaldemokratischer, Happening-Politik bis hin zur qualitativ verbreiterten, auf die unmittelbaren Produzenten übergreifenden Bewegung.

Das Buch ist informativ, gleichwohl zusammengeschustert und zeigt deutlich die Schwäche der theoretischen Analyse. **gr.**

bücher report

Im Ansatz steckengeblieben

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau der medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten, Bonn 1968, 295 S.

Die Hoffnung, die sich für einen, durch seine Ausbildung und das ärztliche Berufsethos frustrierten Mediziner ergibt, daß die längst fällige Reform des Gesundheitswesens in den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau der medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten" als konkrete Vorschläge niedergelegt wurden, weicht bald einer herben Enttäuschung. Der „kritischen" Analyse, die den Verbesserungsempfehlungen zugrundeliegt fehlt das Entscheidende, nämlich die Reflexion auf die Soziologie der Medizin — auf die Rolle, die dem Gesundheitswesen als sozialer Einrichtung in der Gesellschaft zukommt. Statt dessen bezieht sich die Kritik des Wissenschaftsrates in erster Linie auf eine von ihrem Wirkungsobjekt abstrahierte Medizin — der WR plädiert für eine Medizin um der Medizin willen, ohne ihre effektive Leistung im Auge zu behalten.

Die Forderung des Wissenschaftsrates nach hochqualifiziertem Spezialistentum, das die Einheit der Medizin jedoch nicht aus den Augen verlieren dürfe, läßt sich nur sehr schwer mit dem medizinimmanenten Umfang des Lernstoffes vereinbaren. Lediglich in perfektionierten Diagnosenzentren wäre diese Forderung realisierbar.

Der Wissenschaftsrat weist auf die Existenz vieler neuer, bisher unberücksichtigter Spezialgebiete, Arbeitsmethoden und Forschungsergebnisse hin, er liefert zum Teil durchaus positive Vorschläge für den neuen Komplex der Hygiene, Sozial-, Arbeitsmedizin und Psychosomatik, die eine gewisse Einsicht in die Notwendigkeit der medizinischen Umstrukturierung andeuten, aber nicht die schwierigen Probleme lösen, die sich aus der Abwehrreaktion des tabuierten medizinischen Traditionsbewußtseins ergeben. Die mit Recht geforderte Mitarbeit von Statistikern, Soziologen und Psychologen in diesen Aufgabenbereichen dürfte sicherlich an dieser starren Denkweise scheitern (Fall Mitscherlich). Auch das viel diskutierte „Internatsjahr", das den jungen Mediziner mit der Klinikarbeit vertraut machen soll, bedeutet lediglich eine mühelose Integration des medizinischen Nachwuchses in die bestehenden, z. T. zweifelhaften Verhaltenspraktiken der Ärzteschaft.

Unbegreiflich bleibt die Empfehlung des Wissenschaftsrates, weitere Lehrstühle für die „Geschichte der Medizin"" zu errichten, solange dieses Fach keine andere Bedeutung besitzt, als wissenschaftliche Errungenschaften aus Altertum und Neuzeit anzuführen, d. h., das ohnehin umfangreiche Medizinstudium mit einer unreflektierten Faktenvermittlung zu belasten. Sinnvoll wäre dagegen die Einrichtung von Lehrstühlen für „Sozialgeschichte der Medizin", besonders der Gegenwart, um damit endlich einen kritischen Maßstab für die effektive Leistung der Medizin als soziale Einrichtung zu schaffen und durch eine kritische Analyse des Gesundheitswesens die Basis für sinnvolle Reformvorschläge aufzubauen.

Die umfangreiche Statistik dieses Buches über Ausbildungspersonal, -kapazitäten, den erforderlichen medizinischen Nachwuchs usw., vermittelt lediglich ein relatives Bild von der augenblicklichen und zukünftigen Situation der ärztlichen Versorgung. Allein für Frankfurt ist das angeführte Zahlenmaterial über Klinikbetten, Studienplätze usw. in vielen Fällen unzutreffend.

Im Allgemeinen muß man die Empfehlungen des Wissenschaftsrates als einen in den Ansätzen der Problematik steckengebliebenen Reformversuch werten. **Peter Crell**

Revolutionäre Gegenliteratur

Parlamentarismusdebatte. Aufsätze von Pannekoek. Lukács, Friedländer (Reuter) und Rudas. Underground Press, Berlin 1968, 69 S.

Tony Cliff, Colin Baker, Revolte der Arbeiter. Einkommenspolitik, Gesetzgebung, Shop Stewards. Oberbaumpresse, Berlin 1968, 94 S.

Amilcar Cabral, Die Theorie als Waffe, hrsgg. v. G. A. Petermann, Oberbaumpresse Berlin 1968, 72 S.

Die Außerparlamentarische Opposition weitet sich aus. Nicht nur um Mitglieder und neue Aktionsfelder, sondern auch um neue (oder „alte") Literatur. In den letzten Monaten erschienen, unter dem Eindruck der emphatischen Solidarisierung der europäischen Linken mit den Befreiungsbewegungen Vietnams und der Dritten Welt, Broschüren über Vietnam, die Black-Power-Bewegung, die Reden Castros und Che Guevaras. Nachdem sich jetzt die Situation in den Metropolen gewendet hat und erste Anzeichen einer breiteren Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung erscheinen, wendet sich die Literatur wieder der Bewegung in Europa zu.

Der Parlamentarismusband ist ein entscheidender Beitrag zur Organisationsdiskussion in den sozialistischen Zentren, Clubs und Arbeitskreisen. Mit den Beiträgen von Pannekoek, Lukács, Friedländer (Ernst Reuter) und Rudas, die erstmals 1920 in der Zeitschrift „Kommunismus" und im Schweizer „Vorboten" erschienen, wird die Diskussion um die Stellung der Linken zu den Parlamentswahlen bzw. zur Wahlbeteiligung überhaupt wieder aufgenommen.

Die Frage der Wahlbeteiligung wurde von revolutionären Gruppierungen und Parteien niemals abstrakt für sich betrachtet, sondern immer unter dem Aspekt der Massenmobilisierung gegen die parlamentarische Herrschaft der Bourgeoisie. Die Wahlbeteiligung wurde nur als Startzeichen für Massenkampagnen begriffen, entweder als „offensiver Wahlboykott" (Bela Kuhn), Revolutionierung des Parlaments (Rudas) oder antiparlamentarische Streikbewegungen für ein Rätesystem (Pannekoek und Lukács). Die außerparalmentarischen Massenaktionen sollen dabei weitgehend die parlamentarische Kompromißpolitik von bürokratischen Führeroligarchien ersetzen.

Unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus in der Bundesrepublik heute, in dem Parteien zu Staatsorganen werden — und das Parlament zum Vehikel eines legalistischen Staatsstreichs (NS-Gesetze), ist die politische Willensbildung — auch im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen — erst recht auf aufklärerische Massenaktionen verwiesen, deren demokratisch-plebiszitärer Charakter sich gegen das Parlament als Herrschaftsorgan wenden. Die von Lukács, Friedländer und Rudas geführte Diskussion ist für die heutigen Bedingungen hochaktuell.

Die Engländer Tony Cliff und Colin Barker analysieren für England die Frage, „warum eine (staatliche) Einkommenspolitik im Kapitalismus notwendigerweise eine Maßnahme gegen die Arbeiterklasse sein muß. Im zweiten Teil der Broschüre wird die Diskussion über die Bedingungen eines offensiven Lohnkampfes oder organisierten Arbeiterbewegung aufgenommen. Dabei gehen Cliff und Barker von den Erfahrungen der Shop-Steward-Bewegung (Shop Stewards entsprechen unseren Vertrauensleuten) aus, daß Kampfmaßnahmen wie etwa wilde Streiks, nur auf der untersten Ebene der Gewerkschafts- und Betriebshierarchie organisiert werden können und von der Gewerkschaftsbürokratie eher verhindert als unterstützt werden — eine Erfahrung, die auch für die Bundesrepublik zutrifft.

Zwei Reden Amilcar Cabrals, eines der politischen Strategen der nationalen Befreiungsbewegung in den portugiesischen Kolonien Guinea, Kapverdische Inseln Mozambique und Angola wickeln mit der Analyse der Sozialstruktur der vom Imperialismus unterdrückten Länder zugleich eine klare Definition der Aufgabenstellung revolutionärer Befreiungsbewegungen in Afrika. Cabral steht in der theoretischen Tradition Castros und Guevaras. Die nationale Befreiung wird von ihm nicht als formaler Akt des Flaggenhissens oder als Verhandlungskompromiß, sondern als langwieriger (bewaffneter) Kampf begriffen, der im Prozeß der Überwindung der imperialistischen Herrschaft durch die Volksmassen zugleich deren Emanzipation ermöglicht.

Das Buch gibt Aufschluß über den Entwicklungsstand der Befreiungsbewegung in den portugiesischen Kolonien und weist zugleich die Perspektive für die nationalen Bewegungen in ganz Afrika auf.

Die drei Broschüren besitzen nicht nur Informationswert. Ihre Lektüre ist anempfohlen für die theoretische Strategiediskussion in der linken Bewegung. **gr**

Bestellungen an: Oberbaumverlag, 1 Berlin 21, Bundesratufer 1.

Sie fand die Sache von Anfang an sehr reizvoll

Die Sache mit dem COMBI-SPAREN. Reizvoll an dieser neuen Sparform ist der Sparbonus. Nach Ablauf von fünf Jahren gewähren wir ein Investmentpapier, dessen Wert mindestens 1 % der während der Laufzeit des COMBI-Sparvertrags erbrachten Sparleistung entspricht. Mit anderen Worten: bei uns können Sie jetzt mehr bekommen als nur Zinsen. Natürlich hat sie das COMBI-SPAREN MIT COMMERZBANK-SPARBONUS gleich mit dem prämienbegünstigten Sparen und mit den Vorteilen des 312 DM-Gesetzes gekoppelt. Das können Sie bei Abschluß eines neuen Vertrags auch. Fragen Sie unsere COMBI-Fachberater!

COMMERZBANK
... eine Bank, die ihre Kunden kennt

COMBI

in der Nähe der Uni:
Zweigstelle Bockenheim
Gräfstraße 85

Hilde Domin
Wozu Lyrik heute

Dichtung und Leser in der gesteuerten Gesellschaft
204 Seiten Leinen DM 18,—, Paperback, DM 10,80
Aus dem Inhalt: Lyrik und Gesellschaft — Literarische Meinungsbildung — Die Dialektik von Urteil, Vor-Urteil und Schaffensprozeß — Urteil als Risiko — Werten und Gebrauchen von Kunst — Die Prinzipien der Wort- und Bildwahl — Über das Interpretieren — Zur Frage der Exildichtung. ›Das Gedicht ist das Gegenbild unserer widersprüchlichen Wirklichkeit. Die Spannungen werden immer akuter, in der Wirklichkeit ganz wie in der Kunst. Beide werden auf die Probe gestellt, fast auf die Zerreißprobe: die zugleich Herausforderung an die Freiheit ist, sich wieder und wieder zu behaupten‹, schreibt Hilde Domin, der das Studium der Soziologie, insbesondere der dialektischen Methode, zugutekommt, in einer Selbstanzeige.
Zu Hilde Domins Beitrag im Band »Doppelinterpretationen«, der auch von ihr herausgegeben wurde, schrieb die Presse:
»Dynamische, neue, nicht traditionelle Konzepte.« Studi Germanici
»Vermutlich die bedeutendste theoretische Veröffentlichung des Jahres.« Literair Passport
»In einem provozierenden Vorwort, das alle noch immer kursierenden romantischen Vorurteile gegen Gedichtinterpretationen zerschlagen will, kennzeichnet Hilde Domin Lyrik als einen Gegenstand, der für jeden da ist, der ›benutzt‹ werden kann.« Forum Academicum, Heidelberg

Piper

Schlagt die Reaktion wo ihr sie trefft:

Die neue italienische Studentenbewegung / Mario Cogoy

Von einer neuen Studentenbewegung in Italien kann erst seit den Kämpfen dieses Jahres die Rede sein.

Die qualitativ neue Aufhebung der institutionalisierten Trennung zwischen dem Kampf um eine demokratische Studienreform und der gesellschaftlich-politischen Praxis ist das Ergebnis eines langen Prozesses gewesen, in dem die traditionelle Studentenvertretung an der Universität und die Integration der politischen Studentenbewegung in die Parteien in die Krise geriet.

Eine viel breitere Politisierung der Studentenschaft als etwa in Deutschland kennzeichnet die italienische Situation. Diese Politisierung erfolgte bisher jedoch mit Hilfe der Parteien. Es ist hier nicht möglich, im einzelnen zu analysieren, wie sich die Beziehungen der Parteien zu ihrer Basis an den Hochschulen in den letzten Jahrzehnten veränderten. Einige Anhaltspunkte sollen zur Orientierung dienen.

I

Selbstkastration der linken Parteien

Die traditionelle Studentenvertretung an der Hochschule war im wesentlichen nach dem Muster eines parlamentarischen Parteiensystems aufgebaut. Die studentische Politik wurde auf der Ebene der Universitäten von einem Studentenausschuß (Giunta), meistens einer Koalition, auf nationaler Ebene vom Verband UNURi (Unione Nazionale Universitaria Representativa Italiana — etwa wie der VDS, oder die französische UNEF) bestimmt. Die politischen Gruppen entsprachen ziemlich genau der Parteienaufteilung im Lande. Rechts eine faschistische Gruppe (FUAN, an bestimmten Universitäten mit anderen Namen), dann die Liberalen (AGI) und die Katholiken (Intesa). Die Linken bildeten ein Kartell politischer Studenten (UGI), darunter Republikaner, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, Die enge Verbindung von Hochschulgruppen und Parteien war das Auffälligste an der alten Bewegung. Die Rollen waren scharf abgegrenzt: die Studenten bemühten sich um die Demokratisierung der Hochschule, die Parteien um eine demokratische Gesellschaft. Jeder hatte seine Aufgabe, die Arbeitsteilung funktionierte — die Gesellschaft konnte sich in Ruhe weiter faschisieren. Der Student stand in seiner politischen Isolierung vor der Alternative, entweder die hochschulpolitische Gruppe als Sprungbrett für eine Parteikarriere zu benutzen, oder beim Versuch, die Partei zu beeinflussen, in ihrem bürokratischen Mechanismus hängenzubleiben. Diese an sich schon instabile Integration des politischen Studenten in ein hochschulpolitisches Parteiensystem geriet mit der Verschiebung des Parteiengleichgewichtes im Lande immer mehr ins Wanken. Der Eintritt der Sozialistischen Partei (PSI) in eine „Mitte-Links"-Regierung spaltete das Lager der Opposition, das sich ohnehin seit langem auf eine ohnmächtige Aufzählung von Alternativen zur Regierungspolitik beschränkt hatte. Dieses Ereignis beschleunigte die Sozialdemokratisierung der KPI, die ohne die Sozialisten eine alternative Politik nicht mehr ernsthaft hätte vertreten können und brachte sie zur einzig logischen Konsequenz, zur Selbstversteigerung als Bündnispartner für eine oppositionslose große Koalition (DC — Christl. PSJ — Demokraten PSI und PCI — Kommunisten —)

Als lehrreiches Beispiel für diesen Trend wirkte die Entwicklung der PSIUP auf viele Sozialisten, darunter auch Studenten, die sich eine erneute Aktualisierung revolutionärer Politik durch sie erhofft hatten. Die PSIUP, aus der Spaltung des linken Flügels der PSI entstanden, wurde trotz heftigen Widerstandes einiger ihrer Gruppen zum bloßen Anhängsel der KPI. Die Wiedervereinigung der Sozialisten und der Sozialdemokraten zur großen Regierungspartei (PSU) vollendete die Umstruktuierung des linken Establishments in Italien.

II

Hochschulreform nach Dahrendorf

Diese Entwicklung lähmte die traditionelle Studentenvertretung, was sich in einem ganz konkreten Kampf zeigte, der im Mittelpunkt der hochschulpolitischen Auseinandersetzung stand: dem Kampf gegen das vom DC-Kultusminister Gui vorgelegte Studienreformgesetz. Diesem Gesetzentwurf mangelt es bestimmt nicht an Geschicklichkeit: eine gewisse formale Demokratisierung (Mitbestimmung der Studenten in einigen Fragen, ausgenommen der wichtigsten, wie z. B. Studienordnung, Prüfungsordnung, Berufsverfahren usw.), und Rationalisierung (Departmentbildung), wird mit gesamtgesellschaftlichen Inhalten gekoppelt: der bisherige enzyklopädisch-allumfassende Standardstudiengang, der alle möglichen Arten von Leuten ausbilden sollte, Oberschullehrer, Assistenten, Professoren, Techniker, Forscher, White-Collars, Arbeitslose, Abgeordnete und Hausfrauen und jahrzehntelang niemanden ausgebildet hat, soll ersetzt werden durch drei alternative Studiengänge, die alle möglichen Leute bilden sollen, welche sich eine moderne Gesellschaft nur wünschen kann: Ein Paukstudium für Techniker, ein Halbbildungskurs für Lehrer, und ein Kurs wo die „Eliten des Geistes" ihre Forschung im Dienste der Gesamtgesellschaft treiben können. Natürlich hebt der Gesetzgeber besonders hervor, daß die drei Kurse streng voneinander getrennt seien. Beispielsweise könne man nicht von dem niedrigeren in den höheren übergehen, jeder müsse an der Arbeitsteilung in der Gesellschaft festhalten, Forschung sei letzten Endes etwas qualitativ anderes als Lernen. (Diese Gedanken sind in konservativen Reformen anderer Länder nicht unbekannt (man denke z. B. an die Fouchet-Reform in Frankreich.)

Sogar die katholischen Studenten waren gegen den „Gui-Plan", aber dennoch spaltete sich die Bewegung. Nicht nur die Koalition Intesa-UGI konnte nicht zu einer vernünftigen Plattform kommen, auch im UGI selbst waren die Spaltungstendenzen nicht mehr aufzuhalten. Die einen waren der Meinung, daß die Regierung gezwungen werden könnte, einige Änderungen des Gesetzentwurfes zu akzeptieren, mit dem Ziel, eine funktionalere Universität zu erhalten. Die andere Gruppe meinte, von einer Mitte-Links-Regierung seien keine wesentlichen Veränderungen, die die Macht der Ordinarien und den Einfluß der Herrschenden auf die Universität beschneiden könnten, zu erwarten. Der reformistische Kampf sei politischer Selbstmord. Die Studentenbewegung müsse vielmehr politisch autonom ihre Konzeption für eine kritische und bildende Universität entwickeln. Selbstbestimmung über die Studienordnung, Lehrinhalte, Lehrmethoden, die Politisierung des Lehrbetriebs, Gleichsetzung der Lehrenden und der Lernenden in allen politisch und wissenschaftlich wichtigen Beschlüssen seien die wichtigsten Inhalte dieser Strategie. Dieses Programm sei in keiner Form von einer Mitte-Links-Regierung zu akzeptieren, radikale Studienreform bedeute deshalb politischen Kampf gegen die Herrschaft. Natürlich konnten die Intesa und die Spitzen der UGI nicht so weit gehen, ohne die Verbindung mit den Regierungsparteien aufzugeben. Die sozialdemokratischen UGI-Mitglieder drohten mit Spaltung und führten solche Spaltungen in mehreren Universitätsstädten herbei. Die parteitreuen Sozialisten und Kommunisten versuchten den Kampf gegen den „Gui-Plan" nicht in einen Kampf gegen die Regierung übergehen zu lassen: die Sozialisten könnten es sich nicht leisten, sich den demokratischen Weg zum Sozialismus zu verbauen, und die Kommunisten waren der Meinung, daß doch Ordnung herrschen soll, vor allem in der Revolution. Die Regierung erklärte sich aber nicht einmal bereit, Reformvorschläge zu akzeptieren. Die traditionelle Studentenvertretung war paralysiert.

III

Besetzung der Universität: Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten

Der Kampf hatte aber schon angefangen und trug schon zwei mögliche Entwicklungen in sich. Ziemlich schnell kam man dazu, Besetzungen der Universitäten durchzuführen. Streiks wurden von vielen Professoren durch Erpressung der Studenten, vor allem der Neuimmatrikulierten (Drohungen, die Streikenden nicht zu den Prüfungen zuzulassen, usw.) unwirksam gemacht. Die Intesa und die Spitzen der UGI verstanden die Besetzung im Grunde als Druckmittel und als Protest. Die Besetzungen hätten den Zweck, die öffentliche Meinung anzusprechen, den Willen der Studenten nach einer Reform auszudrücken, die Regierenden endlich dazuzubringen, etwas demokratischer zu sein, und die Rektoren dazu, sich nicht so hinterlistig zu benehmen. Die Besetzungen dürften vor allem nicht allzulange dauern, denn dann würden die Studenten müde. Man könne auch nicht allzulange den Lehrbetrieb lahmlegen, darunter würden vor allem die Studenten leiden.
Aber andere Gruppen verstanden die Besetzungen ganz anders. Die Besetzung ist für diese Gruppen kein Druckmittel, sondern ein Akt der legitimen Kontrolle der Studenten über den eigenen Arbeitsplatz. Die Studenten handeln einfach, weil sie das Recht haben, die Universität als Basis ihrer politischen und kulturellen Tätigkeit zu benutzen. Sie heben durch die Besetzung die Schranken auf, die ihnen die Herrschaftsstruktur und die Universitätshierarchie für diese Tätigkeit setzen. Nach dieser Auffassung ist die Besetzung im Prinzip permanent, sie kann nur aus taktischen Gründen, oder weil es die Machtverhältnisse nicht anders erlauben, unterbrochen werden. Gerade wegen dieser Besetzungstaktik hat sich der Kampf mit der Zeit von einem Kampf gegen den Rektor zu einem Kampf gegen die Staatsgewalt entwickelt. Anfangs ließen die Rektoren die Polizei nicht eingreifen. Sie versteiften sich in der Ablehnung der studentischen Reformforderungen, leiteten während der Besetzung Disziplinarverfahren gegen die bespitzelten „Rädelsführer" ein und bedrohten die anderen Beteiligten mit ähnlichen Verfahren. Das brachte einige Besetzungen zum Scheitern. Als sich aber die Auseinandersetzungen immer weiter verschärften, riefen die Rektoren nach der Polizei, und die Studenten wurden nicht mehr nur disziplinarisch sondern auch strafrechtlich verfolgt. Die Konfrontation findet nun nicht mehr zwischen dem Rektor und den Studenten, sondern zwischen Polizei und Justiz auf der einen Seite und den Studenten auf der andern statt. Aus den Besetzungsversammlungen, auf denen allgemeine und hochschulpolitische Fragen und Aktionen diskutiert wurden, hat sich als neues Vollzugsorgan der Studenten die Fachschafts- und Generalversammlung herausgebildet. Die traditionelle Studentenvertretung hat immer versucht, diesen Organen klare Grenzen zu setzen und ihnen vor allem die politische Führung streitig zu machen, indem sie versuchten, das eigene freie Mandat gegen das imperative Mandat der Versammlungen auszuspielen. Heute ist die traditionelle Studentenvertretung in allen kampfführenden Universitäten schon zusammengebrochen.

IV

Die revolutionäre antiautoritäre Koalition

Die Wandlungen der alten Oppositionsparteien veränderte aber nicht nur die hochschulpolitische Tätigkeit der aktiven Studenten, sondern auch ihre Tätigkeit außerhalb der Hochschule: ich meine hier vor allem die sozialistischen und kommunistischen Studenten, die direkte Verbindung mit der Arbeiterklasse hatten. Eine politische Erfahrung vom Anfang der 60er Jahre, die die „Quaderni Rossi" (Rote Hefte), machten, war für viele sozialistische Studenten ein Orientierungspunkt revolutionärer Politik, die an den Bedingungen der Produktionssphäre direkt anknüpfen sollten. Die Gruppe um die „Quaderni Rossi", hauptsächlich Militante des linken Flügels der PSI, ging von der Analyse der Arbeiterkämpfe und der Streikwelle aus, die in Italien in den Metallarbeiterstreiks von 1962 gipfelten. Der Inhalt dieser Kämpfe war qualitativ neu, weil die Forderungen der Arbeiter den engen Rahmen der bisherigen Lohnkämpfe sprengten. Die „Quaderni Rossi" sahen in der Tendenz der Arbeiterschaft in diesen Jahren, das Problem der Lohnabhängigkeit in allen seinen Seiten und nicht nur unter seinem verdinglichten Aspekt der Lohnhöhe aufzuwerfen, eine Möglichkeit, die Kämpfe der Arbeiter auf nicht integrierbare Ziele hin zu orientieren. Die „Quaderni Rossi" konnten organisatorisch nicht die Aufgabe erfüllen, die sie sich selber gestellt hatten. Sie konnten nur in einigen Industriegebieten Norditaliens wirksam werden. Aber ihre neuen, sich politisch von jeder bisherigen Gewerkschafts- oder Parteipolitik qualitativ unterscheidenden Aktionsvorschläge waren für viele mit der Parteiführung unzufriedene Studenten eine Hilfe. In vielen Universitätsstädten beteiligten sich Studenten aktiv an regionalen Streiks, verfaßten und verteilten Flugblätter vor und in den Betrieben, die sich scharf von der Linie der PCI, der PSI und der Gewerkschaft abhoben. Die Antwort der Parteien war eindeutig: keine autonome Politik der Studenten in den Betrieben. Kontakte mit Arbeitern nur über die Vermittlung der Partei, Studenten dürfen sich zwar an Arbeitskämpfen beteiligen, aber nur im Rahmen der Parteipolitik. Aktive Universitätszellen der PCI wurden wegen „verantwortungsloser" Flugblätter ausgeschlossen. Diese Gruppen lösten sich jedoch nicht auf, ihr Ausschluß beschleunigte nur die Vereinigung mit anderen sozialistischen Gruppen an der Universität und die Bildung eines Zentrums für Studenten, die an der politischen Arbeit im Rahmen bestehender Parteien nicht interessiert waren, aber jetzt politisch aktiv werden konnten. Dies hatte die Gründung zahlreicher Zeitschriften und Betriebsblätter zur Folge, ein Phänomen, das für Italien eigentümlich ist. Die Betriebszeitschriften gingen daran, die konkreten Konflikte im Betrieb (Erhöhung der Akkordsätze und Rationalisierungsmaßnahmen) bewußt zu machen, den von der Gewerkschaftspolitik verdeckten Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit klar herauszustellen, und Formen des Kampfes und der Organisation unabhängig und evtl. gegen die Gewerkschaften zu entwickeln. In diesen Zeitungen schrieben Arbeiter und Studenten. In dem Moment, als sich die neue Studentenbewegung zu einer Konfrontation mit der Staatsgewalt gezwungen sah und die gesamtgesellschaftlichen Implikationen dieser Konfrontation begriffen hatte, mußte sie ein neues Organisationsmodell entwerfen, das die Verbindung des eigenen Kampfes mit den der Arbeiterklasse herstellen konnte. Da ein solches Organisationsmodell in Zusammenarbeit mit den Parteien nicht mehr möglich war, wurden für sie die Erfahrungen der Betriebszeitungen vorbildlich. Die bisher nur von einigen Studentengruppen getragenen Betriebszeitungen wurden von der Bewegung als die Form der konsequenten Erweiterung des eigenen Kampfes erkannt.

Das politische Klima, in dem sich die Kämpfe der Studenten abgespielt haben, hat dazu beigetragen, den geschilderten Prozeß außerordentlich zu beschleunigen und ihm den Charakter einer gewaltsamen Auseinandersetzung zu geben. Der Staat hat es in Italien nie fertig gebracht, sich als eine den gesellschaftlichen Antagonismen gegenüber indifferente Instanz im Bewußtsein seiner Bürger zu verankern; gesellschaftliche Konflikte sind nie integriert, der soziale Friede ist nie gesichert worden. In dieser Situation hörte die gesellschaftliche Gewalt nie auf, manifest zu sein. Ganz offen trat die Staatsgewalt als Gewalt der Herrschenden in Arbeitskämpfen auf: die Streikbrecher wurden mit Gewalt in die Betriebe befördert, die Streikenden wurden mit massivem Einsatz auseinandergetrieben, einige Arbeiter wurden erschossen. Wiederholt kamen politische Skandale vor, die die enge Verbindung der regierenden Parteien mit Unternehmerinteressen bloßlegten. Die DC schreckte im Parlament, um die absolute Mehrheit zu erhalten, nicht davor zurück, sich mit den Faschisten zu verbünden (Regierung Tambroni).

Die autoritäre Universitätsstruktur machte von vornherein jede studentische Reformbestrebung zunichte: die unbeschränkte Macht und Unfähigkeit der Ordinarien, die Unmenge von völlig unkoordiniertem Lehrstoff, den sich die Studenten aneignen mußten, um die Prüfungen am Ende des Jahres bestehen und gleich darauf den nicht assimilierten Stoff vergessen zu können, die erfolgreiche Abdichtung der akademischen Kultur gegen jede noch nicht verschimmelte Thematik gaben nicht wie in anderen Ländern einen beschränkten Raum für Ersatzbefriedigungen frei. Die drohende Arbeitslosigkeit der Absolventen, verursacht durch die Unfähigkeit der Gesellschaft, ihren out-put an Intelligenz und Kultur zu verwenden, verhinderte die Verschiebung von Ersatzbefriedigungen in die Zukunft. Der Druck der Herrschaftsverhältnisse auf Universität und Gesellschaft war so massiv, daß der Studentenbewegung von vornherein jeder reformistische Weg versperrt war.

Praktische Solidarität: Spendet für die Rechtshilfe!

Konto-Nr. 50022, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/Main-Bockenheim

Gesucht: Fotos der Osteraktionen und Streiks — abzugeben im DISKUS, tägl. 13—15 Uhr

Brundert, ihr bewährter Demokrat

Sozialdemokraten, denen bisher noch der Begriff Demokratie, den sie so stolz in ihrem Namen mit sich herumschleppen, nicht auch schon als Relikt aus längst überwundenen Zeiten erschien, galt West-Berlin mit seinem Regierenden als arges Trauma. Mißtrauische Studenten, am politischen Programm dieser Partei irre geworden, versicherte man, Berlin sei nicht der adäquate Maßstab um die Glaubwürdigkeit ihrer Politik zu beurteilen. So erklärte der Oberbürgermeister dieser Stadt auf einem teach-in nach der Oster-Kanonade der Polizei: „Wir in Frankfurt gehen unseren Weg und lassen uns nicht beirren."

Auf welchen Pfaden er da zu wandeln gedachte, erläuterte er freilich nicht. Jedoch konnte jedermann, der die Ereignisse des letzten Jahres beobachtet hatte, sich im klaren sein, daß er seinem Anspruch kaum gerecht werden würde. Demonstrationen schienen dem Herrn Brundert schon im vorigen Jahr suspekt, dann nämlich, als sie sich von befohlenen Tugenden entfernten und politisch wurden. Die Demonstranten auf der Buchmesse bezeichnete er schlicht als Störer. Deren politische Motive schienen ihm reichlich unverständlich. Als sei das Thema Springer für ihn ohne Bedeutung, riet er den Studenten, „vom Main bis zur Messe (zu)ziehen und wieder zurück und Springer-Verse (zu)rufen, soviel sie wollen." Zugleich ließ er keinen Zweifel daran, daß die Polizei gegebenenfalls „provozierende Mengen" abdrängen werde.

Die Liaison mit dem Schutzobjekt wurde wenig später deutlicher: WELT-Lesern präsentierte sich der werbekräftige OB als begeisterter Springer-Abonnent. Offensichtlich war er den gleichen „unverbindlichen Beteuerungen" der Anzeigen-Manager wie der Stuttgarter Stadt-Chef Klett erlegen. Jedoch wartete man vergeblich auf kritische Äußerungen gegenüber solchen Machenschaften. Pressionen allerdings wurden bei anderer Gelegenheit ausgeübt. Als die Bewohner des Walter-Kolb-Heims anläßlich des fünfzigsten Jahrestages der Russischen Revolution eine rote Fahne hißten, mußte sie wenig später auf Intervention Brunderts hin wieder eingezogen werden. Daß in sozialen Kämpfen die rote Fahne zum Zeichen der Unterdrückten geworden ist, und daß es auch innerhalb der SPD Jahrzehnte hindurch als Selbstverständlichkeit gegolten hat, sich damit zu solidarisieren: er konnte es nicht mehr verstehen. So konnte es auch nicht mehr verwundern, daß eine Gegenkundgebung gegen die nationale Aufrüstung der NPD mit dem Argument verboten wurde, die zu gleicher Zeit auf dem Gelände stattfindenden Veranstaltungen würden dadurch gestört. Die ominösen Versuche schließlich den Kommunarden Fritz Teufel während der SDS-Delegiertenkonferenz im vorigen Herbst zu verhaften, zeigten den „liberalen" Professor als Pragmatiker, der selbst Lügen nicht scheut, um sich unliebsame Kritiker fernzuhalten.

Während der sich auf die Vorfälle beziehenden Magistratspressekonferenz, bei der DISKUS-Mitarbeiter anwesend waren, wurden Diskussionen über die Verhaftung dadurch abgewürgt, daß Brundert immer wieder über Legitimationspapiere, die man angeblich als Teilnehmer der Konferenz benötige, und in deren Besitz die DISKUS-Mitarbeiter nicht seien, palaverte. Journalisten berichteten später, daß die Sache mit den Einlaßformalien nie zuvor ein Problem gewesen war.

Verwirrung und Unglaubwürdigkeit hinterließ auch die bis heute noch nicht restlos geklärte Spontan-Verhaftung Rudi Dutschkes als dieser im März in Frankfurt mit SDS-Genossen diskutieren wollte. Dutschke, eben dem Flugzeug entstiegen, sah sich schon verhaftet.

Obwohl Brundert vor zwei Jahren seine Beamten angewiesen hatte, ihn über alle polizeilichen Maßnahmen von politischer Bedeutung im vornherein zu informieren, hatte Polizeidirektor Jordan die Verhaftung, zur Rettung der demokratischen Grundordnung, befohlen. Diese Interpretationseskapaden waren dem OB nun doch zu offenherzig, er ordnete die unverzügliche Freilassung Dutschkes an. Jordan blieb im Amt, Stadtrat Kiskalt, der zweite der beiden Freiheitspathetiker, räumte freiwillig seinen Posten. Ein paar Unmutsäußerungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) freilich genügten schon, Brundert wieder ins rechte Lot zu bringen. Hatte er zuerst das Verhalten Jordans aufs schärfste mißbilligt, so ließ der „unter zwei totalitären Systemen bewährte Demokrat" (FR, 9. 3. 68) nun verlauten, man hätte Dutschke auch bis zum Eisernen Steg fahren lassen können, und erst wenn er dort ausgestiegen wäre und sich unter die Demonstranten begeben hätte, sei die Situation unter Umständen anders zu beurteilen gewesen. Er auf jeden Fall spreche Jordan sein volles Vertrauen aus. Um trotzdem sicherzustellen, „daß sich so etwas nicht wiederholt", wolle er fürderhin wieder selbst die Aufsicht über die Polizei ausüben.

Und in der Tat, er war ein rechter Aufsichtsbeamter. Als am Karfreitag Studenten die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern suchten, als seine Ordnungswahrer blutige Knüppel-Orgien feierten, weilte der eben Erkorene auf Erholungspfaden bei Salzburg. Er wußte wohl, seine Polizei würde es auch ohne ihn schaffen. Die erste Stellungnahme, am Sonnabendvormittag, entsprach dem, was man erwartet hatte. Er, Brundert, habe zunächst Verständnis für die Reaktion des SDS gehabt und nicht erwartet, daß seine Anhänger den verabscheuungswürdigen Anschlag „mit der Würde alter Herren zur Kenntnis nehmen" würden. Es könne aber nicht tatenlos zugesehen werden, wenn die psychologisch verständliche Erregung mit ratioler Überlegung in Gewalt umgesetzt werde. Die Rechtfertigung für die planmäßigen Hetzjagden am Ostermontag war damit schon geliefert. Kleinbürgerliche Borniertheit und faschistischer Terror konnten sich unbeschwert austoben. Was das „hirnrissige" (Radke) Verhalten der Freiheitsschützer anrichtete ist bekannt. Wehrlose Demonstranten und unbeteiligte Zuschauer brachen unter den Taten fanatisierter Schlägerhorden zusammen. Frankfurt, eine liberale Stadt! Landtagsabgeordnete waren Zuschauer dieser makabren Szenen, sie brachten ihre Empörung in Leserbriefen zum Ausdruck. Dem OB allerdings, der den gesamten Polizeieinsatz am Fernsehschirm im Polizeipräsidium verfolgt hatte, war all das nicht bekannt. Er weigerte sich zudem auf einem in derselben Nacht auf dem Römerberg spontan zustandegekommenen teach-in zu erscheinen. Seiner Devise gemäß „der OB soll sein Amt ... in seinem Rathaus ausüben" blieb er der Diskussion fern. Demonstranten, die selbst jetzt noch dem Repräsentanten dieser Stadt Kredit schenkten, hörten sich tags drauf als „kampflüsterne Elemente", die die Polizei zur Aktion gezwungen hätte, apostrophiert. Konsequent kündigte Brundert an, daß bei weiterer Entwicklung der Dinge die Polizei personell und materiell verstärkt werden müsse. Und für die, welche es noch immer nicht begreifen konnten: „Nach allem, was ich gehört habe, besteht kein Grund, anzuzweifeln, daß der Einsatz korrekt verlaufen ist." Die Untersuchung war beendet noch bevor sie begonnen hatte.

Das solche Äußerungen ihm kaum demokratisches Verhalten attestieren konnten, hatte er wohl auch geahnt. Er versprach am folgenden Mittwoch sein Erscheinen bei einer vom SDS geplanten Diskussion. Kaum überraschend war es, daß am Mittwochabend stattdessen der Stadtverordnete Sackenheim erschien und verzweifelt den Stadthalter zu entschuldigen trachtete. Mit dem Auftrag, Brundert zur Uni zu schicken, andernfalls man zu ihm gehen werde, wurde er entlassen. Eine halbe Stunde später erschien der Erwartete, nicht wegen des Ultimatums der Studenten, davon wußte er angeblich nichts, sondern weil er es ja zuvor versprochen hatte. Stereotyp verkündete er auf alle Fragen, daß er zu sachlichen Auskünften noch nicht fähig sei, er müsse zuvor erst einmal die ganzen Ereignisse prüfen. Daß die Mitglieder der projektierten Prüfungskommission die leitenden Polizeibeamten sein würden, entnahm man seinen seltsam unbekümmerten Äußerungen. Aber selbst das entsprach nicht der Wahrheit, hatte Brundert doch am gleichen Tage gegenüber der GdP bestritten, eine Überprüfung von übertriebenem „Knüppeleinsatz" zugesagt zu haben. Lediglich „im Einzelfall" werde eine Untersuchung angesetzt, und zwar dann, „wenn Beschwerden erfolgen". An Beschwerden sollte es nicht mangeln: Studenten überreichten dem OB eine erste Ausgabe der von DISKUS-Redakteuren zusammengestellten Zeugenaussagen. Unbesehen verschwanden diese in der Tasche seines Begleiters. Mit der emphatischen Beteuerung, er allein trage die formale Verantwortung der Polizeieinsätze, entzog sich der, welcher von sich behauptet, stets zur Diskussion mit Studenten bereit zu sein. Was das Wort Diskussion für einen Sozialdemokraten bedeutet, hatten die Studenten ein weiteres Mal erfahren. Kritik am Auftreten Brunderts begegnete sein persönlicher Referent Burkholz lapidar: „Angriffe auf das Stadtoberhaupt ... sind darüber hinaus unangebracht und zeugen nicht gerade vom Bewußtsein der Verantwortung ..." (FAZ, 20. 4. 1968).

Ruhe und Ordnung — das ist die immer wieder beschworene Formel. Deren Verletzung im Namen politischer Aufklärung ruft die organisierte Stadt-Gewalt auf den Plan. Da bleibt es bedeutungslos, daß Studenten zu Untermenschen gemacht werden, daß nahezu ein ganzes Volk in politische Infantilität getrieben wird. Da wird nur für die Erhaltung dieser Ordnung gesorgt. Traditionelle rechtsstaatliche Maximen, wie die der Verhältnismäßigkeit der Mittel bei Polizeieingriffen, werden zur Makulatur abgestempelt. Auch hier ging Brundert mit gutem Beispiel voran. Seinen Oberbeamten erklärte der Professor der Jurisprudens: „Wenn das Verhalten der Polizei außergewöhnlich war, so lag das an den außergewöhnlichen Vorfällen." — Vierzehn Tage später weilte der Rechtswahrer auf Freundschaftsbesuch in Israel. In Frankfurt wieder angekommen, berichtete er freimütig, was ihn besonders beeindruckt hatte: die von den Israels in Jerusalem abgehaltene „Parade der Beutepanzer."

re

Die Lügen der „Nachtausgabe"

Die Frankfurter Nachtausgabe (Nr. 90, 17. 4. 1968) veröffentlichte ein Bild mit folgendem Text: „Ein Polizist, der eine verletzte Demonstrantin verbindet. Das junge Mädchen und ihr Begleiter befanden sich in einer Gruppe, aus der heraus Steinbrocken gegen die Polizei flogen."

Das ist schlicht und einfach unwahr. Die beiden Verletzten sind der DISKUS-Redaktion bekannt. Es handelt sich um einen Frankfurter Arzt und seine Begleiterin, die ca. um Mitternacht, aus dem Taunus kommend, mit ihrem Wagen in die Innenstadt fahren wollten. Beide wurden Opfer von Polizeischlägern, die auch um diese Zeit noch (mehrere Stunden nach Abbruch des Blokkadeversuchs!) Terror ausübten. Weil sie mit dem Wagen nicht weiterkonnten, waren sie ausgestiegen und erkundigten sich, warum gesperrt sei und welche Umleitung sie nehmen könnten. Eine Antwort erhielten sie von der Polizei nicht. Was dann geschah, beschreibt der Arzt:

„Danach richteten sich die teilweise mit der Rückseite zu mir gewandten Beamten auf, schubsten mich weg und prügelten sogleich mit Gummiknüppeln auf mich und meine Begleiterin ein. Eine Vorwarnung für dieses brutale Ausschreiten wurde nicht gegeben ... Außer meiner Begleiterin und mir wurde neben mir links ebenfalls eine Frau ohne ersichtlichen Grund von mindestens 4 bis 5 Polizisten zusammengeprügelt, auch weiter noch, als sie schon sich krümmend auf dem Bürgersteig lag ... Auf meine dringende Aufforderung, wegen der stark blutenden Verletzten die Rettungswache zu benachrichtigen, reagierte man nicht. Ich wartete mit meiner inzwischen ohnmächtig gewordenen Begleitung 20 Minuten, bis zufällig ein Rettungswagen vorbeikam, der nicht, wie der Wagenführer bestätigte, auf Geheiß der Polizei, sondern **zufällig** die Mainzer Landstraße befuhr. Das alles geschah in der Nacht vom Ostermontag zum Dienstag zwischen 0.00 Uhr und 0.40 Uhr. Ich bin bereit, diese Aussage zu beeiden."

In dieser Situation mutet es wie Hohn an, wenn ein einzelner Polizist, der vielleicht nicht zu den Schlägern gehörte und es wirklich gut meinte, noch zu helfen versucht (dabei kam das Bild zustande), bevor ein zufällig vorbeikommender Rettungswagen die Opfer des Polizeiterrors aufnimmt.

Philipp Linder

Schule der Untertanen

Eins kann man vielleicht in dem überflüssigen Fach Latein lernen: die Ähnlichkeit zwischen der römischen Sklavenhaltergesellschaft und dem heutigen „liberalen" Ausbeuterstaat. So hat sich die Erziehung in den Schulen nur wenig verändert; das erkennt man, wenn man z. B. ein Zitat Ciceros aus seinem Buch „Über den Staat" betrachtet, in dem er über den bekannten griechischen Lehrer Xenokrates berichtet, dieser würde seine Schüler dazu erziehen, das freiwillig zu tun, wozu der Staat sie zwingt. Jenes Bildungsideal scheint sich erhalten zu haben. Nach wie vor ist die Schule mehr an systemkonformen Untertanen als an kritischen Oppositionellen interessiert und konsequenterweise haben demoskopische Umfragen unter hessischen Schülern ergeben, daß etwa 36% aller Schüler kein Grundrecht kennen, daß nur die Hälfte aller Schüler einer Pressezensur ablehnend gegenübersteht, daß nur 30% der Schüler über Gewerkschaften informiert sind und daß 30% der Schüler auch mit einer Diktatur zufrieden wären. Ganz gewiß fördert die Schule kritisches Bewußtsein nicht, hinzu kommt jedoch noch, daß z. B. die Frankfurter Schulbürokratie auf jene Schüler starken Druck ausübt, die bereit sind, sich politisch zu engagieren. So wurden in der Helmoltzschule Schüler bestraft, weil sie politisches Aufklärungsmaterial zum Vietnamkrieg verteilten, aber auf besonderes Betreiben des Direktors werden große Plakate aufgehängt, die Adenauer glorifizieren und mit primitiven Parolen gegen die sozialistische Planwirtschaft hetzen (Planwirtschaft — sozialistisches Ei des Kolumbus)? Ringshausen, Fischer-Wolpert, Röhl und andere mehr — so heißen die Direktoren, die ihre Schüler bis zu vier Stunden im Lehrerzimmer einsperren, politisch bewußte Schüler aus öffentlichen Sitzungen der Schülermitverwaltung entfernen, den Schulsprecher, der den Anordnungen des Chefs widerspricht, einen „Psychopathen" und ein „Schwein" nennen und sich für diese dreckigen Bemerkungen von den Eltern ihrer Schüler feiern lassen, und die Schülerversammlungen, die nicht in ihrem Sinne abstimmen, anbrüllen. Das alles sind Beispiele des „liberalen" Geistes, der Frankfurter Schulen durchweht. Schüler, die sich engagieren, werden verprügelt, beschimpft und bekommen schlechte Noten. Eine von den Schülern einberufene Diskussion über „Demokratie in der Schule" wird vom Schulleiter verboten. Der Frankfurter Schuldezernent Cordt sagt kurzfristig seine Teilnahme an einer Diskussion über Demokratie in der Schule ab, vielleicht weil er Stunden vorher allen Schülern, die gegen die Mißstände in der Schule protestieren und demonstrieren, harte Strafen angedroht hat. Sein sarkastischer Kommentar: Je höher das Risiko, je höher die politische Verantwortung des Einzelnen.

Unsere Alternative heißt Kampf der autoritären Schule.

Dieter Dehm-Lerryn

»...das Beste im westdeutschen Journalismus«

(das Londoner Weltblatt THE TIMES über die Süddeutsche Zeitung die große deutsche Tageszeitung)

Studenten erhalten die SZ im Abholabonnement für DM 4,– monatlich.

Das auslösende Moment in der kollektiven Politisierung des Hessenkollegiaten war der Sternmarsch auf Bonn und der damit verbundene Aufruf des VDS zum Streik an den deutschen Hochschulen. In der Nacht vom 12. zum 13. Mai wurde im Kolleg Frankfurt ein Aktionskomitee gebildet, das alle Aktionen der folgenden Woche konzipierte. Es wurde ein eigenes Flugblatt entworfen, mit Unterstützung der Gewerkschaften vervielfältigt und in der Umgebung des Kollegs verteilt.

Hessenkolleg

Durch ein Teach-in am Dienstag erreichten die Kollegiaten eine Streikbeteiligung auf breiter Basis. In unseren Überlegungen stellten wir heraus, daß der Streik ein notwendiger Solidarisierungsbeitrag zur Erreichung der Massenbasis und keine Kampfmaßnahme gegen die Institution des Kollegs sei. Streikposten wurden deshalb nicht aufgestellt, weil wir in der ständigen Diskussion am Kolleg mehr Möglichkeiten der Einflußnahme auf die wenigen Andersdenkenden sehen und wir keine anonyme Masse zu solidarisieren hatten. Ausgehend von der Tatsache, daß alle Kollegiaten durch ihre Berufsausbildung zahlreiche Kontakte zu Betriebsräten und jungen Gewerkschaftern haben, konzentrierten sich unsere Aktionen auf die Aufklärungsarbeit in und vor Betrieben.

Am Mittwoch wurde bei der Ma. Meuser in der Hanauer Landstraße ein Warnstreik geplant. Etwa 70 Kollegiaten fanden sich gegen 9.15 Uhr mit Transparenten und Flugblättern vor den Fabriktoren ein, diskutierten mit den Arbeitern und führten den Demonstrationszug an. Etwa 600 Arbeiter zogen entlang der Hauptverkehrsstraße zur Firma Casella, die sofort die Tore schloß. Ein Go-in bei der Fa. Wörner & Co. führte zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Werksleitung und dem Betriebsrat. Hierbei zeigte sich wiederum, daß die indifferente Haltung der Gewerkschaftsvorstände die Betriebsräte auf unterer Ebene immer noch verunsichert. Trotzdem standen bei Wörner am Nachmittag die Maschinen still; der Anstoß war gegeben worden.

Über diesen aktuellen Anlaß hinaus agieren die Kollegiaten seitdem jeden Morgen in Rödelheim vor Betrieben, an Haltestellen und am Bahnhof durch Flugblattaktionen und Diskussionen.

In der Falkensteiner Konferenz einiger hessischer Kollegs richtete sich außerdem das Augenmerk auf folgende Punkte:

1. **Die Koordinierung aller Aktionen der deutschen Kollegs.**
2. **Verstärkte Einflußnahme über Betriebsräte und junge Gewerkschafter unter Ausnutzung der Kontakte, die sie aufgrund ihrer Berufsausbildung zu Unternehmungen und Betrieben noch haben.**
3. **Die Intensivierung des Politisierungsprozesses der Kollegiaten über den aktuellen Anlaß hinaus.**

Nach dem Beschluß, uns anläßlich der 3. Lesung der Notstandsgesetze wiederum mit den streikenden Arbeitern, Schülern und Studenten zu solidarisieren, wurden wir vom Leiter des Kollegs darüber informiert, daß bei weiteren Streiks die Einführung eines 6. Semesters „geprüft" wurde. **Christian Apelt / Ralph Strobl**

JÜRGEN CLAUS
„Strukturelles Ornament"
Ausstellung vom 4. Juni bis Anfang Juli
GALERIE KLAUS LÜPKE
Frankfurt/Main
Kaiserstr. 81, Telefon 06 11 / 28 25 39

Reaktion und Bürokratie werden unseren Kampf nicht aufhalten

Ehemals Manager eines metallurgischen Konzerns, nimmt Rüegg weltoffen die Interessen der Großindustrie in der Wissenschaft wahr. Die Drittelparität lehnte er deshalb ab, weil sie den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft lähme. Ein Musterexemplar jener kleinen radikalen Minderheit von Bossen aus Wirtschaft und Forschung.

Freilich bezeichnet er sich selbst als liberal. Er ist stolz auf seine Gegnerschaft zu den Notstandsgesetzen. Aber Liberalität heißt für ihn: „an der langen Leine halten." Daß die Notstandsgesetze Herrschaft absichern, dafür hat er Verständnis. Nur die Formen, in denen das geschehen soll, lehnt er ab. Diese liberale Notstandsopposition erfüllt eine wichtige Funktion für die Herrschenden. Sie beschwichtigt die radikale Opposition. So kritisieren Habermas und einige Kollegen an den brutalen Polizeieinsätzen von Ostern u. a., daß die Polizeibrutalität die Glaubwürdigkeit ihrer Beschwichtigungspolitik erschwere.

Aber die liberalen Skrupel stehen zudem noch unter dem Vorbehalt, daß die Herrschaft aufrechterhalten werden kann. Liberalität ist nur die schöne Schminke notfalls auch autoritärer Charaktermasken. Ist die Herrschaft gefährdet, dann blättert die liberale Tünche ab. Der liberale Manager des Fortschritts wird plötzlich autoritär. Nicht nur daß er sich eines nicht ganz gefügigen Pressereferenten entledigte („Wer nicht spurt, fliegt raus").

Disziplinar- und Strafverfahren gegen SDS'ler und die finanzielle Erpressung der Frankfurter SDS-Gruppe sollten die unbequeme studentische Opposition ausschalten, als sie von Carlo Schmidt in einem go-in Rechenschaft über dessen Haltung zu den Notstandsgesetzen verlangte. Lobend kommentierte „Die Welt": „. . . gehört auf einen groben Klotz ein grober Keil."

Jetzt beim Streik gegen die Notstandsgesetze forderte Rüegg Diskussion in der Universität.

Ähnlich wie es der ADS es auf einem Flugblatt angekündigt hatte, wurde er dann gegen die streikenden Studenten „konkret". Er unterstützte aktiv die Streikbrecher und drohte den Streikposten Strafverfahren an. Hier entpuppt sich der Wirtschaftsmanager, der als wissenschaftliches Hobby Renaissance-Forschung betreibt, als Kollege von Brundert und Jordan, als Polizeichef der Universität.

Damit zeigt sich deutlich die Funktion einer solchen liberalen Opposition. Sie unterstützt nicht nur objektiv den Autoritarismus. Die praktische Identifikation mit den Streikbrechern zeigt deutlich, auf welche Seite sich liberale Notstandsgegner wie Rüegg im Zweifel schlagen.

Wir fordern nicht den Rücktritt Rüeggs; Charaktermasken lassen sich beliebig auswechseln. Sondern:

Eine politische Universität –

Es lebe die Frankfurter Karl-Marx-Universität

Die Redaktion

Im Kampf gegen die Notstandsgesetze traten in Frankfurt zum ersten Mal die Berufsschüler als organisierte Bewegung auf. Am 15. Mai, dem Tag der zweiten Lesung, wurden fünf Berufsschulen fast vollständig bestreikt, an vielen anderen wurde der Unterricht in politische Diskussionen umfunktioniert. Der Streik sowie die Teach-ins wurden hauptsächlich getragen von dem „Aktionszentrum Sozialistischer Berufsschüler (ASB) und der „Interessengemeinschaft der Dekorationslehrlinge" (IGD) sowie von einigen Studenten, die schon Wochen vorher im Anschluß an die Osterrevolte die politische Diskussion vor und in die Berufsschulen getragen hatten.

Berufsschulen

Die organisierte politische Arbeit der Berufsschüler ist weit schwieriger als an den allgemeinbildenden Schulen und ganzwöchigen Handelsschulen, da die meisten Berufsschüler nur einen halben bis eineinhalb Tage in der Woche Schule haben, den Rest der Woche aber über die verschiedenen Betriebe verstreut sind. Gleichzeitig bietet aber diese Struktur auch einen wichtigen Vorteil: Die Berufsschule kann den Zusammenhang herstellen helfen zwischen Aktionen in verschiedenen Betrieben. Die Stellung der Berufsschüler zwischen Schule und Betrieb bietet eine entscheidende Möglichkeit, politische Ziele und Diskussionen in die Betriebe hineinzutragen.

Die Berufsschülerorganisationen wenden sich in ihren Flugblättern und Veranstaltungen gegen die Notstandsgesetze, gegen den „schmutzigen Krieg der USA in Vietnam" und unterstützen den Kampf „Enteignet Springer" gegen die Pressemanipulation in der BRD. Gleichzeitig haben sie jedoch erkannt, daß die Ursachen für diese politischen Erscheinungsformen des Monopolkapitalismus in autoritären Strukturen liegen, die sie an ihrem gesellschaftlichen Ort bekämpfen müssen. Sie stellen fest, daß wesentlicher Grund der Entpolitisierung der jungen Arbeiterschaft ihre skandalöse Erziehung in Berufsschulen und ihre Ausbildung zu gehorsamen Fachidioten in den Betrieben ist. Sie fordern deshalb:

- **Abschaffung der besonderen Ausbildungssituation der Lehrlinge durch Einführung eines angemessenen Gehalts;**
- **Verbesserung der Ausbildung durch Herausnahme aus den Betrieben und Übertragung an betriebsunabhängige und überbetriebliche Lehrwerkstätten;**
- **Quantitative und qualitative Ausweitung der Ausbildung an Berufsschulen, gemessen an Wochentagen und Gesamtdauer (allgemeine Schulausbildung bis zum Alter von 18 Jahren), insbesondere Ausweitung des sozialpolitischen Unterrichts.**

Dies kann nur sinnvoll sein, wenn die Ausbildung bestimmt wird von den eigenen Interessen der Lehrlinge, deshalb

- **Demokratisierung der Ausbildungsverhältnisse an Schulen und Lehrwerkstätten, d. h. Selbstbestimmung der Lehrlinge über Ausbildungsplan und -verhältnisse.**

Es gilt nun zunächst, die Arbeit der bestehenden Berufsschul- und Lehrlingsorganisation theoretisch zu fundieren, in Arbeits, bzw. Projektgruppen gesellschaftliche und betriebliche Themen zu bearbeiten. Diese Arbeit kann die Grundlage für die Änderung der Herrschaftsverhältnisse in den Betrieben bieten.

Rudolf Schmieder

Ihr neuer Treffpunkt
BALALAIKA
Das Domizil des Balalaikaensembles Tschaika
Frankfurt/Main Sachsenhausen
Dreikönigstr. 30, Telefon 61 22 26

›Die Unfähigkeit zu trauern‹ entlarvt die Heuchelei.

Alexander und Margarete
Mitscherlich

Die Unfähigkeit zu trauern
Grundlagen kollektiven Verhaltens

»Dieses Buch handelt vom Menschen, von jedem von uns. ›Die Unfähigkeit zu trauern‹ entlarvt die Heuchelei.

Das Buch ist brisant. Es steckt voller Sprengstoff. Es ist schwer zu lesen. Wer sich die Mühe macht, wird schaudern. Dieses Buch handelt vom Menschen, von jedem von uns. Von unserem Verhalten als kollektive Wesen, von unserem politischen Verhalten, von unserem Verhalten als Deutsche. Dieses Buch zerstört die eine Dimension, mit der wir bisher Geschichte betrachtet haben. Schluß mit der Auffassung, als hingen wir nur von den Umständen, dem Milieu, den wirtschaftlichen Verhältnissen, dem Willen der Mächtigen ab. Wir selbst sind es, die Geschichte machen, unsere Triebe, unsere Aggressionen, unsere Verdrängungen. Wir alle wissen viel von den sachlichen Problemen dieser Welt. Von uns selbst wissen wir fast nichts.«
J. Besser im Kölner Stadt-Anzeiger

25. Tausend
372 Seiten. Leinen DM 24.–

In engem Zusammenhang zum Thema steht »Hitler – Das gesamtdeutsche Trauma« von Gert Kalow (kartoniert DM 8.80).

Piper

Gewalt und Terror gegen Griechen in Frankfurt

Unter dieser Überschrift berichtete die Frankfurter Rundschau vom 5. 2. 68 über Ausschreitungen und Gewaltakte gegen die in Opposition zur Militärjunta stehenden Griechen in Frankfurt.

Die Terrorakte gegen die oppositionellen Griechen sind vor folgendem Hintergrund zu sehen: Vor etwa 1½ Jahren unternahm ein griechischer Demkorat den Versuch, einen Gottesdienst der griechischen Gemeinde in Hessen zu besuchen. Angestellte des Generalkonsulats hinderten ihn daran und verboten ihm, die Veranstaltungen der Gemeinde in Zukunft zu besuchen.

Er gründete daraufhin die „Neue Griechische Gemeinde", der heute etwa 500 gewerkschaftlich organisierte griechische Arbeiter aus dem Raum Frankfurt angehören, die die Militärdiktatur in Griechenland bekämpfen. Der „alten" griechischen Gemeinde gehören etwa 120 griechische Händler an, die die Militärjunta unterstützen.

Zur Überwachung der oppositionellen Griechen wurde vom griechischen Generalkonsulat aus Mitgliedern der durch die Tätigkeit in den sogenannten Arbeitskommissionen kompromittierten „Schwarzen Hand" die Vereinigung „Nationale Wiedergeburt" gegründet. Die Arbeitskommissionen arbeiteten an deutschen Arbeitsämtern an der Bespitzelung griechischer Demokraten und sorgten für ihre Abschiebung nach Griechenland. „Die „Nationale Wiedergeburt" in Frankfurt geht noch einen Schritt weiter. Sie terrorisiert oppositionelle Griechen in dieser Stadt, unter Duldung der hiesigen Behörden.

Dafür zwei Beispiele aus der genannten Ausgabe der FR. „Wie die Griechen vor Journalisten erklärten, seien am 26. November 1967 etwa zehn regierungstreue Griechen unter der Führung von Vizekonsul Ivrakis mit Messern und Fäusten über vier Landsleute, die vor der griechisch-orthodoxen Kirche im Grüneburgpark nach einem Gottesdienst den in griechischer Sprache abgefaßten Pressespiegel der IG Metall verteilten, hergefallen. Dabei sei ein Grieche leicht verletzt worden. Eine Anzeige wegen Körperverletzung wurde vom 1. Staatsanwalt Großmann abgewiesen. Die Staatsanwaltschaft verwies auf den Privatklageweg, da kein öffentliches Interesse vorliege."

„Die Griechen berichteten weiter, daß im Juli 1967 vier Mitglieder der „Nationalen Wiedergeburt" einen in Offenbach lebenden Neffen des auf einer griechischen Gefängnisinsel ermordeten Rechtsanwalts, Nikolas Mandilaras, überfallen und zusammengeschlagen hätten. Der Neffe, Nikifores Mandilaras, habe damals beim Staatsanwalt in Offenbach Anzeige wegen Körperverletzung gestellt. Die Staatsanwaltschaft in Offenbach habe jedoch ebenfalls auf den Privatklageweg verwiesen."

Die Haltung der Staatsanwaltschaft ist eindeutig. Die Übergriffe und Terrorakte einer Organisation, die offenbar systematisch die Einschüchterung und Unterdrückung von politisch Andersdenkenden betreibt, sind für sie nicht von öffentlichem Interesse.

Die „Nationale Wiedergeburt" betrachtet die Haltung der Staatsanwaltschaft und der untergeordneten Verfolgungsbehörden offensichtlich als Ermunterung für ihr kriminelles Treiben. Diese Schlägertruppe ist nämlich inzwischen dazu übergegangen, Gewalt nicht nur gegen einzelne Personen, sondern gegen größere Personengruppen anzuwenden.

Die Ereignisse im Palmengarten am 31. 3. 1968 beweisen das. Nach Aussagen verschiedener Zeugen hat sich dort Folgendes ereignet: Die „alte" griechische Gemeinde lud alle Griechen in Frankfurt zu einer Feierstunde anläßlich des Jahrestages des griechischen Aufstandes gegen die Türken, am 25. 3. 1821, in den Palmengarten ein. Dort sollte u. a. auch ein Film der „Nationalen Wiedergeburt" über den Militärputsch am 21. 4. 1967 in Griechenland gezeigt werden. Mitglieder der „Neuen Griechischen Gemeinde" gingen einzeln zu der Veranstaltung, um nicht durch ihr geschlossenes Auftreten den Eindruck einer Demonstration zu erwecken. Sie wollten nur dann protestieren, wenn der Film gezeigt werden sollte. Einige von ihnen wurden am Eingang des Saales festgehalten und abgewiesen. Die Türsteher sagten, sie handelten im Auftrage von Ivrakis und Perdikis, beide Angehörige des Konsulats. Denjenigen, die in den Saal hineinkamen, zeigte sich ein ungewohntes Bild. Die blauweiße griechische Fahne, die normalerweise ohne jegliche Zutat gezeigt wird, zierte die Aufschrift „Nationale Widergeburt". Viele Gäste empörten sich dagegen. Als die Unruhe größer wurde und die Demokraten auch gegen die geplante Vorführung des Putsch-Filmes protestierten, gaben Perdikis und Ivrakis den Angriffsbefehl. Perdikis zog seine Pistole und rief: „Greift an." Daraufhin schlugen etwa 20 Mitglieder der „Nationalen Wiedergeburt" mit „Stahlruten und Schlagstöcken (FR, 1. 4. 68) auf die Demokraten ein und warfen mit Bierflaschen, Aschenbechern und anderen Gegenständen nach ihnen. Zur gleichen Zeit trafen etwa 120 Studenten und Jugendliche, die als Gäste an der Delegiertenkonferenz des SDS teilnahmen und von einem griechischen Kommilitonen zum Protest gegen die Militärdiktatur in Griechenland aufgerufen worden waren, im Palmengarten ein. Am Eingang des Palmengartens verwehrten ihnen etwa 20 Polizisten den Zugang. Als jemand das Haupttor neben dem Fußgängereingang öffnete gelangte ein großer Teil von ihnen an den Polizisten vorbei in den Palmengarten und in den offenstehenden Saal. Auch die Studenten gerieten in einen Hagel von Flaschen und Aschenbechern. Eine Kommilitonin floh aus der Tür. Dabei wurde sie von einer Flasche getroffen und erlitt einen doppelten Kieferbruch. Mehrere Studenten und griechische Demokraten wurden zusammengeschlagen und erlitten Verletzungen.

Von Beginn der Auseinandersetzungen an waren zwei Polizisten im Saal. Sie griffen zunächst nicht in die Auseinandersetzungen ein. Aufforderungen um Schutz von Seiten der Demonstranten überhörten sie. Erst später griffen sie zusammen mit den Polizeibeamten vom Tor ein. Sie räumten den Saal. Dabei wurden „sieben Demonstranten . . . von der Polizei vorläufig festgenommen." (FR, 2. 4. 68) Hinweise darauf, daß doch die Schläger festzunehmen seien, wurden von den Beamten ignoriert. Nicht bei einem einzigen der bewaffneten Schläger wurden die Personalien festgestellt. Sie waren nach Angaben von Zeugen mit Karten ausgestattet, die sie als Mitglieder der „Nationalen Wiedergeburt" auszeichneten und durch die die Polizeibeamten zum Wohlverhalten ihnen gegenüber aufgefordert wurden. Die Schläger blieben im Saal.

Die Polizei hat sich durch ihr Verhalten eindeutig auf die Seite der bewaffneten Schläger gestellt. Mit dem formalen Argument, sie sei verpflichtet, den Hausfrieden zu schützen, ging sie gegen die in diesem Saal zu Recht anwesenden, weil eingeladenen, griechischen Demokraten und gegen hinzukommende Studenten vor und deckte dadurch die organisierte Schlägertruppe, deren Vergehen wesentlich schwerwiegender sind als ein eventueller Hausfriedensbruch.

Die Polizeiführung und die politische Führung der Stadt decken das Vorgehen der Beamten. Oberbürgermeister Brundert hat in einem Schreiben an das Generalkonsulat „sein Bedauern über die Vorfälle anläßlich der Filmveranstaltung im Saal des Palmengartens . . . ausgesprochen . . ." und betonte „daß die Polizei in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht korrekt gehandelt hat." (FR, 4. 4. 68)

Polizeipräsident Littmann „bedauerte in diesem Zusammenhang, unter Hinweis auf die Erklärungen von Ministerpräsident Dr. Zinn und Innenminister Schneider, wonach der SDS zu den Gruppen gehöre, die nicht überwacht werden dürften, daß die Frankfurter Polizei keine Aufklärung mehr betreiben könne . . ." (FR, 2. 4. 68)

Gegen vier Griechen und einen Deutschen wurde nach Angaben des Oberbürgermeisters Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs und Landfriedensbruchs erstattet. Auch gegen die verletzte Kommilitonin läuft ein Verfahren wegen der gleichen Delikte.

Kein Staatsanwalt sprach da vom Privatklageweg. Eine friedliche Demonstration wird zum Landfriedensbruch, ein Hausfriedensbruch erregt plötzlich das öffentliche Interesse. Nur das bewaffnete Vorgehen einer organisierten Schlägergruppe gegen demokratische Demonstranten wird zur Privatsache erklärt. Die Polizei erstattete trotz Aufforderung und trotz der Tatsache, daß zwei Beamte im Saal waren und die Schläger hätten identifizieren können, keine Anzeige.

Es blieb dem DGB-Kreis Frankfurt vorbehalten, beim hessischen Generalstaatsanwalt Anzeige gegen Perdikis und Ivrakis „wegen fortgesetzter terroristischer Aktivität in Frankfurt" (FR, 11. 4. 68) zu erstatten . . . „da wiederholt griechische Arbeiter, die sich zum demkoratischen Griechenland bekennen, tätlich von organisierten Schlägergruppen angegriffen wurden". (FR, 11. 4. 68) Der Polizei waren alle diese Vorfälle bekannt. Sie hat bisher nicht zum Schutz der griechischen Demkoraten eingegriffen. Sie hat die Schläger nicht angezeigt. Dennoch war sie den Vorwürfen des Kommandeurs dieser Truppe ausgesetzt. Vizekonsul Ivrakis warf der Polizei zu gelindes Vorgehen gegen die Studenten und griechischen Demokraten vor, die er als „eine Vereinigung von Anarchisten, Terroristen und Kommunisten" (FR, 2. 4. 68) bezeichnete.

Die Frankfurter Polizeiführung wollte diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen. Sie bewies, daß die griechische Schlägertruppe weiterhin mit ihrem Schutz rechnen kann. Am Tag des Militärputsches in Griechenland fand eine Kundgebung mit Andreas Papandreu auf dem Messegelände statt. Die „Nationale Wiedergeburt" versuchte vergeblich, aus einer Gegendemonstration heraus eine Schlägerei anzuzetteln. Die griechischen Demokraten gingen nach der Kundgebung friedlich nach Hause. Sie hatten nicht die Absicht zu demonstrieren. Am 21. 4. war in diesem Jahr zugleich der Tag des griechischen Osterfestes. Die Polizei erhielt einen Anruf, daß die „Neue Griechische Gemeinde" den Gottesdienst in der Kirche „Zum Apostel Andreas" im Grüneburgpark stören wolle. Eine wahnwitzige Vorstellung für einen gläubigen Griechen, völlig unwahrscheinlich auch, weil die Protestkundgebung am Vormittag ohne Demonstrationsabsicht auseinanderging. Aber das waren für die Frankfurter Polizeiführung offensichtlich keine Argumente. Sie wollte den Vorwurf, nicht energisch genug gegen „eine Vereinigung von Anarchisten, Terroristen und Kommunisten" vorgegangen zu sein, der von dem Kommandeur der organisierten Schlägertruppe erhoben worden war, nicht ein zweitesmal auf sich laden. Da war es schon besser ein paar tausend Mark an Steuergeldern zu verschwenden. Vor der besagten Kirche fuhren nämlich am 21. April, dem Tag des griechischen Osterfestes, nach Augenzeugenberichten drei Wasserwerfer und etwa 300 Polizisten vor, aber es kam kein einziger Demonstrant.

Durch die Duldung der terroristischen Aktivitäten der „Nationalen Wiedergeburt" und ihres Kommandeurs, Konstantin Ivrakis, und durch ihr Verhalten gegenüber den Opfern dieser Schlägertruppe unterstützen die politische Führung von Frankfurt und die Strafverfolgungsbehörden, gewollt oder ungewollt, die Unterdrückung der demokratischen Opposition gegen die Militärdiktatur in Griechenland.

W. J.

Im Studentenhaus neben den Räumen des AStA (Zimmer 14) finden Sie immer günstige Angebote für Gebrauchtwagen.
Vom vielgeliebten **Döschewo** bis zur vielbegehrten **Miezenschleuder.**
Hier bietet sich selbst einem **schwindsüchtigen Studentenportemonnaie** ein Zügel für ein Paar PS. Doch Geld kostet's trotzdem.
Der Führerschein muß also möglichst preiswert sein.
Keine Pflichtfahrstunden, Fahrstunde 12,50 DM, Grundgebühr nur 50,– DM
in der Universitäts-
FAHRSCHULE POHL
Bockenheimer Landstraße 113 (2 Minuten von der Uni), Telefon 77 91 40

nach **ISRAEL**
mit **EL AL**
ISRAEL AIRLINES in Zusammenarbeit mit
DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST dsr

Für Schüler und Studenten 4x wöchentlich
vom 1. Juni–15. Oktober und 20. Dezember 1968–15. Januar 1969
München–Tel Aviv DM 300,– einfach
Frankfurt–Tel Aviv DM 320,– einfach
Mit planmäßigen Boeing Jets der El Al
Buchung und Auskünfte
Auslandsstelle
des deutschen Bundesstudentenringes
53 Bonn, Dietkirchenstraße 30, Telefon 3 10 11

Mehr als Tagesnachrichten
und unverbindliche Kommentierung verlangt der Zeitungsleser, der mitten im Leben steht und an der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Verantwortung mitträgt. Der kritische Leser weiß es zu schätzen, wenn sich die
Frankfurter Rundschau
– eine der großen deutschen Tageszeitungen – aktiv mit seinen Problemen befaßt. Die „Frankfurter Rundschau" greift immer wieder heiße Eisen auf. Sie übt Kritik, wo es notwendig erscheint. Leitartikel, Kommentare, Reportagen und Glossen der „Frankfurter Rundschau" haben Format. Bilden Sie sich selbst ein Urteil. Verlangen Sie Probelieferung. Senden Sie umstehenden Gutschein auf einer Postkarte oder im Briefumschlag an
Frankfurter Rundschau
Vertriebsabteilung – 6 Frankfurt am Main 1 · Postfach 3685 · Telefon 21 99 513
Vorzugspreis für Studierende
monatlich DM 3,15 als Abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei Postzustellung
monatlich DM 3,80 durch Träger
Studierende erhalten die „Frankfurter Rundschau" im Postabonnement zum Vorzugspreis von monatlich DM 3,40 (einschließlich Zustellgebühr) oder als Abholabonnement bei einer autorisierten Abholstelle zum Vorzugspreis von monatlich DM 3,15.

Die Buchhandlung
für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.

Grundgebühr 50,–
Fahrstunde 12,–

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M.
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9 84 19 30

H

Buchhandlung für
Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1

Peter Naacher

Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Dissertationen

druckt

von DIN A 4-Vorlage
auf DIN A 5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3,–
100	3,20
150	3,45
200	3,60
300	4,30

Angebot anfordern

BÖNECKE

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/5 25

keine Nebenkosten
● Raster billigst! ●

Luise Pollinger

Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77

Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-,
Zeichen-,
Schulartikel

Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Alle Menschen guten Willens mit geistigen Zielen

Zum Plebiszit bei einer Germanistik-Vorlesung

Prof. Stern, Staiger-Schüler, Vorsitzender der neugegründeten Hofmannsthal-Gesellschaft, die „für alle Menschen guten Willens mit geistigen Zielen" offen ist, aufrechter Eidgenosse, liberal/autoritär wie sein Landsmann Rüegg, äußerte noch nach dem go-in bei Carlo Schmid der FAZ gegenüber: „Die Wissenschaft allerdings gehorcht dem Geist. Sie läßt sich durch Plebiszite weder herstellen noch lenken." Wie ein solches Plebiszit über Organisation und Inhalt einer akademischen Veranstaltung hergestellt wird, mußte Stern in seiner eigenen Vorlesung „Expressionismus" erleben.

Diese Vorlesung sollte laut Ankündigung mit einem offenen Kolloquium verbunden werden, das die „Diskussion und Demonstration" der Vorlesung leistet. Wer daraus schloß, daß hier der Versuch einer Demokratisierung der Lehrveranstaltungen gemacht wird, die Vorlesung also im Kolloquium der Kritik und Diskussion ausgesetzt wird, sah sich grimmig enttäuscht. Das Ideal stofflicher Vollständigkeit, das „Pensum" als Kriterium germanistischer Wissenschaft waren offenbar allein ausschlaggebend: alles was in der Vorlesung zeitlich keinen Platz mehr fand, sollte ins Kolloquium gestopft werden. So hatte es Stern beschlossen, zusammen mit einem „Aktivkern" von ca. 25 Studenten, die allfreitäglich zur „Befehls- und Materialausgabe" beschieden wurden. Die Unterstellung, herrschaftsfreie Verhältnisse in seinen Lehrveranstaltungen schaffen zu wollen, wies Stern denn auch entschieden zurück: „Ich habe meine Veranstaltungen nie als demokratisch gerühmt."

Die Erfahrung, daß solch autoritäre Praxis von Germanisten widerspruchslos hingenommen wird, bestätigte sich freilich diesmal nicht: in Flugblättern und Wandzeitungen im Seminar wurden die Studenten auf den Sachverhalt hingewiesen und zum Protest aufgefordert. Am 29. April beschloß der überwiegende Teil der Hörer der Vorlesung „Expressionismus" gegen Stern, das Kolloquium in die dritte Vorlesungsstunde umzuwandeln. In jeder der nun drei Stunden sollte eine Viertelstunde für die Diskussion von Stoff und Methode freigestellt werden.

Bei allem Unbehagen gegen die neue Regelung begriff Stern wohl, daß er mit einer Weigerung, sich dem Abstimmungsergebnis zu beruhigen, den Konflikt nur verschärfen würde. Von seinem nachdrücklichen „In der Vorlesung möchte i c h sprechen" war also keine Rede mehr, vielmehr sah sich Stern in der Diskussion heftigen Angriffen ausgesetzt, die weniger den Details als seiner wissenschaftlichen Methodik galten.

Die erste Stunde, die sich als Analyse des „Expressionismus als historisches Phänomen" aufspreizte, fand keine anderen Worte zum Thema als „Verlust der Mitte", „Lebensentfremdung", „Daseinsarmut". Historie verflüchtigt sich zum selbstbewegenden autonomen Geist, vom gesellschaftlichen Warenverkehr ist nicht die Rede. In der Phraseologie eines verdünnten Kulturpessimismus nähert sich Stern in kritikloser Devotion den literarischen Werken der Zeit und wiederholt mit dem Wortschatz der Expressionisten distanzlos nur noch einmal deren Bewußtlosigkeit und „ohnmächtiges Aufbegehren" (Lukacz) gegen den totalitären kapitalistischen Immanenzzusammenhang. Mit dieser Diskussion war zugleich ein Schritt zur Objektivierung und Entpersonalisierung des Konflikts getan. Denn daß es sich hier um den Aufstand von Studenten handelt, die sich nicht mehr mit dem Ideologieschutt Staigerscher Provenienz abspeisen lassen, war von allem Anfang an klar. Es geht um den begrifflosen methodischen Pluralismus der Germanistik, einer Germanistik, die „um eine Wissenschaft zu werden, aufhören müßte, Germanistik zu sein". Daß Prof. Stern sich einer solchen wissenschaftskritischen Auseinandersetzung zunächst einmal entzog, konnte niemanden verwundern. Ich halte jedoch dafür, daß die Studenten der Germanistik sehr bald den Bluff durchschauen werden, mit dem Stern die inhaltliche Diskussion meidet, indem er nämlich vorgibt, es werde ihm statt einer methodisch-inhaltlichen Diskussion das Bekenntnis zu einer Weltanschauung abverlangt. Für die Studenten der deutschen Philologie jedenfalls sind die Vorgänge ein Nachweis dafür gewesen, daß sie die Lösung ihrer Probleme nur von sich selbst und nur durch solidarischen Druck erwarten können.

P. Mosler

Fachidioten der Satire

Gruppen, die von bestehenden Verhältnissen profitieren, betreiben „Öffentlichkeitsarbeit", in der sie ihre realen Interessen verschleiern, zu nichts verpflichtende „Gemeinsamkeiten" betonen und punktuell das „Menschliche" hervorkehren. Diese Funktion kommt an der Frankfurter Ordinarien-Universität dem **uni-report** zu, einem betont seriösen, betont häßlichen Mitteilungsblatt, dessen Überschriften von entsagungsvoller Sachlichkeit zeugen und vornehm alle studentischen Thesen von „Manipulation" widerlegen. Man sollte meinen, die Professoren selbst finanzierten per Umlage das schlichte Organ ihrer Öffentlichkeitsarbeit im Uni-Bereich und ermöglichten (ab Nr. 5) die kostenlose Verteilung von 10 000 Exemplaren — wüßte man nicht, daß die finanziellen Mittel der Hochschulen in der prosperierenden Bundesrepublik schier unbegrenzt sind. Unbegrenzt kann denn auch die Auflage von **uni-report** steigen, wenn die Studenten nur tüchtig zugreifen, wozu hier ausdrücklich aufgefordert sein soll.

Die Leserschar wird entdecken, daß moderne Öffentlichkeitsarbeit durchaus witzig sein kann. Treuherzig versichert **uni-report** in Nr. 4 in der polemischen Sprache seiner Gegner: „Auch Ärzte sind Fachidioten". Damit die Herren Mediziner nicht zu arg erschrecken, wird ganz seriös ganz klein Gedrucktes vorangestellt mit der Warnung, hier folge ein kleiner Scherz, angeregt vom Berliner EXTRA-Dienst, und der Verfasser sei unbekannt. Es folgt eine hübsche kleine reaktionäre Polemik gegen Demokratisierungsthesen, die mit der vielversprechenden Überschrift leider wenig zu tun hat, und die ihren einzigen Witz aus der Vorstellung bezieht, die behandelten Patienten könnten die Verantwortung für ihre Krankenhausbehandlung selber übernehmen. Das Entsetzen, das die Technokratengehirne der uni-reporter bei solcher Vorstellung befällt, treibt sie zur Satire. Wie's im Operationssaal aussieht, wenn die Hierarchie der Mediziner durch „Teams" abgelöst wäre, wird breit ausgemalt: „Alle Operationen tragen Öffentlichkeitscharakter. Die Versammelten haben die Arbeit der Operationsgruppe sorgfältig zu überwachen, um gegebenenfalls in eine allgemeine Diskussion einzutreten."

Daß solcher Unfug nicht gut gehen könne, folgt Zeile für Zeile aus dem abgedruckten „Sechs-Punkte-Programm" ausgetüftelter sozialistischer „Behandlungsnehmer"-Verbände. Denn selbstverständlich wollen die monströsen Patienten in der negativen Utopie des **uni-reports** nicht nur über ihr Schicksal selbst bestimmen, nein, sie wollen auch noch „oppositionelle", „politische", „kritische", „spontane" und sogar „sozialistische" Propaganda in die Klinik tragen. Während sich die Autoren des Professorenorgans **uni-report** zynisch grinsend zugestehen, daß die Demokratisierung der Klinik genau so ein Unsinn sei, wie — nach der bekannten Formel des benachbarten Unternehmerorgans **Industriekurier** — eine Demokratisierung von Betrieben, Schulen, Zuchthäusern und Kasernen, wollen sie selbstverständlich noch eine andere Fliege mit gleicher Klappe schlagen: alle Forderung nach einer Wissenschaft, die sich ihrer politisch-soziales Implikationen bewußt wird, soll als lächerlich erscheinen.

Wie sehr die zynische Geschwätzigkeit der Verschleierung dient, wird an den blinden Flecken der technokratischen Gegen-Utopie offenbar. Vor nichts schreckt sie dermaßen zurück, wie vor jedem Hinweis auf die reale hierarchische und ökonomische Struktur heutiger Kliniken. Sie stellt nur eine verfilzte, reaktionäre Ärzteschicht" den „ungezählten Patienten" gegenüber, hat aber von dem aufquellenden Mittelbau, der zunehmenden Differenzierung in Beamten- und Angestelltenpositionen nie was gehört. Die ausgetüftelte Hierarchie einer Universitätsklinik sollte den Tüftlern der „Patienten-Demokratie" entgangen sein? Fürwahr, wer über die Interessen der Ordinarien, sei's der medizinischen Klinikchefs, sei's der anderen, Wesentliches erfahren will, wird zu anderen Quellen als dem **uni-report** greifen müssen.

Heinz Grossmann

„Das deutsche Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL" glaubt vielleicht, mit der Methode eines Bundespräsidenten durchzukommen: **zu öffentlichen, belegten Beschuldigungen keine Stellung zu nehmen!** gez.: Kurt Berna

Öffentliche Anklage

Ich beschuldige hiermit öffentlich „Das deutsche Nachrichten-Magazin DER SPIEGEL" einer vorsätzlichen Nachrichten-Unterdrückung seit über z e h n Jahren!

Begründung: Die entdeckte, tatsächliche Möglichkeit, daß Jesus mit schlagendem Herzen vom Kreuz abgenommen wurde, ist eine Nachricht. Diese Nachricht wird von dem Nachrichten-Magazin „DER SPIEGEL" seit über zehn Jahren vorsätzlich unterdrückt.

Das unwiderlegbare Beweismaterial für die oben genannte öffentliche A n k l a g e — der 1956er Originaltext vom SPIEGEL-Archiv — wurde den Chefredaktionen der maßgebenden deutschen Presse sowie der „deutschen presse-agentur" Hamburg, ferner den internationalen Agenturen „AP" und „UPI" Frankfurt/M. und dem Deutschen Fernsehen von der Bundespost übergeben.

gez.: Schriftsteller Kurt Berna, Stuttgart

Diskus

GUTSCHEIN
für eine kostenlose Probelieferung

Ich bin noch nicht Abonnent der „Frankfurter Rundschau" und möchte sechs Tage kostenlos und unverbindlich die „Frankfurter Rundschau" lesen.

Im Anschluß an die 6-Tage-Probelieferung wünsche ich:

☐ **Weiterlieferung zum Vorzugspreis für Studenten:** bei Abholung monatlich DM 3,15 — durch Träger monatl. DM 3,80 — durch die Post monatl. DM 3,40 (einschließlich Zustellgebühr) Abholung und Trägerzustellung sind nicht an allen Hochschulorten möglich.

☐ vorerst keine Weiterlieferung (Gewünschtes bitte im ☐ mit einem X versehen!)

Vor- und Zuname:

Hochschule (Kurzname und Ort), Fakultät:

Wohnort, Zustellpostamt: ( )

Straße, Hausnummer:

Studienbestätigung (Stempel):

(Datum)

(kann auch nachgereicht werden)

(Unterschrift)

Wir bitten Sie um vollständige und deutliche Eintragungen.

Wie ich Peter Weiss in Tüll auf Zehenspitzen sah

Bazon Brock

Als Fortsetzung der Diskussion um das Theaterstück „Viet-Nam-Diskurs" von Peter Weiss kommt in dem folgenden Artikel Bazon Brock, Dozent für Nicht-Normative-Ästhetik in Hamburg zu Wort.

Maulsperren: vor Staunen nicht das Maul schließen zu können oder aber die Gier war zu groß.

Das Staunen der Besucher vor der artistischen Glanzleistung mag äußerlich bleiben, solange sich Sportler und Jongleure nicht zu Präsidentschaftskandidaten machen lassen. Hier sitzt der Mensch vorm Menschen noch im Käfig und zeigt, wie kräftig er doch geblieben ist trotz Gefangenschaft und Wärterworten. Der Zirkus ist entschuldigt, er ordnet die Zwerge und Krüppel ins Reich der Notwendigkeit ein, er raucht die kleine Abweichung in der Pfeife. Außerdem weiß man ja, wozu gute Muskeln taugen können.

Etwas reflektiertere Formen der Muskelpraxis wie die des Theaters allerdings haben dem Zuschauer die Anfälligkeit zur Unterwerfung unters erklärtermaßen Höhere, Qualifizierte, Staunenswerte auszutreiben. Wer im Theater andere zum Staunen verführt über gelungene Einsicht oder über überlegene Haltungen oder über feldherrliche Übersicht oder Ganzheit, betreibt die Domestizierung zugunsten eines zwar besseren und anderen aber immerhin eines Herrn. Das Ritual der Korrespondenzen ist nirgends so eindeutig und uneingeschränkt wie in der ästhetischen Praxis, die sich für die Überwindung der ästhetischen Praxis hält. Was immer die ästhetische Praxis als Freiheit und als Richtigkeit vorzuzeigen vermag, weil es ihm an jeder Stelle und bei jeder Gelegenheit die Kennzeichnung „beliebig" vorhält, wird in der erklärten Überwindung der „bloßen" ästhetischen Praxis zur beklatschten Notwendigkeit. Die aber herrscht allenthalben ohnehin und brauchte nicht als Produktion der Einsicht hergestellt zu werden. Wo solche Unabdingbarkeit produziert wird, dient sie nur dazu, den kulturellen Freiübungen den Anschein und die Gewichtigkeit von Naturereignissen zu geben. Und so pflegen denn auch die Besucher bei solchen gelungenen Übertragungsversuchen stets zu bekunden, daß es wie Blitz und Donner „über sie gekommen ist. Ein Ereignis, ein Erlebnis von unvergleichlicher Wucht und Kraft, dem sich niemand entziehen kann."

Auf diese Weise ist das in vermeindlicher Freiheit Produzierte nur Verdoppelung der herrschenden Gewalt. Denn Einsicht zu haben in die Notwendigkeit und sie immer noch zu akzeptieren, ist unaufrichtig und auf Täuschung aus. So ist wohl Peter Weiss auf Täuschung aus gewesen, wenn er einerseits vorgibt, über Einsichten in die Begründungen der herrschenden Gewalt zu verfügen und sie dennoch als Begründungen für sein Handeln als Autor zu verwenden. Der Mann sagte doch glattweg: „Wenn sie (die Studenten u. a.) erst mal andere Formen geschaffen haben werden, wie z. B. das Straßentheater, dann werde ich (Weiss) schon mitmachen. Bisher gibt's ja nichts anderes, bitteschön!"

Abgesehen von der empörenden Ahnungslosigkeit darüber, welche anderen Formen es in seiner unmittelbaren Umgebung seit Jahren gibt, hat Weiss so Zweifel daran bestätigt, daß er überhaupt über irgendein Fünkchen willkürlicher Subjektivität verfügt, die seinen Aufstieg zu mehr macht als dem bloßen Rezeptbefolgen der bürgerlichen Skandalvorstellungen.

Talent auf Rezept, Größe des Genies auf Bestellung, wobei dann freilich das Genie ist, was dem bestellten Rezept in der Endfertigung genau entspricht.

Gerade an diesem Punkt ist Weiss und mit ihm die Clique der Approbierten nicht auf der Höhe des gesellschaftlichen Bewußtseins: die gewichtigste Vorstellung in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen ist die von der ausgehaltenen Subjektivität, von den gegen alle gutbegründeten Anwürfe durchgehaltenen Voluntarismen. Denn die objektiven Vorgegebenheiten werden nur noch zur nachträglichen Rationalisierung für Nichtstun und Sotunalsob verwandt. Je mehr sich Arbeiten wie die von Weiss auf Objektivität von Entwicklungsprozessen berufen, desto falscher werden sie, weil sie desto richtiger und überzeugender Handeln verhindern. Und daß wir alle immer noch anfällig sind gegen die Begründung und noch dazu richtige und gute Begründung unserer Ohnmacht und unserer eingestandenen Resignation, darf wohl als sicher gelten. In der Folge solcher Überlegungen wird automatisch immer die Frage nach den geschichtlichen Erscheinungsformen dieser Subjektivität gestellt. Nicht selten ist deren mächtigste als die des Stalinismus bezeichnet worden. Das aber wird Weiss ganz unverständlich bleiben, denn er wird Angst haben vor Mißverständnissen.

Grass lebt davon, sich gegen solche möglichen Mißverständnisse tagtäglich abzusichern, der Narr. Diese Mißverständnisse lassen sich nur vermeiden, wenn man sich still ins Grab legt — und nicht einmal dort: mancher würde sich wundern, was auf seinem Grabstein steht. Was allerdings unsere Instrumentalclowns der Vernunft zum Stalinismus und Faschismus von Links gemacht haben, ist wiederum nur die Objektivation von Voluntarismus und Anarchie. Für den Faschismus gilt dasselbe: es wurde nachgewiesen, daß sich die autoritäre Radfahrerpyramide des Systems aus seinen Irrationalismen ableitet. Subjektivismus, Voluntarismus, Anarchismus auf das Moment von Irrationalität, das in ihnen herrscht, zu verkürzen, ist kenntnislos aber zweckentsprechend. Das Mißverständnis, das Falschverständnis, die Entstellung und Verzerrung muß man zu tragen gewillt sein, das Falsche zu tun nicht scheuen, wenn man morgens auch nur die Nase zum Fenster hinausstreckt, um sich gegen die Wolkenbildung auszusprechen, geschweige denn gegen die Wolkenschieber.

Dazu gehört aber noch eine Aussage am ganzen Stück: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft, das sind mögliche Beschreibungsformen nicht von zwei verschiedenen gesellschaftlichen Formationen, sondern von einunderselben, wie sie bei uns augenblicklich herrscht. Und sind beide Kampfmittel, wie Erkenntnis Kampfmittel ist, wie Ideologie. Deshalb kommt die Unterscheidung nur am Grad der durch sie geleisteten Effektivität für die Bestimmung des gesellschaftlichen Selbstbewußtseins zur vollen Entfaltung. Z. B. wurde mit dem, was die Rezession genannt wurde, der Versuch unternommen auszuprobieren, wieweit inzwischen die bestimmenden Widersprüche in naturgeschichtliche Prozesse zurückverlagert werden konnten, denn so spätkapitalistisch ließen sich natürlich höhere Profite erzielen. Irre geworden an den Erfolgen der Sozialistischen Republiken, fast neidisch, wurde überlegt, ob nicht doch objektive Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung vorherrscht. Wenn ja, dann mußte man sich darauf einstellen. Und das heißt Kampf bis zum letzten Atemzug allerdings mit wesentlich höheren Gewinnen. Wenn die Unterwerfung unabdingbar ist, sollte sie möglichst weit hinausgeschoben werden, um vorher die Scheuer zu füllen.

Industriegesellschaftlich verstanden sind die Mittel zur Aufhebung der bestimmenden Widersprüche zwischen Produktivmitteln und Produktionsverhältnissen einzig in dem Behauptungswillen der Unternehmer zu sehen, die alle nur denkbaren Tricks finden und vor allem alle denkbaren Zugeständnisse für Veränderungen machen, um weiterhin sich und das System zu erhalten.

Wird der Gegendruck sehr groß durch die Erfolge der Gegner (der Sozialisten und Kommunisten) versucht das Establishment im Gros der Verfügungsfunktionäre auf die spätkapitalistische Position zu retirieren. Das schafft Solidarisierung unter den Betroffenen und legitimiert Machtanspruch der Auserwählten. Auch ließen sich dann etwa die Gewerkschaften als Unternehmer, die sie sind, besser zur Einsicht bringen. Und tatsächlich hat sich das ja erwiesen als eine gute Medizin, wie Herr Berg sagte.

Allerdings schafft das auch bei einigen Großen die Gefahr, sich defaitistisch zu betragen und ihre Unternehmen umzuwandeln in Stiftungen für die Arbeiter oder Formen der tatsächlich praktizierten Mitbestimmung.

Wie immer, im Augenblick der Rückverlagerung in den Spätkapitalismus war der Lauf der Dinge gesichert und zwar durch die Naturgesetzlichkeiten selber. Man braucht sich nicht um Kennzeichnung und Differenzierung kümmern, die Natur spuckt den Unterschied aus. Und wie Ausgespucktes wird ja auch nun die Konsequenz dieses Rückzugsversuchs behandelt: es wird in den Rinnstein gefegt, weil es sich nicht dem naturgeschichtlichen Schema fügt.

Die Stille und erschlichene Übereinkunft im Hinblick auf den mechanischen Gang der Dinge zwischen Verfügenden und Verfügten wurde gestört. Den Verfügten wurde die Aussicht auf schließlichen Sieg der Sache als Natur der Dinge infragegestellt und den Verfügenden bis dahin ein angenehmes Äußeres. Die Praktizierung des Diamat hat im Westen die höchste Stufe erklommen, allerdings nur in der Rückfallperiode, die langsam zu Ende geht.

Wird der Druck in der industriegesellschaftlichen Formation auf die Systemhalter zu groß, stehen sie Veränderungen zu, bauen Druckschwellen und Widerstände ab, um eben weiterhin Systemträger zu bleiben. Uns kann es egal sein, bis zu einem gewissen Grade, ob wir realen Fortschritt dem Selbstbehauptungswillen des Systems verdanken oder der Fremdaufhebung des Systems. Fremdaufhebung wäre wohl nur wie oben bei uns zu verstehen. Und errichtet über uns alle die Fatalität der Geschichte.

In industriegesellschaftlichen Formationen kann es sogar vorkommen, daß realer Widerspruch erzeugt wird, um an ihm die Umsetzung zu rationalisieren. Ästhetische Praxis ging lange darin auf, solchen synthetischen Widerspruch zu liefern. Aber auch weiterreichende gesellschaftliche Praxis, z. B. in der Gesetzgebung und Rechtsprechung oder bürgerlichen Protest. Nur muß der dann auch wissen, daß er vom System selber gesteuert wird, unmittelbar in seinen Formen bestimmt und kontrolliert.

Beiden Kalamitäten entgeht nur der Voluntarismus, der seine Voraussetzung kennt als solche, die ihn unmöglich erfolgreich operieren lassen werden, als falsche sogar, als eingesehende aber notwendige falsche. Ich selber bin von der größeren Effektivität der Betrachtung des Gegenwärtigen als industriegesellschaftliche Formation überzeugt und plädiere deshalb für die Taktik der Affirmation. Aber das steht hier nicht zur Debatte. Für Weiss indessen ergeben sich, was hier zur Debatte steht, die fatalsten und deprimierendsten Feststellungen: An der Reaktion seiner Zuschauer kann er bestätigt sehen, daß nur das vorgeschriebene Maß an Pflichtübungen von ihm abgeleistet wurde. „Wir danken den Mächtigen dieser Stadt, daß sie erlaubt haben, dieses Stück hier zu spielen", sagte ein Kümmerling, der darin seine große Übereinstimmung mit dem Gebotenen zum Ausdruck bringen wollte. Unter dem Aspekt des Rückfalls in den Spätkapitalismus gibt's da nichts zu danken; was ohnehin kommen muß ist gratis. Deshalb ist auch der Einwand, die Aufführung sei nur ein Alibi für die Herrschenden, nicht ernst zu nehmen. Sie haben es nicht nötig, sondern sind im Gegenteil dankbar, wenn sie nicht aufgrund von Alibis sondern aufgrund von Naturgesetzmäßigkeiten handeln, als kleine Hilfsgötter und vollziehende Gewalt.

Unter dem Aspekt der Bestimmung des Gegenwärtigen als industriegesellschaftliche Formation, ist die Weiss'sche Übung produziert vom System, in allen ihren Formen durch dieses bestimmt und kontrolliert. Peinlicheres als die Scharaden, Schattenrisse und Chinaopernanklänge in der Aufführung zu Frankfurt hat man selten sehen müssen. Weiss hat zugelassen und zulassen müssen, weil er nicht weiß was Weiss tut, daß sich so jede geschichtliche Bestimmtheitsform aus seinem Theaterstück entfernte, es wurde kränzchenreif als Allgemeines, Menschliches, Humanes, guter Wille. Ritual der Korrespondenz zwischen Bühne und Publikum, das reibungslos funktionierte wie bei Konditionierungsübungen für Hunde.

Und unter dem Aspekt einer Residualtheorie für die Künste als Erscheinungsformen vergangener Zeiten kam erst gar keine Zuordenbarkeit für Weiss auf: jeder Anflug von Entfaltung persönlicher Machtansprüche, künstlerischer Individualität oder von artistischer Attitüd wurde an der hilflosen und begriffslosen Erscheinung des Menschen zunichte.

Was aber das Wichtigste ist: er denunzierte die Formen der subjektiven Willkür, des Voluntarismus und Anarchismus als brauchbare Vorleistungen, derer man sich nach Belieben bedienen kann und das meint vor allem sich ihrer zu erwehren mit dem Zweck ihrer Vernichtung. Vernichtet werden sie als Opfer, Opfer sind sie, wenn man sich nicht zu ihnen bekennt, wenn man von ihnen nicht spricht, wohl aber die Resultate ihres Handelns für wirkliche gebraucht.

Das tut übrigens auch Grass als gesellschaftliche Subjektivität, wenn er die Gammler, Homos, LSDler, Kommunarden verhöhnt und wenn er etwa die Praxis der happenings, des agitpop, des fluxus verächtlich macht.

Das tun viele, aber mit weniger Gewinn, weniger Tantiemen als Weiss und Grass. Sie sollten wenigstens damit einigermaßen folgerichtig operieren. Z. B.: ihr Publikum bezahlen, damit das Publikum sie nicht für natürliche Gewalten hält. Allerdings: in einem kleinen Salon ist schon ein Furz eine natürliche Gewalt.

Aggressives Theater/ Hans Imhoff

„Herr IMHOFF, wir sind Schauspieler, stören Sie uns nicht bei unserer Arbeit . . ." (Anläßlich eines Zwischenfalls bei der Uraufführung von Peter Handkes „Kaspar", am 11. Mai 1968, in Frankfurt/M.).

Einen neuen Aspekt erhält das moderne Stück, wenn man seine Aufführung zu unterbrechen versucht. Die Aggressivität des Assembles wie des Publikums überrascht aber nicht an sich schon — wer freut sich über Störung —, sondern erst durch eine Assoziation, die durch sie ausgelöst wird:

Warum darf ein Inhalt als Kunst existieren, der als Thema einer Demonstration auf polizeiliche Gewalt stoßen würde?

Nicht weil Kunst ungefährlich ist, ist ihr alles erlaubt — Kunst i s t gefährlich. Sondern weil die institutionalisierte Reproduktion von Kunstwerken, durch den Mechanismus der Identifikation vermittelt, dieselbe Aggression einübt, die das Funktionieren der Polizei garantiert, deshalb sind diese subventionierten Betriebe staatstragend und das Entgegengesetzte von Demonstration.

Die kunstreproduzierenden Institutionen und ihr Publikum dulden ebensowenig die Störung eines ritualen Ablaufs, wie die staatlichen Institutionen sie dulden.

Kontinuität ist das Interesse der Kunst wie das der Herrschaft, und wie das eine, so ist das andere nur durch Gewalt zu garantieren. Wo diese verletzt wird, entsteht Aggression.

Die Identifikation des Publikums mit dem Stück bedeutet, indem das Publikum damit notwendig sich mit dem äußeren Ablauf des Stücks auf der Bühne identifiziert, die **Reproduktion des Zwanges der Identifikation,** den die moderne Kunst angeblich in der Form der Durchbrechung der Illusion aufhebt.

Ein Kriterium für Modernität ist daher, ob das Publikum frei bleibt, seine Reaktion auf die Durchbrechung der Illusion zu Kontrollieren.

Die Theater aber sind Schulen, in denen gern wie sonst nirgendwo das **Verbot** gelernt und befohlen wird, die Identifikation mit ritualisierten Zwängen zu verletzen.

Wer für Theater schreibt, wer zuläßt, daß seine Stücke von Theatern aufgeführt werden, Schauspieler und Zuschauer Akte der Identifikation vollziehen läßt, identifiziert sich selbst mit der Gewalt, die die Mechanismen der Identifikation gebraucht, um die Realisation von Freiheit zu verhindern.

Der Zusammenhang eines Stückes ist an sich die objektivierte Suggestion, das Ganze sei das Wahre. Das Ganze aber ist Herrschaft als ihre Reproduktion.

Ein Kriterium für Modernität ist daher, ob ein Stück ohne Einbuße an Qualität beliebig unterbrochen werden kann. Der Zusammenhang eines Stückes kann deshalb keiner der Struktur sein.

Moderne Stücke sind Techniken gegen den Zwang der Identifikation.

HANS IMHOFF kennt keine Stücke, die das leisten, außer seinen.

Zu den Fotografien von Hilla und Bernhard Becher

(Rückseite: Kühltürme)

Bernhard Becher ist am Rand des Ruhrgebiets zu Hause, im Siegerland, der ältesten deutschen Industrielandschaft. Die letzten beiden Bergwerksanlagen sind hier 1965 stillgelegt worden. Becher hat sie fotografiert, ebenso wie unzählige andere veraltete Industriebauten, Fördergerüste und Hochöfen, Kühl- und Wassertürme, Gasbehälter, Silos und Fachwerkhäuser. Die zusammen mit seiner Frau begonnene Dokumentation „anonymer Architektur" im Siegerland und im Ruhrgebiet wurde in England und in Nordfrankreich fortgesetzt. Anonym nennt Becher diese Bauten, weil die Ingenieure, die sie konstruierten, unbekannt bleiben, und weil sie vom architektonischen Stil ihrer Zeit kaum beeinflußt waren. Sie scheinen vielmehr ein Vorbild des Funktionalismus gewesen zu sein, der im 20. Jahrhundert zum Konzept für alle Arten von Bauwerken wurde.

Diese Architektur ist aber noch in einem anderen Sinn anonym: sie ist fotografisch so wiedergegeben als ob sie keinen Namen hätte. Die Objekte auf den Fotografien von Becher müssen identifiziert werden, man hat sie vorher nie so gesehen: ohne Schatten und Atmosphäre, bis ins Detail genau und oft unter Verzicht auf Perspektive frontal „auf die Platte gebannt" (Becher arbeitete anfangs mit einer Holzkamera). Die dadurch erzielte „Befreiung des Objekts von der Aura" (Walter Benjamin) könnte leicht in eine neue Mystifizierung des Gegenstandes umschlagen, was sich in dem Hinweis andeutet, Becher sei, als er noch zeichnete, von den Bildern de Chiricos fasziniert gewesen. In der Methode liegt aber zugleich die Möglichkeit, diese Gefahr zu umgehen; sie erlaubt es, Serien herzustellen, ein Repertoire vergleichbarer Dinge zu zeigen. Außerdem: ist ein Hochofen, der in voller Aktion, oder ein Förderturm, der im Dunst des Kohlenpotts vorgeführt wird, nicht weitaus mystifizierender? Solche Fotos aus Industriegebieten suggerieren eine menschliche Nähe oder eine vermeintlich technische Dynamik, tragen also nichts zur Klärung bei.

Auf den Fotos von Becher werden die architektonischen Hülsen vergangener Stufen der kapitalistischen Entwicklung noch einmal fixiert, bevor sie zerfallen oder zerstört werden. Wenn Brecht meinte, daß „eine Fotografie der Kruppwerke oder der AEG beinahe nichts über diese Institute ergibt", weil „die eigentliche Realität in die Funktionale gerutscht ist", so ergibt die Fotografie nicht mehr funktionierender oder veraltender Industriebauten mehrerlei:

a) Auch die Stätten der Ausbeutung sind nicht ohne Stil gebaut — es ist ein Stil der Ordnung, der Symmetrie aller Teile, der dann auf andere Zweckbauten und schließlich auf Wohnhäuser übertragen wurde.

b) Was funktionslos wird, bekommt ästhetischen Reiz — ein Düsseldorfer Maler schlug unlängst vor, aus dem Ruhrgebiet ein Kunstwerk zu machen, um so den Übergang von der veraltenden Schwerindustrie zur utopischen Dienstleistung mit einem Sprung zu schaffen.

c) Ein Förderturm kann heute bereits so aussehen wie gestern eine Windmühle aussah — was „unter Tage" vor sich ging oder noch geht, wird dem Vergessen eher anheimfallen.

Bechers Serien könnten aber gerade zur Rekonstruktion der Arbeitsverhältnisse im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert verwendet werden. Sie erfüllen eine Forderung, die Brecht an das Fotografieren stellte: „. . . dazu gehört Interesse für die Dinge und genügt nicht Interesse für die Bedeutung".

Wer dieser dokumentarischen Methode vorwirft, daß sie die Dinge durch statisches, isolierendes Zeigen noch einmal verdingliche, sollte wissen, daß Action-Fotos oder Momentaufnahmen die Dinghaftigkeit ihrer Objekte nur scheinbar auflösen. Sie täuschen oft Bewegung vor und verhindern den Gedanken daran, daß die Dinge wirklich in Fluß gebracht werden müssen anstatt optisch.

Reiner Diederich

Ruhe und Ordnung

„Kaspar" in Frankfurt

In deutschen Theatern herrscht Ruhe und Ordnung. Die ganze subventionierte Feigheit und politische Schizophrenie aber theatert dramatisch, wenn Schauspieler zu politischen Erklärungen mal kurz auf der Städtischen Bühne stehen wie in Frankfurt: Drohung mit strafrechtlichen Konsequenzen und wer-kann-das-verantworten und es gehört sich nicht wegen der „öffentlichen Aufgabe" des Theaters. Die Städtischen Bühnen inszenieren den „Vietnam-Diskurs" und erhalten ansonsten unter der als ruhig und ordentlich verrufenen Oberaufsicht (es gibt noch viel schlimmere Sozialdemokraten, wie schrecklich) von Inszenator und Intendant Buckwitz (im Gehen) das gesammelte sozialdemokratische Schweigen. Unterdes wählen die herrschenden Sozialdemokraten dieser Stadt den auch fürs Theater inkompetenten Kulturdezernenten K. v. Rath (FDP) wieder mit für eine neue Amtszeit. Der hat nämlich eine theatralische Gesinnung — anständig, ruhig und ordentlich — wieder bewiesen durch aufrechte Verleumdung der Besucher des „Vietnam-Diskurs" Die Abstraktionen und die Rhetorik eines P. Weiß' passen sicher nicht in dieses Kultur-Eldorado.

Eine ganz andere Rhetorik trifft diese Theaterszene. Handkes neues Stück „Kaspar" (Theater am Turm, Regie: Peymann) versammelt Sätze zum Geschwätz von Ruhe und Ordnung. Die „Handlung" ist ganz auf Theater zurückgezogen, auf theatralische Figuren von Einsagern Kaspar und Kaspars. Die Szene erscheint nur als „Bild von der Bühne". Die Figuren handeln nicht, sondern gestikulieren; die Hauptfigur Kaspar stakst zuerst mit einem Satz auf der Bühne umher („Ich möcht einmal ein solcher werden wie einmal ein anderer gewesen ist"). Dem Kaspar bereiten die „Einsager" ein Ritual ordentlicher Sätze auf „Der Raum ist klein, aber mein. Der Schemel ist niedrig, aber bequem. Das Urteil ist hart, aber gerecht. Der Reiche ist reich, aber leutselig. Der Arme ist arm, aber glücklich... Der Soldat kriecht durch den Schlamm, aber zufrieden. Die Peitsche knallt auf den Rücken, aber ihrer Grenzen bewußt..." Je mehr der Kaspar mitplappert im Ritual, Buchstaben, Wörter, Worte, Reden, desto ordentlicher fügt sich die Figur dem Bühnenbild ein: „Ich kann mich zur Not in die Möbel verkriechen."

Zur Verständigung wird im Ritual nicht mehr gesprochen, sondern nur mehr Phraseologie eingeübt. Handke läßt den Sätzen nur mehr die Selbständigkeit von Beispielen einer kurzgefaßten Syntax für alle Lebenslagen unauffälliger Angestellte.

Der „Kaspar" kann in vielen Passagen inszeniert werden wie ein Happening (ohne Beteiligung der Zuschauer allerdings) und kann ebenso Verhaltensweisen im Alltag — hier in Sprachformeln und Phrasen — deutlicher machen; hat also eine allgemeine Chose vorzuführen, nämlich sich nichts vorreden zu lassen, nichts als selbstverständlich einreden zu lassen — aber eben nur allgemein-politisch im Wortspiel über Ordnung.

In „Kaspar" sind Konkretismen aneinandergereiht, wie ein trockener Polizeibericht über einen „Vorgang". Das Stück folgt einem Kriminalschema: es identifiziert. Mit den Worten soll Kaspar die Dinge erfassen, Tisch, Stuhl, Schnürband; mit den Dingen erfaßt er den Sinn der ordentlichen Worte. Das Sprechen selbst gilt Einsager und Kaspar schließlich auch als dinglich. Kaspar wird zur Strecke gebracht. Dieses Ritual ist durchaus politisch, soweit es gesellschaftlichen Konkretismus angeht. Kaspar, hier ein Monstrum, wird zum großen BILD-Zeitungsleser, unfähig gemacht zu abstrahieren, buchstäblich entmündigt, unfähig, nicht in Dinglichkeit unterzugehen. Ein politisch sprachlos quatschender Untertan. Seine Tätigkeitswörter stehen nur mehr in fixen Verbindungen „auf den Tisch schlagen... die Tür zuschlagen..." „Es ist selbstverständlich, daß..." karikiert Handke. Gar nicht selbstverständlich ist der theatralische Trick, eine Hauptfigur mit Worten die Ordnung der Dinge und Menschen lernen zu lassen; die Figur Kaspar nimmt Worte als Tatsachen „Es entspricht nicht den Tatsachen, die Verhältnisse überhaupt darzustellen; vielmehr entspricht es den Verhältnissen, sie überhaupt nicht darzustellen..." Dieser Disharmonie entgegen läßt Handke eine Hauptfigur „entsprechen". Weil nur noch Klischees möglich erscheinen ein Klischee Kaspar wählen?

Das Stück bleibt ohne Konsequenz mit der Konzentration auf die Hauptfigur, wenn diese, schauspielerisch sicherlich bravourös, mit der Geste des Charakterdarstellers eingeweckt wird, damit's nach Hausmacherart wieder seine Ordnung hat. Die Wortspiele nehmen zum anderen kabarettistische Form an. Es bleibt ein komisches Monstrum auf der Strecke vorpolitischer Psychologie.

Und wie reden doch die Ordentlichen, Ruhigen in Imperativen? Wie einst und jetzt der General von Hazai „Aufhalten, aushalten, behalten, durchhalten, erhalten, verhalten, nur nicht innehalten..."

Haben die Ordner nicht auch heute Macht, Rang und Namen, sitzen sie nicht auch in den Theatern?

Nun verzichtet Handke mit Recht auf „Beschreibung", „Eindruck" und Heldengeschichte — es geht ihm nicht nur um Wortspiele und Rollen, eher um ein Sprachspiel zur Identität von Sprechern: es ist der Frage Wittgensteins aus den philosophischen Untersuchungen „Wie ist das, wenn man im Innern zu sich selbst spricht; was geht da vor? — Wie soll ich's erklären? Nun, nur so, wie Du Einen die Bedeutung des Ausdrucks ‚zu sich selbst sprechen' lehren kannst. Und als Kinder lernen wir ja diese Bedeutung. — Nur, daß niemand sagen wird, wer sie uns lehrt, sage uns was da vorgeht." Was da vorgeht, war für Wittgenstein das Problem von Alltagssprache und Verhaltensweisen, er unterschlug das historische Moment und gesellschaftliche Korrelate mit der Tautologie, das Beschriebene noch einmal sprachspielerisch zu beschreiben. Alle Erklärung muß fort, und nur Beschreibung an ihre Stelle treten." Der theatralische Trick Wittgensteins und anderer Positivisten macht sich eben gut auf dem Theater; die Theatermechanismen heben durch Vorstellung das Problem der Vorstellung und der Bildlichkeit auf, die Philosophie auf der Bühne denunziert mehr schlechte Allgemeinheit als Wittgensteins Theaterkonkretismen etwa. Je unspezifischer, ohne Charakter ein sehr guter Schauspieler und Inszenator „Kaspar" spielen, desto deutlicher wird das gesellschaftliche Korrelat von Reklame- und Militärimperativen, Du wohnst in K-Möbeln, Du frißt Omo, Du dienst dem Vaterland — Alltagssprache als Opferritual mit Tauschwert. „Welche Art von Gegenstand etwas ist, sagt die Grammatik. (Theologie als Grammatik,)" (Wittgenstein) Das Gesellschaftsspiel Theater könnte den Hohn des Philosophen denunzieren: „Den Begriff ‚Schmerz' hast du mit der Sprache gelernt." „Man sagt z. B., dem, der eine Theaterrolle zu spielen hat: ‚Du mußt dir hier vorstellen, daß dieser Mensch Schmerzen hat, die er verbirgt und wir geben ihm nun keine Anweisung, sagen ihm nicht, was er eigentlich tun soll. Darum ist auch jene Analyse nicht zur Sache. — Wir schauen nun dem Schauspieler zu, der sich diese Situation vorstellt."

Wittgenstein kann Beschreibung setzen wie Fotografien, unendlich hintereinander ohne über Funktionalitäten hinauszukommen, „Kaspar" verwendet schon die Technik der Fotomontage, Wortcollagen. Eine Inszenierung könnte Charaktermasken der Herrschaft denunzieren durch rhetorische Mimesis, wenn die Montagen aus der konkretistischen Einebnung herauskämen. „Originalaufnahmen von echten Parteiführern, Päpsten, öffentlichen Sprechern jeder Art, auch von Staats- oder Ministerpräsidenten, vielleicht auch von echten Dichtern, die zu Anlässen sprechen", ist Handkes Vorschlag für Pausentexte: beste Psychologie eines unterschiedslos agitierenden Surrealismus.

„Kaspar" versammelt Konjunktive auf einen Indikativ, schreibt der Syntax-Wirklichkeit nach, wenn sie so wäre, wie sie ist, wäre sie falsch. H. Marcuse: „Im Westen besteht die analytische Prädikation in Ausdrücken wie freie Wirtschaft, Initiative, Wahlen, Individuum; im Osten sind es Ausdrücke wie Arbeiter und Bauern, Aufbau des Kommunismus oder Sozialismus, Abschaffung feindlicher Klassen. Auf beiden Seiten ist das Hinausgehen der Sprache über die geschlossene analytische Struktur ungehörig oder Propaganda, obgleich die Mittel, die Wahrheit durchzusetzen, und das Strafmaß sehr verschieden sind. In diesem Universum der öffentlichen Sprache bewegt sich das Sprechen in Synonymen und Tautologien; auf die qualitative Differenz bewegt es sich praktisch niemals zu. Die analytische Struktur isoliert das regierende Substantiv von denjenigen seiner Inhalte, die den akzeptierten Gebrauch des Substantivs in Äußerungen der Politik und öffentlichen Meinung ungültig machen oder zumindest stören würden. Der ritualisierte Begriff wird gegen Widerspruch immunisiert."

Auch „Kaspar" müßte auf die Straße.

Es wird Handke sicher nicht stören, unordentliche Worte mal aus dem Publikum zu hören wie „Wer hat uns verraten? — Sozialdemokraten". Oder die Aufforderung in szenischer Vorsprache „Generalstreik". An Technik und Intensität können Zwischenrufer beim „Unordnen" sicher noch lernen.

d.-h. wittenberg

FOTO GRAFIE + DYNA MIT

Jürgen Ploog

John Heartfield ist tot /
aber es wäre allzu einfach ihn zu „ehren" und wegzulegen heute / als wäre von jener Zeit gesellschaftlich bedingten Wahnsinns und seinen Auswüchsen nichts geblieben (als Chimmy oder Menschheitsdämmerung —)
Suchen wir Fortsetzungen: eine halbe Revolution 1918 / geistig nicht vollzogene Niederlage 1945 —
Machter-greifung 1933 / Notstandsplanung 1968: das sind keine Themen fürs Museum / drum dürfen Heartfields Bilder (seine Stellungnahmen seine Kampfansagen) nicht fehlen wenn Faschismus dargestellt wird oder Institutionen „ihre Hintermänner und Nutznießer" / kurz das ganze ökonomisch-politische System des Etablismus —
Wer der „erste" Monteur war ist schwer festzustellen / DADA lag in der Luft und George Grozs war daran die kaiserlich-autoritäre Gesellschaft ästhetisch auseinanderzunehmen —
Man machte Klebebilder (nach der Studienzeit in München bei Wurstzipfel und Rettich) als Heartfield 1913 nach Berlin ging (Dada im eigenen Feuer und Rauch dahinsank) hatte die soziale Auflehnung sehr schnell die poetische ersetzt / Malik-Blumen blühen („blitzumgitterte Sonnenblumen" na ja) : : : : nicht die Sozialdemokraten waren radikal () / radikal waren Futuristen Kubisten Expressionisten / und was der Futurismus für Majakowskij / war für Heartfield DADA (das Wort Kunst wurde nur abfällig verwendet) —

Der kommunistischen Partei trat er gleich nach ihrer Gründung bei / der Hetzvers „Gott strafe England" machte aus Helmut Herzfelde JOHN HEARTFIELD —

„Die" Malerei war am Ende / es gab keine andere Poesie mehr als die der Revolution /: Erkenntnisse die ihn stärkten an den technischen Mitteln der Malerei zu zweifeln / der Sozialismus marschierte" bei Heartfield auf einem Flugblatt über das Faschisten marschieren: in der Art durchbrach er den mechanischen Sinn des Begriffs der Montage —

Das waren Scharfschüsse „Waffen in dieser Zeit des Krieges im Frieden von uns gegen die Naziherrschaft gedacht und umgekehrt waren sie bezeichnend für den Krieg / den die Nazis im sogenannten Frieden bereits eröffnet hatten —" Dann der Reichstagsbrand / Terror / Emigration — Kurz nach Ostern 1933 stand er plötzlich im Cafe Continental / wo emigrierte deutsche Schriftsteller ihre Prager Kollegen trafen und fragte wie es um die Mitarbeit bei der AIZ stünde —

Für den Rest der Verbannung blieb er in England / wer in Deutschland kannte seinen Namen noch?

Ein Großteil seiner Arbeiten ging verloren / aber nach und nach erfuhren viele Freunde / daß es seine Plakate seine Bucheinschläge noch gab / die heute wie Erinnerungen an Aufforderungen über die Zeiten hinweg wirken —

»Wenn H. D. Müller die aufpeitschenden und verblödenden Tricks der BILD-Zeitung...

... untersucht, wenn er den ›Neuen Nationalismus‹ der ›Welt am Sonntag‹ mit haarsträubenden Beispielen belegt, wenn er das feige Buhlen der Politiker aller Parteien um die Gunst des Konzernherrn aus Reden und Briefen klaubt, wenn er, zusammenfassend, den Konzern ein ›gesellschaftliches Monstrum‹ nennt, dann ist doch offenbar, daß die hier aneinandergereihten Tatsachen nicht bloß das Interesse der Hintertupfinger Täglichen Mittagsglocke, sondern die Gesellschaft und die Nation angehen und dringend angehen.« Dies schrieb Golo Mann als Antwort auf eine negative Rezension eines ehemaligen ›Welt‹-Redakteurs. Zu dem gleichen Thema meinte Sebastian Haffner in ›konkret‹: »Das Buch ist das erste und einzige über seinen Gegenstand und daher auf jeden Fall lesenswert, übrigens auch sehr lesbar. Was er (Müller) kritisiert, ist hauptsächlich Springers Politik, von der er im 7. Kapitel (›Nationalismus als Markt‹) eine glänzende Zusammenfassung gibt.«
Und Walter Jens sagt dazu: »Ein kluges, sehr sachliches, ganz und gar nicht ressentimentgeladenes, sondern vom Argument bestimmtes Buch. Eine Dokumentation, die, über den Fall Springer hinausgehend, mit Hilfe vieler klug interpretierender Beweise erhellt, warum es um die Demokratie in unserem Land nicht eben gut steht.«
Wir glauben, Müller hat ein höchst interessantes Buch geschrieben. Ihr Buchhändler zeigt es Ihnen gern.

Hans Dieter Müller
Der Springer-Konzern
Eine kritische Studie

Hans Dieter Müller: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. Piper-Paperback. 400 Seiten. Namen- und Sachregister und ein Dokumentenanhang. DM 14,80

Piper

Nur nicht die schönen Künste

El Lissitzky — Kunst der Revolution oder revolutionäre Kunst?

El Lissitzky
Maler, Architekt, Typograf, Fotograf
Erinnerungen, Briefe, Schriften
übergeben von
Sophie Lissitzky-Küppers
VEB Verlag der Kunst, Dresden

Der allgemeine Kunstbetrieb einschließlich der Kunstgeschichte haben heute, rund fünfzig Jahre nach der Entwicklung begonnen, die Leistungen der russischen Moderne der Revolutionszeit „anzuerkennen". Suprematismus, Proun, Malewitsch und Lissitzky sind fast nahtlos in die allgemeine Entwicklung der modernen Kunst integriert und ihre Arbeiten hängen in den internationalen Musentempeln neben denen von Malern des „Stijl" oder des „Bauhauses".
Wer die Renaissance der Bauhausretrospektiven in der Bundesrepublik dieses Jahres beobachtet, dem muß der Argwohn Lissitzkys in den Sinn kommen, die Bauhausmeister etablierten in Weimar so etwas wie einen „nationalen Konstruktivismus" im Gegensatz zu den Bestrebungen Malewitschs, Tatlins, Mondrians. In der Tat, die etwas sektiererischen Allüren der Bauhäusler sind schon ein Indiz für den später selbst hervorgerufenen Ekklektizismus, der das Bauhaus zu einem monumentalen Denkmal seiner selbst hätte werden lassen, wenn die politischen Ereignisse die Entwicklung nicht brutal verkürzt hätten.
Aber die Kunsthistorie, in Übereinstimmung mit den Museen, hat heute alles egalisiert. Sie hat eine Internationalität geschaffen, vor der gerade dem auf eine internationale Bewegung hoffenden Lissitzky gegraut hätte. Äußere Erscheinungsformen und oberflächliche Duplizität der Entwicklungen sind ihnen Indiz genug, einen „Stil" auszurufen, der, oh größte Freude und Bestätigung, in den verschiedenen Ländern zur gleichen Zeit sich gezeigt hat!
Dabei war und ist vor allen Dingen Lissitzky der Geprellte. Malewitsch, der in seiner Malerei noch eine im klassischen Sinne der Kunstgeschichte nachvollziehbare „Entwicklung" durchkgemacht hat, entwickelte mit dem Suprematismus eine ästhetische Theorie, die in seinen Bildern umgesetzt wird und so den alten Zirkel von Theorie und Praxis, die aufeinander bezogen sind, nicht radikal durchbricht.
Erst Lissitzky in der Malerei sowie Tatlin und Rotschenko in der Bildhauerei haben die alten ästhetischen Positionen und Vorbehalte aufgegeben und damit auch sich selber als Künstler und ihre Arbeit in Frage gestellt. So notiert Lissitzky in einem Vortrag über die Kunst in Rußland nach der Revolution:

> „. . .: welche Rolle spielt die Kunst in der neuen Gesellschaft, in der das Schaffen Gemeingut wird? Die erste Antwort war die Losung: zu produktiver **Kunst**, d. h. die Überführung der Arbeiten der Maler aus dem Atelier in Fabriken und Hütten. Der Maler hat nicht die schon geschaffenen Dinge zu verschönern, sondern er soll selber an ihrer Entstehung teilnehmen. Auf diese Art entfiel ganz von selber die bisherige Einstellung der Kunst in „reine" und „angewandte".

Und an einer anderen Stelle wird die neue Position noch deutlicher formuliert:

> „Die Kunst hat nicht die neue Gesellschaft **widerzuspiegeln,** sondern sie **mitzuschaffen".**

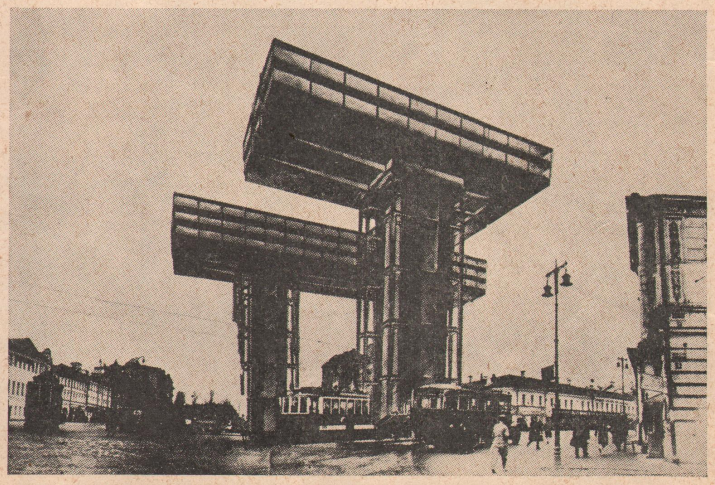
Hier werden die geheiligsten Grundsätze der bürgerlichen Ästhetik nicht nur in Frage gestellt, sondern einfach in ihrer Gültigkeit geleugnet und ohne Diskussion zu einem neuen Ansatzpunkt übergegangen. Die Kunst des russischen Konstruktivismus ist aus diesem Grunde **ahistorisch.** Sie knüpft an keine Entwicklung der russischen Malerei an und kann so nicht erklärt werden mit kunsthistorischen Kategorien. Indem sich der Künstler zu einer vollkommen anderen gesellschaftlichen Zugehörigkeit bekennt, gewinnt er für seine Arbeit eine neue Dimension. Die russische Kunst der vorrevolutionären Zeit war für eine Entwicklung ohnehin nicht mehr geeignet. Die Ikonenmalerei war in absolutem Schematismus erstarrt, der mit den ikonografischen Gesetzmäßigkeiten, denen die einzelnen Schulen einst ihre hohe Blüte verdankten, nichts mehr gemein hatte. Aber die Kunst der Revolution setzte nicht hier an, sondern war sich der Notwendigkeit bewußt, eine künstlerische Form zu finden, die der neuen Gesellschaft adäquat war. Wie diese nicht an irgendeine Entwicklung in Rußland anknüpfen konnte, mußten auch die Künstler das Neue aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein heraus entwickeln. Lissitzky hat diese Situation auch theoretisch präzise erkannt und seine Konsequenzen daraus gezogen. Er fühlte sich der revolutionären Bewegung integriert nicht als Beobachter, der die Entwicklung reflektiert und umsetzt. sondern als einer der selber betroffen, die neue Welt mit baut und mit seinen Mitteln zu ihrer Gestaltung beiträgt. Der Künstler steht nicht mehr abseits der gesellschaftlichen Entwicklung, sei es nun als privilegierter Hofnarr der jeweiligen Herrschaftsklasse oder als „outsider", der sich später so schön als Alibi verwenden läßt. Beide Positionen sind für Lissitzky undenkbar und er entlarvt den pseudoliberalen Freiheitsbegriff, der der Kunst letzten Endes nur gestattet, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren:

> „Es ist ein Fehler zu denken, daß die Mittel, die man in der Schule gelernt hat, ein Ausdrucksmittel der persönlichen Freiheit sind. Diese Freiheit ist eine Abstraktion, die nur in dem interplanetaren Raum vorhanden ist. Hier auf der Erde verwirklichen wir mit unseren Mitteln nicht unsere Freiheit, sondern unsere Weltanschauung. Wer heute etwas schaffen will, muß zuerst ein neues Bewußtsein schmieden, will er dann an dem Schaffungsprozeß der neuen Kultur teilnehmen, muß er die Elemente der gegenwärtigen Erfahrung studieren, dann erst kann er die neuen Ziele erreichen und sie im Leben bestätigen auf dem Wege der Parteiorganisation. Denn das Leben erkennt keine abgesonderte Persönlichkeit an."

Diese Position entlarvt die Interpretation der heutigen Kunsttheorie, abstrakte Ästhetik schlage bei Lissitzky in ästhetische Praxis um als Verleumdung: die revolutionäre Praxis gesellschaftlicher Veränderungen konstituiert die Kunst **und umgekehrt.** Vor allem die Wechselwirkung war für Lissitzky ohne Frage:

> „. . . wir können uns ein Schaffen neuer Formen in der Kunst außerhalb der Wandlung gesellschaftlicher Form nicht denken."

Selbstverständlich schloß diese Position, die vor allem auch die Bildhauer einnahmen, die Produktion von „Kunstgegenständen" nach der bürgerlichen Kunstideologie aus. Die Künstler gingen dazu über, unmittelbar in die Gestaltung der Lebensbedingungen, der Umwelt einzugreifen. Das führte dazu, daß Maler sich vollkommen in den Produktionsprozeß einer Fabrik integrieren ließen und dort nicht nur als „Designer" sondern als Produktionschef oder an sonst einer Position wirkten, die ihren Fähigkeiten angemessen erschien. Bildhauer wie Tatlin oder Rotschenke wurden zu Ingenieuren, die sich etwa mit der Konstruktion eines Ofens befaßten, der bei kleinem Verbrauch ein Optimum an Heizkraft entwickelte. Tatlin entwarf die Arbeitskleidung für seinen Betrieb.
Wenn in diesem Zusammenhang von „Propaganda-Kunst", von Agitation gesprochen wird, dann ist das nur zu einem Teil richtig. Selbstverständlich war in einem Lande, das in seinen technischen Möglichkeiten und etwa der Nachrichtentechnik, weit hinter dem Standard der westeuropäischen Nationen zurück war, die Verwendung von einfachen Plakaten in großer Zahl ein Mittel der Propaganda. Aber vor allem war es revolutionär, daß **überhaupt** eine Unterrichtung des Volkes über sich selber und seine Probleme stattfand. Das Plakat Lissitzkys „Mit dem roten Keil schlagt die Weißen" läßt sich eben nur in böswilliger Naivität als Plakat für eine Retrospektiv-Ausstellung verwenden. Ebenso naiv wäre es, hier nur die Propaganda zu sehen. Erst die Überzeugung der russischen Konstruktivisten, daß **alles** was aus dem Geist der neu konstituierten Gesellschaft geschaffen worden ist „Kunst" sei, läßt die Bedeutung des Plakates in seiner ganzen Breite offenbar werden. Für Lissitzky resultierte aus dieser Erkenntnis, daß er natürlich keine Bilder mehr malen konnte, die im Museum Gegenstand der allgemeinen kontemplativen Bewunderung sein würden, sondern daß er mit allen seinen Kräften aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Umwelt teilnehmen mußte. Wenn man heute in den verschiedenen Museen dennoch die „Prounen" Lissitzkys an den Wänden findet, so darf man ihm das kaum anlasten. Es beweist die Ignoranz des Kunstbetriebes und gleichzeitig auch das gesellschaftlich bedingte Scheitern dieses „Malers". Die Prounen waren für Lissitzky die Modelle seiner Architektur-Thesen. Denn konsequent nach seiner Theorie mußte seine Arbeit nicht nur „öffentlich" werden, sondern für die Gesellschaft der UdSSR die Umwelt gestalten, sie quasi neu schaffen. Die erste Arbeit in dieser Richtung entstand schon zu der Zeit, als Lissitzky noch krank in der Schweiz im Sanatorium lag und sich nur mühsam von den Aufträgen der Firma Wagner über Wasser halten konnte. In dieser Lebensphase entstand das Projekt des „Wolkenbügels". Eines Bürohochhauses, das auf drei Pfeilern über dem Moskauer Nikitzki-Platz stehen sollte. Lissitzky war sich im klaren darüber, daß die Architektur die künstlerische Betätigung war, die für die Gesellschaft am unmittelbarsten nutzbar gemacht werden konnte. Das Rußland der ersten Jahre nach der Revolution entwickelte eine gigantomanische Aktivität, um der Revolution sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Es entstanden Pläne für riesige Denkmäler, die nie gebaut wurden. Das bekannteste ist der „Turm der Revolution" von Tatlin, der technisch gar nicht realisierbar war. Er bestand aus Stahl und Glas und sollte die Phasen der Revolution durch sich drehende Spiril-Segmente andeuten. Es entstand in Rußland in den zwanziger und dreißiger Jahren die progressivste Architektur der Welt — auf dem Papier.



Der Wolkenbügel: Das einmontierte Projekt auf dem Moskauer Nikitzki-Platz

Lissitzky bedauert immer wieder, daß die weitreichenden Pläne die er und seine Kollegen entwickelten, nicht ausgeführt werden konnten. Einmal weil die Möglichkeiten einfach nicht vorhanden waren: Technisch und finanziell war der junge Staat nicht in der Lage, diese Pläne zu realisieren. Aber auch die beginnende Bürokratisierung, die sich schon vor der stalinistischen Phase in der Geschichte der UdSSR ankündigte, machte immer mehr Pläne zu Makulatur. Die Unmöglichkeit, die Entwicklung in der Architektur zu vollenden, trägt wesentlich zum Scheitern der neuen russischen Kunst bei.

Lissitzky selber macht in den Jahren 1926 bis 1941 unzählige Entwürfe für Wettbewerbe. Kaum einer ist wirklich ausgeführt worden. So zeugen seine Pläne nur von den Möglichkeiten, die der russische Konstruktivismus in sich getragen hat, wenn die gesellschaftliche Entwicklung, von der er unbedingt abhängig war, nicht durch den Stalinismus aufgehalten worden wäre.

Für Lissitzky bleibt vor allem ein Betätigungsfeld, auf dem er in kleinerem Maßstab sozusagen diese Möglichkeiten demonstrieren konnte: dem Ausstellungswesen.

Die ersten großen Auslandsausstellungen der UdSSR nach der Revolution, die in der ganzen Welt Staunen hervorriefen, waren sehr oft von Lissitzky gestaltet. Bei seinen Konzepten arbeitete er dabei oft mit den jungen russischen Filmregisseuren zusammen, deren Erkenntnisse er nutzte. So wirken die Aufbauten dieser Ausstellungen nicht selten so, als hätte Lissitzky dabei Filmausschnitte einfach vergrößert und auf Wände aufgezogen. Monumentale Bewegung ist ein kleiner Nenner, auf dem man den Eindruck von diesen Ausstellungen bringen könnte. Aber gerade hier zeigt sich auch die Gefahr, der Lissitzky manchmal erlegen zu sein scheint, vor allem gegen Ende seines Lebens.
Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß er bis zum Kriege, (er starb 1941) in verantwortlichen Positionen tätig war und so den Stil der Selbstrepräsentation der Sowjetunion nicht unmaßgeblich beeinflußt hat.
Der Propagandaeffekt scheint nämlich bei einigen Beispielen zu sehr in den Vordergrund gerückt. Die Differenzen zwischen der gesellschaftlichen Praxis und den in der Theorie intendierten Möglichkeiten, von denen seine Arbeit von Anfang an bestimmt war, wurde immer deutlicher und ließ sich nicht mehr überspielen.
Gegen Ende seines Lebens zeigt sich an den Arbeiten Lissitzkys, daß sein Scheitern als Künstler (besser sagt man vielleicht die Stagnation seiner künstlerischen Produktion) sich nicht aus seinem Werk heraus erklären läßt, wie es die Kunstgeschichte versucht.

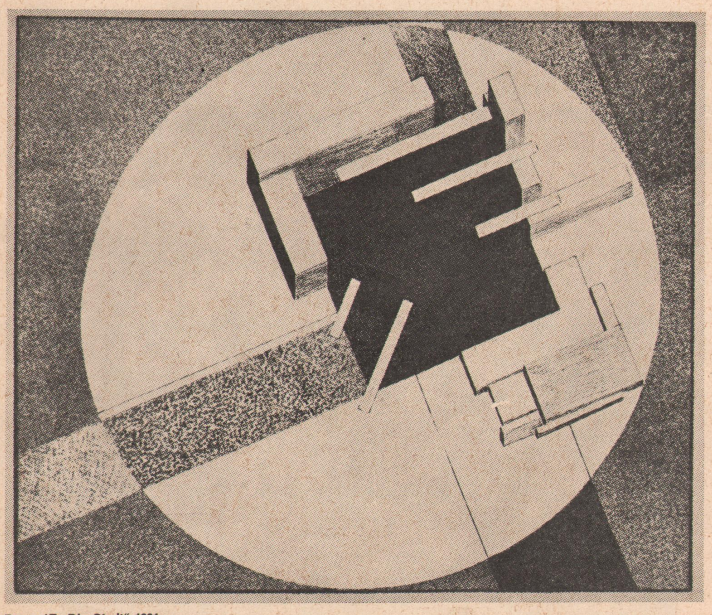
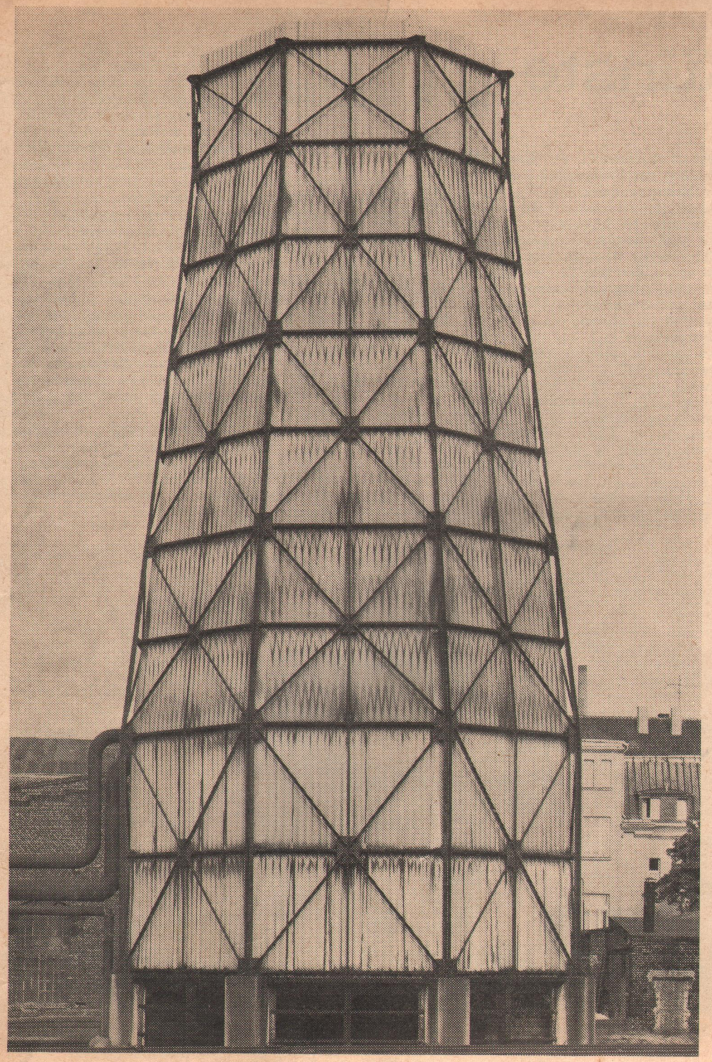
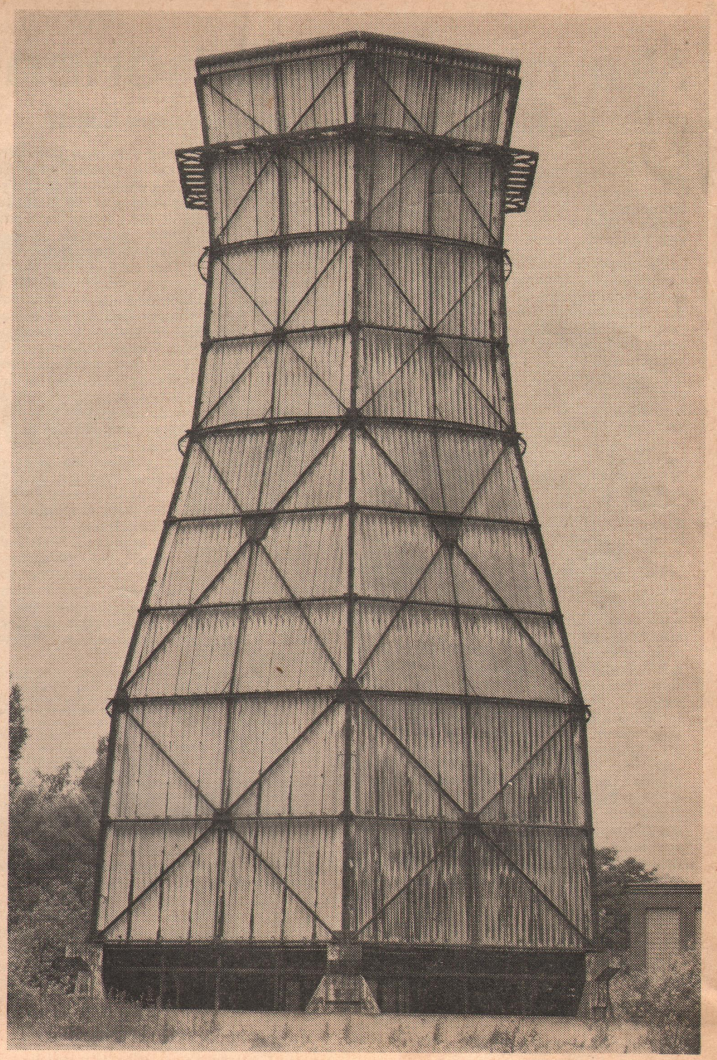
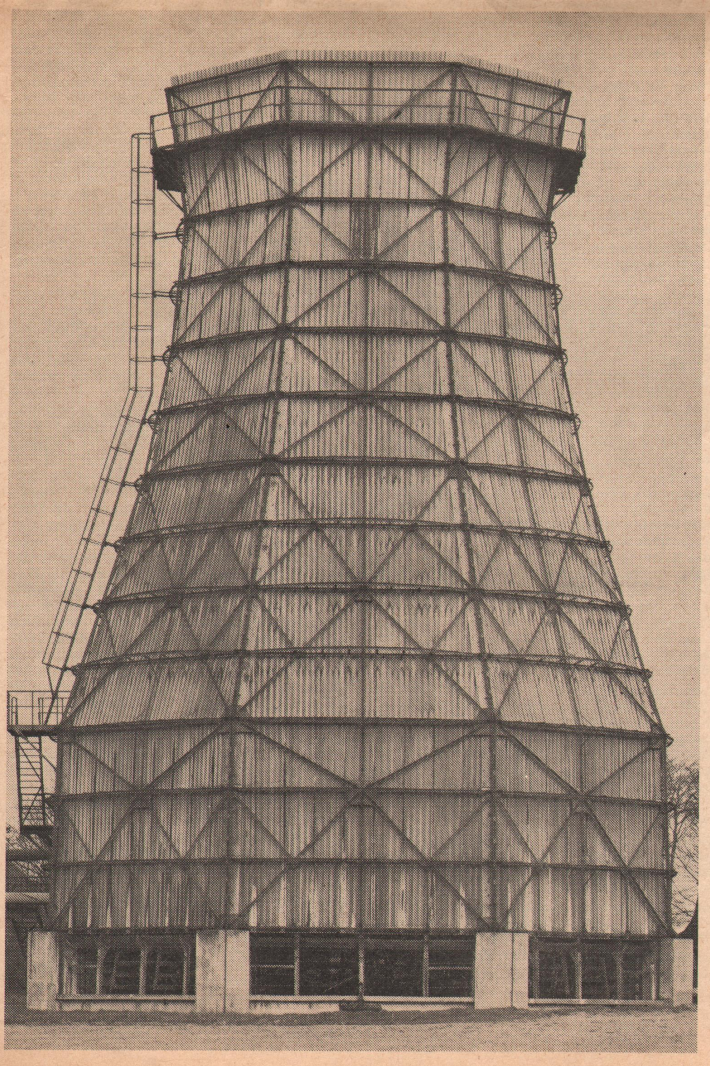
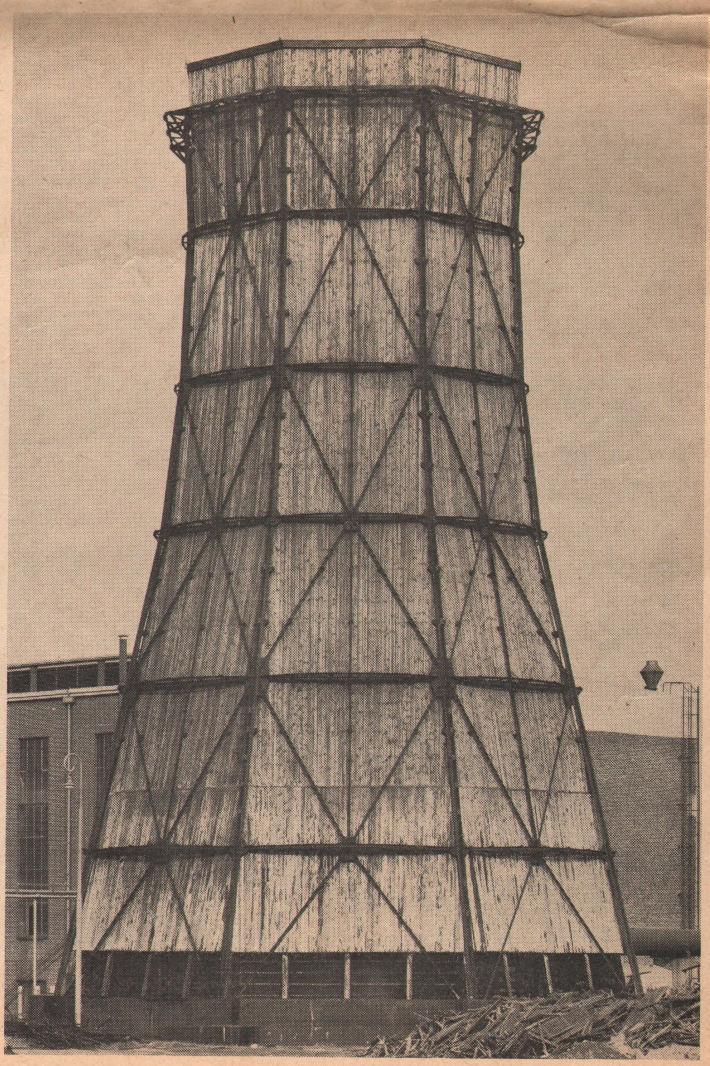
Die Bewegung des russischen Konstruktivismus war nicht die „Kunst der Revolution", nicht die Spiegelung einer begrenzten Phase gesellschaftlicher Entwicklung, die man später quasi als abgeschlossene Geschichtsepoche ablesen konnte. Lissitzkys theoretische Äußerungen beweisen eindeutig, daß er eine „revolutionäre Kunst" gemacht hat, wenn man überhaupt bei dem Ausdruck Kunst bleiben will. Das in liberalen Demokratien gewährte Reservat der Künste, das nichts anderes ist als ein Gefängnis, in dem letztendes doch nur die Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse möglich ist, weil das Bewußtsein derjenigen, die hier arbeiten durch die gewährte „Freiheit" korrumpiert ist, kann nur in einer Gesellschaft durchbrochen werden, in der die Künstler sich nicht als Avantgarde außerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung fühlen, sondern sich mit der Avantgarde der Revolution solidarisieren.

Dieser Prozeß ist nur in der russischen Revolution zu beobachten gewesen. Die Kunst in Rußland war solange revolutionär, als die Revolution lebendig war. Als diese in ihrer Zielsetzung pervertiert wurde, konnte auch die Kunst nur noch Ausdruck der „Revolution" sein, wie sie von der Bürokratie dekretiert war.

Wie gründlich die Bemühungen der spätbürgerlichen Kunsttheoretiker sind, diese avantgardistische Dimension auf gesellschaftlichem Gebiet umzufunktionieren, zeigt die in letzter Zeit aufgekommene Diskussion über die gesellschaftlichen Aspekte der Kunst. Werner Hoffman, Museumsdirektor aus Wien, macht im Aprilheft des „Merkur" den Vorschlag eine wirkliche „Demokratisierung" der Kunst läge in einer noch wirksameren Handhabung des etablierten Apparates des kapitalistischen Kunstbetriebes. Hier wird für die Evolution plädiert obwohl man weiß, daß der Apparat alle Macht hat und letztlich nur die Unterwerfung verbleibt. Dieser Vorschlag verdammt die Kunst zur Integration in das herrschende System. In seiner Zerschlagung durch die Revolution liegt die historische Leistung der russischen Kunst. Mit der Restaurierung wurde die revolutionäre Kunst zu einer Kunst der Revolution pervertiert.

Die einzige Möglichkeit, das komplexe Werk Lissitzkys zu präsentieren, scheint wirklich das Buch zu sein. Was den Band des VEB-Verlages in Dresden für die Erkenntnis über diese Phase der russischen Kunst so wichtig macht, ist die sorgfältige Edition des Bild- und Textmaterials. Allerdings beweisen die zahlreichen bisher erschienenen Rezensionen, daß das Stagnieren der gesellschaftlichen Entwicklung in der UdSSR auf deren Hintergrund erst verständlich wird, warum diese Ansätze nicht weitergeführt haben, einen billigen Vorwand liefert, auch die Ergebnisse dieser Bewegung in den allgemeinen Kunstbetrieb zu integrieren.

Hans-Peter Riese



Proun 1E „Die Stadt" 1921